
AIDS
Informationsdienst

April 1987 4 DM

20

Redaktion Allgemeiner Protest gegen die von der bayerischen Staatsregierung angekündigten Zwangsmaßnahmen *** Starker Rückgang der Geschlechtskrankheiten durch AIDS-Aufklärung *** Studienbrief zu AIDS **Medizin und Forschung** Aufenthalt von AIDS-Patienten im Krankenhaus soll kürzer werden *** Pilotprojekt für HIV-II-Nachweis **Politik und Gesellschaft** Votum des Nationalen AIDS-Beirats vom 5. März 1987 *** Bayern ergreift Initiative für AIDS-Gesetz *** Bayerische AIDS-Maßnahmen mißbilligt *** "AIDS-Aschermittwoch" in München *** Heimliche AIDS-Tests *** AIDS, Prostitution und das Strafrecht **Internationales** US-Experten lehnen AIDS-Zwangstest ab *** Die Aufklärungswelle kommt allmählich weltweit in Gang *** Legal AIDS **Hilfe und Beratung** Gesundheitsämter raten nicht jedem zum Test *** AIDS-Hilfe kann Ansturm kaum noch bewältigen *** Bange machen gilt nicht **Kultur** Heart of the Matter **Kuriosa** Kondome verstopfen Kläranlagen *** Kicker gewarnt: Nach Torschuß keinen Zungenkuß

Impressum

Herausgeber: **Deutsche AIDS-Hilfe e.V.**, Bundesverband der regionalen AIDS-Hilfen
Redaktion: Eberhard Zastrau, Jörg Engelbrecht, Michael J. Breuer, Dieter Bethge
Druck: Oktoberdruck GmbH, Berlin

Der AIDS-Informationsdienst erscheint monatlich. Einzelexemplar: DM 4.-, Jahresabonnement DM 37.50 / für Institutionen DM 75.- - Bestellschein am Ende dieser Ausgabe - für Mitglieder im Jahresbeitrag enthalten. Angemeldet bei der VG Wort, München.

Redaktionsadresse

AIDS-Informationsdienst, Berliner Str. 37, 1000 Berlin 31
Telefon: (030) 86 06 51 - Telefax: (030) 861 93 04 - Telex: 186 576 aids d



Guten Tag,

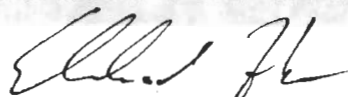
ein Thema beherrschte die politische Diskussion im März: Der Amoklauf der bayerischen Staatsregierung und ihres AIDS-Hysterie-Sekretärs Peter Gauweiler. In einem beispiellosen Rundumschlag kündigte der CSU-Staat am 25. Februar Maßnahmen an, die alles enthielten, was in polizeistaatlichem Sinne gut und teuer ist: Zwangstestungen für "Ansteckungsverdächtige", Auflagen für Positive, Absonderung "Uneinsichtiger", Kontrollen, mit denen HIV-Positive aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten werden sollen, Abschiebung testpositiver Ausländer - ein Horrorszenario für den AIDS-Staat.

Entscheidender Denkfehler der bayerischen Maßnahmen ist die Unterstellung, die einzelnen Menschen seien nicht stark und nicht vernünftig genug, für ihren eigenen Schutz vor Infektionen selbst zu sorgen. Angesichts der einfachen Möglichkeiten, sich vor einer Infektion zu schützen, angesichts der offensichtlich werdenden Erfolge der Aufklärungsarbeit in den derzeitigen Hauptbetroffenengruppen ist diese Einschätzung ein Hohn auf die Selbstverantwortung des einzelnen Bürgers. Im Gegenteil, die Einführung staatlicher Zwangsmaßnahmen wird für die reale Vorsorge vor Infektionen nichts Wesentliches bewirken können außer der Tatsache, daß Menschen, die sich bislang nicht betroffen fühlen unabhängig von ihrer tatsächlichen Infektionsgefährdung darauf verlassen, der Staat werde sie schon schützen. Genau das ist mit der trügerischen Sicherheit gemeint, die staatliche Maßnahmen im Zusammenhang mit AIDS bei den Bürgern hervorrufen.

So ist denn das Einführen ordnungspolitischer Maßnahmen - und seien sie noch so geringfügig - der Anfang einer sich ständig verstärkenden Spirale immer schwerwiegenderer Eingriffe in Menschenrechte, ohne daß damit wirkliche gesundheitspolitische Erfolge verbunden sein könnten.

Deshalb haben wir in der Bekämpfung von AIDS einen tatsächlich antagonistischen und nicht durch Kompromisse zu überdeckenden Gegensatz zwischen den Maßnahmen, die wirksame Prävention, das heißt wirksame Vorbeugung des einzelnen fördern und staatlichen Maßnahmen, die nichts sind als Scheinaktivitäten.

Mit den besten Grüßen aus Berlin



(Eberhard Zastra)



Allgemeiner Protest gegen die von der bayerischen Staatsregierung angekündigten Zwangsmaßnahmen

München/Berlin (aid). Die von der bayerischen Staatsregierung angekündigten Zwangsmaßnahmen gegen AIDS-Kranke und HIV-Infizierte sind auf Kritik von allen Seiten gestoßen. Verantwortliche Gesundheitspolitiker aus allen übrigen Bundesländern, Parteien, Gewerkschaften und Mediziner protestierten einhellig gegen die Beschlüsse der bayerischen Staatsregierung vom 25. Februar 1987. Nur eine Woche nach Ankündigung von Zwangsmaßnahmen durch die bayerische Staatsregierung versammelten sich Mitarbeiter der AIDS-Hilfen aus allen Teilen der Bundesrepublik zum politischen Aschermittwoch der AIDS-Hilfen in der bayerischen Landeshauptstadt. 10000 Kondome und 20000 Informationsbroschüren wurden in der Fußgängerzone verteilt, in Anwesenheit internationaler Vertreter sowie unter Beteiligung von Konstantin Wecker und Barbara Valentin protestierten die AIDS-Hilfen gegen die menschenverachtenden Beschlüsse der bayerischen Staatsregierung. Der Vorsitzende des schwedischen Reichsverbandes für sexuelle Gleichberechtigung (RFSL), Stig-Ake Pettersson, berichtete über die verheerenden Folgen, die die Einführung einer zunächst nur anonymen Meldepflicht in Schweden hatte. Auch die Weltgesundheitsorganisation mißbilligte die von Bayern angekündigten Maßnahmen.



Nicht bei allen Passanten stieß das Geschenk auf Gegenliebe: Mitglieder der Deutschen AIDS-Hilfe verteilten bei ihrer Demonstration in München Kondome. Mit ihrer Aktion protestierte die Vereinigung gegen die bayerischen Maßnahmen zur Eindämmung der Immunschwächekrankheit.

Foto: ap



Beratungszeiten der AIDS-Hilfe Wiesbaden

Wiesbaden (aid). Die Beratungszeiten der AIDS-Hilfe Wiesbaden e.V. sind montags, mittwochs und freitags jeweils von 20.00 bis 22.00 Uhr. Beratungstelefon-Nr.: (06121) 309 211.

Finanzanträge für über 2,5 Mio. DM gestellt

Berlin (aid). Die Deutsche AIDS-Hilfe hat bereits bis Ende März Finanzierungsanträge mit einer Gesamthöhe von über 2,5 Mio. DM bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in Köln gestellt. Damit sind zu diesem Zeitpunkt bereits die im Haushalt für die Aufklärungsarbeit der Deutschen AIDS-Hilfe angesetzten 2,275 Mio. DM ausgeschöpft und im ersten Vierteljahr genau ein Viertel der von der Deutschen AIDS-Hilfe als Finanzbedarf angemeldeten Summe von 10 Mio. DM beantragt worden.

Bundesverband Homosexualität und Die Grünen in Baden-Württemberg fordern Anti-Diskriminierungsgesetz

Stuttgart (aid). Der 1986 gegründete Bundesverband Homosexualität und der Landesverband der Grünen in Baden-Württemberg haben gefordert, ein gesetzliches Diskriminierungsverbot im Zusammenhang mit AIDS zu verankern. Der Bundesverband Homosexualität will mit dieser Forderung die AIDS-Repressionslawine bremsen. Das Gesetz solle die Diskriminierung aufgrund eines realen oder angenommenen Betroffenseins durch eine HIV-Infektion oder HIV-bedingte Erkrankung ausschließen und mit Einzelregelungen Kündigungsschutz im Arbeitsleben und im Mietrecht sowie den Schutz bei Krankenkassen und Sozialversicherungsträgern sichern.

Starker Rückgang der Geschlechtskrankheiten durch AIDS-Aufklärung

Berlin (LPD). Die jetzt vorliegenden Zahlen über die meldepflichtigen Geschlechtskrankheiten in Berlin im Jahre 1986 liegen deutlich unter denjenigen des Vorjahres. Der Rückgang der häufigsten Geschlechtskrankheit Gonorrhö betrug 20%, bei Syphilis sogar 41%. Damit scheint sich auch für die Allgemeinbevölkerung der Trend zu bestätigen, der sich bereits in einer Studie des Landesinstituts für Tropenmedizin und des Bundesgesundheitsamts über die Gruppe der männlichen Homosexuellen abzeichnete, wo ein Rückgang der meldepflichtigen Geschlechtskrankheiten um 70 bis 90% festgestellt wurde. Trotz der seit langer Zeit bestehenden Meldepflicht und der Möglichkeit, Betroffene mit Zwangsmaßnahmen zu belegen, hat nach Auffassung des Berliner Senats erst die Aufklärung der Bevölkerung in Zusammenhang mit AIDS einen starken Rückgang bei den Geschlechtskrankheiten bewirkt.

Aktionstag in Hannover

Hannover (aid). Wenige Tage nach dem politischen Aschermittwoch der AIDS-Hilfen in München führte die Hannöversche AIDS-Hilfe einen Informations- und Aktionstag am Sonnabend, dem 7. März durch. In Anwesenheit von örtlichen Politikern aller Parteien, Ärzten aus der AIDS-Hilfe und vom staatlichen Medizinaluntersuchungsamt verteilten die AIDS-Helfer Informationsmaterialien am Kröpcke.



Faltblatt für Angehörige AIDS-kranker Menschen

(aid). Neu erschienen ist ein Faltblatt, mit dem sich die AIDS-Hilfe an die Angehörigen an AIDS Erkrankter wendet. Das Faltblatt gibt Informationen zum Umgang mit AIDS-Patienten, zur häuslichen Krankenpflege und zu den Belastungen, die auf Angehörige zukommen. Insbesondere wird eingegangen auf die Probleme, die sich ergeben, wenn Angehörige aufgrund der AIDS-Erkrankung erstmals mit der Homosexualität oder dem Drogengebrauch ihres Verwandten konfrontiert sind.

1. Präventionsplakat der Deutschen AIDS-Hilfe für Heterosexuelle

Berlin (aid). Erstmals ist jetzt ein Plakat der Deutschen AIDS-Hilfe herausgegeben worden, das sich an heterosexuelle wendet. Das Motiv dieses Plakates ist auf der Rückseite dieses Info-Dienstes abgedruckt.

Faltblatt für Frauen, die anschaffen gehen

Berlin (aid). Die Deutsche AIDS-Hilfe hat jetzt ein Faltblatt veröffentlicht mit Informationen und Tips für Frauen, die anschaffen gehen. Das Faltblatt verweist neben den Beratungsangeboten der AIDS-Hilfen auch auf die Prostituierten-Organisationen HYDRA, HWG, Rotstift.

Bildungswerk AIDS und Gesellschaft e.V.

Göttingen (aid). Von Mitarbeitern der Niedersächsischen AIDS-Hilfen und dem Freien Tagungshaus Waldschlößchen bei Göttingen wurde das Bildungswerk AIDS und Gesellschaft e.V. gegründet. Das Veranstaltungsprogramm weist bis zum Sommer Veranstaltungen zu den Themen Drogen und Strafvollzug, Arbeit mit männlichen Prostituierten, Angst, Sterben und Tod, ein 2. Streetworker-Treffen und Treffen von HIV-Positiven auf sowie Einzelveranstaltungen zum Thema AIDS in der Schule und zum Thema AIDS und Moral, zu AIDS, Alltag und Recht. Genauere Informationen über das Programm des Bildungswerks per Adresse: Freies Tagungshaus Waldschlößchen, 3407 Gleichen-Reinhausen.

Kondomfaltblatt von Pro-Familia

Berlin (aid). Die Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e.V. Pro Familia hat eine Kondom-Broschüre herausgegeben, die neben Produktinformation über Kondome auch Tips für die richtige Anwendung bietet. Die Broschüre ist über die Landesverbände von Pro Familia zu beziehen.

Vorstandsneuwahlen bei der Münchner AIDS-Hilfe

München (aid). Auf der Mitgliederversammlung der Münchner AIDS-Hilfe am 21. März wurden die Vorstandsmitglieder Dr. Wolfgang Schwarz, Stefan Zippel und Guido Vael wiedergewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Dorothea Wilhelm und Gerd Rasch.



AIDS-Hilfe Bonn startet Spritzenaustauschprogramm

Bonn (aid). Drogengebraucher können bei der AIDS-Hilfe Bonn gebrauchte Spritzen gegen neue Einmalspritzen eintauschen. Gleichzeitig werden von der AIDS-Hilfe Bonn Kondome verteilt. Beim Austauschen der Spritzen weisen die AIDS-Hilfen darauf hin, daß gebrauchte Spritzbestecke nicht an andere weitergegeben werden sollen und daß Präservative vor einer Infektion beim Geschlechtsverkehr schützen.

Auch bei den AIDS-Hilfen in Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Essen, Karlsruhe, Köln, Münster, Nürnberg-Erlangen und Unna sowie bei der AIDS-Hilfe Hamburg e.V. können gebrauchte gegen sterile Spritzen getauscht werden.

Studienbrief zu AIDS

Nahezu ausschließlich aus dem biologisch-medizinischen Blickwinkel nähert sich der Studienbrief des Deutschen Instituts für Fernstudien (DIFF) an der Universität Tübingen seinem Thema.

"AIDS - Erworbenes Immundefizitssyndrom"

Der Band ist in der Reihe Molekularbiologie erschienen (DIFF, Fernstudium Naturwissenschaften, Bd. V3 Tübingen DM 8,-). Der relativ anspruchsvolle Studienbrief wendet sich nicht vorrangig an Lehrer sondern will "vom Anspruch her" für jeden geeignet sein, der "zum selbständigen Lernen in der Lage ist". Gleichzeitig wendet sich der Studienbrief auch an Lehrer, die die Informationen dieses Materials für die Gestaltung ihres Unterrichts nutzen sollen.

Gerade wegen der anspruchsvollen und ausführlichen Darstellung vieler medizinischer Informationen fallen die Lücken und Auslassungen umso stärker auf: Unkritisch wird über die bestehenden Testverfahren auf Antikörper gegen HIV berichtet: Hinweise auf die bis zu einem halben Jahr dauernde Zeitspanne zwischen der Infektion und einer Nachweisbarkeit von Antikörpern fehlen völlig. In einem Kapitel über ethische Fragen wird eine Verpflichtung aller Angehörigen der bisherigen Hauptbetroffenengruppen postuliert, sich testen zu lassen. Im Abschnitt zur Prophylaxe werden sämtliche Ratschläge zur Vorbeugung gegen Infektionen nur als Ratschläge für Infizierte dargestellt. Seltsam ist das Nebeneinanderstehen der Ratschläge Schränken Sie Ihre Sexualkontakte ein; Benutzen Sie Kondome beim Geschlechtsverkehr; Praktizieren Sie keinen Oral- oder Analverkehr. Völlig unklar bleibt, auf welcher Basis eigentlich Angaben zur "Durchseuchung der Risikogruppen" in der Bundesrepublik Deutschland gemacht werden können. Soweit der Studienbrief Hinweise zur Thematisierung von AIDS im Schulunterricht gibt, legt er sich auf eine explizite Zuweisung zu der Unterrichtsreihe Immunbiologie fest. Im einzelnen werden für die Thematisierung der AIDS-Problematik im Schulunterricht lediglich Lernziele ausgewiesen. Nach einem anliegenden Verlaufsplan soll das Thema AIDS in einer Stunde abgehandelt werden. Die Lernziele schränken sich auf den Abbau von Hysterie, auf Kenntnisse und Verhaltensnormen, die einer Ansteckungsgefahr entgegenwirken und auf das verantwortungsvolle Verhalten von HIV-Infizierten. So unklar dabei die Verhaltensnormen bleiben, die einer Ansteckungsgefahr vorbeugen sollen, so problematisch ist auch hier das "erforderliche verantwortungsvolle Verhalten", das von den Infizierten erwartet wird, nicht aber von denen, die sich in eine Situation begeben, wo sie sich infizieren könnten.

(HC/ETZ)



Der Tagesspiegel,
Berlin, 19.03.87

Der Aufenthalt von AIDS-Patienten im Krankenhaus soll kürzer werden

Projekt des Auguste-Viktoria-Krankenhauses —
Vorbild in San Francisco

Das Auguste-Viktoria-Krankenhaus (AVK) will jetzt in Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten, der Berliner AIDS-Hilfe und Sozialstationen die Versorgung von AIDS-Patienten verbessern. Dabei geht es besonders darum, die AIDS-Patienten möglichst schnell aus der stationären Behandlung in der Infektionsabteilung nach Hause zu entlassen und schon im Krankenhaus die ambulante Betreuung des Patienten vorzubereiten. Dies erläuterten gestern die an dem Konzept Beteiligten, darunter auch Schönebergs Gesundheitsstadtrat Grün (AL).

10 Betten sind in der Infektionsabteilung für AIDS-Kranke vorgesehen. Mit eineinhalb zusätzlichen Arztstellen, einem jetzt festangestellten Psychologen und sieben zusätzlichen Krankenschwestern soll die ärztliche und pflegerische Betreuung der AIDS-Patienten verstärkt werden. Zur Zeit verbringt ein AIDS-Kranker mit einer akuten Infektion etwa 21 Tage in der Infektionsabteilung des AVK, wie der Leiter dieser Station, Professor L'Age, gestern sagte. Im General-Hospital in San Francisco, das dem Berliner Projekt als Vorbild diene, liege der Krankenhausaufenthalt bei etwa 8 bis 10 Tagen.

Neu im Auguste-Viktoria-Krankenhaus ist auch die verstärkte Beteiligung der Berliner AIDS-Hilfe: Mitarbeiter haben jederzeit Zugang zur Station und sollen sich so auf Wunsch des Patienten um dessen Wohnsituation nach der Entlassung und die Vermittlung von ambulanter Betreuung kümmern.

Aids-Forscher nicht sehr optimistisch

Bis 1992 kein Mittel gegen die Krankheit zu erwarten,
heißt es auf Münchner Tagung

München, 17. März

Nach Ansicht des Leiters der Aids-Arbeitsgruppe im Berliner Bundesgesundheitsamt, Meinrad Koch, wird es in den kommenden fünf Jahren keinen entscheidenden Erfolg in der Aids-Forschung geben. Dennoch kenne er keine Krankheit, bei der so intensiv und international zusammengearbeitet werde, sagte der Wissenschaftler am Dienstag in München auf einer Pressekonferenz anlässlich der Aids-Experten-Tagung des europäischen Regionalbüros der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Mehr als hundert Ärzte und Wissenschaftler aus 29 Ländern – unter anderem aus der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und aus Israel – diskutierten über die Möglichkeit der Diagnose und der Bekämpfung von Aids.

Unklarheit herrscht bei den Wissenschaftlern über die Zahl der Infizierten in Europa. Schätzungen gehen von 500 000 bis 1,5 Millionen. Koch warnte davor, die Zahlen überzubewerten, denn für die Gefährdung mache es keinen Unterschied, „ob 30 oder 70 Prozent infiziert sind“. Eugene Leparski, der WHO-Büroleiter für Europa, nannte zwei vorrangige Ziele bei der Aids-Bekämpfung: Die Bevölkerung müsse „aggressiv“ erzogen und aufgeklärt werden, und die Information über die erworbene Immunschwäche müsse verstärkt werden. Der WHO-Vertreter Boris Bytchenko bemängelte den unzureichenden Informationsfluß zwischen den Ländern Europas.

Wissenschaftler kritisierten auf der Pressekonferenz die in Bayern geplanten Maßnahmen zur Aids-Bekämpfung. Eine der vorgesehenen Maßnahmen ist die anonyme Meldepflicht von Aids-Infizierten durch Laboratorien. „Auf wissenschaftlicher Basis helfen uns diese Maßnahmen nicht, eher wirken sie sich negativ aus“, sagte der Aids-Spezialist Friedrich Deinhardt, Leiter des Pettenkofer-Instituts der Universität München. Frank Detlef Goebel, von der Medizinischen Poliklinik der Universität München, fügte hinzu, die Zahl der untersuchten Personen aus Risikogruppen sei seit Bekanntwerden der geplanten Maßnahmen zurückgegangen. Meinhard Koch vom Bundesgesundheitsamt bedauerte, daß die Entscheidungen zur Aids-Bekämpfung nur von Politikern getroffen würden, und die Ärzte nur versuchen könnten, auf sie einzuwirken. Die in Bayern geplanten Maßnahmen nannte Koch „exemplarisch rigide“.

Die Mehrheit der Tagungsteilnehmer sprach sich für freiwillige Maßnahmen und eine bessere Information der Bevölkerung aus. Es sei unmöglich, Aids-Kranke lebenslang zu isolieren. Wie auf der Pressekonferenz mitgeteilt wurde, gibt es zur Zeit in Bulgarien, Ungarn, Belgien, Island und der CSSR Zwangsmaßnahmen bei Aids-Fällen, allerdings nicht in dem Umfang, wie sie Bayern beschlossen hat.

Stefan Kornelius

Süddeutsche Zeitung,
München, 18.03.87



Ärzte Zeitung,
Neu Isenburg, 26.03.87

Hamburger Gesundheitsbehörde / AIDS-Aufklärung

Geschlechtskrankheiten sind stark rückläufig

H a m b u r g (che). Auf Initiative der Gesundheitsbehörde strahlt jetzt auch Radio Hamburg AIDS-Spots aus. Je nach Zielgruppe werden die Spots seit vergangendem Dienstag in die jeweils laufende Sendung eingebettet.

Wie Senatorin Christine Maring ankündigte, werden in Kürze weitere Aufklärungsaktionen gestartet, unter anderem eine Plakat-Aktion. Denn Geld dürfe im Kampf gegen die Immunschwäche keine Rolle spielen, meinte die Senatorin.

Allein für 1987 stehen für diese Arbeit im Stadtstaat 2,3 Millionen DM aus eigenen Mitteln zur Verfügung. Zur Beratung und Aufklärung gebe es auch keine vernünftige Alternative. Sie hoffe deshalb auch auf eine gemeinsame Strategie in der Sondersitzung der Gesundheits-

ministerkonferenz am kommenden Freitag.

Wie die Gesundheitsbehörde der ÄRZTE ZEITUNG auf Anfrage mitteilte, wurde 1986 ein rapider Rückgang bei den meldepflichtigen Geschlechtskrankheiten beobachtet. So sank die Zahl der Gonorrhöe-Fälle um 35 Prozent auf 1962. Bei der Syphilis wird sogar ein Rückgang der Fälle um nahezu 50 Prozent auf 451 gemeldet.

Ähnlich ist die Entwicklung in Berlin: 20 Prozent weniger Gonorrhöe-Fälle und 41 Prozent weniger Syphilis-Erkrankungen. Nach Angaben des Berliner Landesinstituts für Tropenmedizin und des Bundesgesundheitsamtes ist bei den männlichen Homosexuellen sogar ein Rückgang der meldepflichtigen Geschlechtskrankheiten um 70 bis 90 Prozent festzustellen.

Amerikanisches AIDS-Präparat in Schweden getestet

Über erste, wenn auch begrenzte Erfahrungen mit einem in Amerika entwickelten Medikament zur AIDS-Therapie haben schwedische Ärzte der Agentur Associated Press (AP) Auskunft gegeben. Nach Einschätzung des Stockholmer Karolinska Institutes ist die klinische Erprobung an zunächst vier Patienten mit aller Vorsicht recht positiv zu bewerten. Nach vierwöchiger Behandlung mit einem aus acht Aminosäuren entwickelten Präparat namens „Peptide T“, das täglich zweimal injiziert werden mußte, sei die Zahl der Lymphozyten bei den AIDS-Kranken wieder gestiegen. Nach den bisherigen Beobachtungen scheint das Präparat den gewünschten Effekt zu haben und die Lymphozyten gegen das HIV-Virus abzusichern. Auch die Hirnzellen sind offenbar auf diese Weise zu schützen. Im ersten klinischen Test hat sich das bisher bestätigt. Endgültige Beurteilungen müssen einer längeren Testreihe vorbehalten bleiben. Die Schweden haben das Präparat „Peptide T“ im vergangenen Sommer zur klinischen Erprobung übernommen. In den Vereinigten Staaten ist das dort entwickelte Präparat noch nicht zur Behandlung an AIDS-Kranken eingesetzt worden.

Mitteilungsblatt der kassenärztlichen Vereinigung Berlin,
03.03.87



First AIDS drug wins approval

From Herald Wire Services

WASHINGTON — The government on Friday approved sale of the first drug for treating AIDS — a costly chemical that despite serious side effects has been shown to keep people alive who otherwise would die.

Commonly known as AZT, azidothymidine is not considered a cure because it does not kill the AIDS virus. It does, however, inhibit an enzyme needed for the virus to replicate itself, so it helps control the virus' growth.

Clinical trials last fall demonstrated to the satisfaction of the U.S. Food and Drug Administration that AZT prolongs life for AIDS sufferers. The death rate for people receiving placebos was about 16 times higher than for the people receiving AZT.

Those results prompted the FDA to end the trial early so all patients participating in the test could get the drug.

To be marketed under the trade name Retrovir by Burroughs Wellcome Co. of Research Triangle Park, N.C., the drug — taken in capsule form every four hours — could cost a typical patient \$10,000 or more for a year's supply.

Derived from herring sperm in a complex chemical process, the drug suppresses bone marrow in many patients, thereby reducing the production of infection-fighting blood cells.

That effect is so threatening to some patients that they have to get blood transfusions to stay on the

drug. Less serious side effects include gastrointestinal problems.

Because Retrovir is still in short supply, the manufacturer has outlined a restricted distribution system intended to see that it goes first to seriously ill patients whose symptoms are closest to those who participated in the clinical trials.

"Today's approval marks an important step, but by no means a final victory, in our ongoing war against AIDS," Robert Windom, assistant secretary of health at the Department of Health and Human Services, said in announcing FDA approval.

"Retrovir is not a cure for AIDS, but it has a demonstrated ability to improve the short-term survival of AIDS patients with recently diagnosed PCP and certain patients with advanced ARC," said Windom.

PCP is pneumocystis carinii pneumonia, a rare form of pneumonia found mostly in AIDS sufferers. ARC is short for AIDS-

related complex, a diagnosis just short of full-fledged AIDS.

Labels will say Retrovir is intended for AIDS and ARC patients with specific evidence of severely depressed immunity or a history of PCP.

Once a drug is approved for sale, however, the FDA has no authority over how it is prescribed.

It is widely assumed that almost all AIDS and ARC patients will insist that their doctors prescribe Retrovir for them and that most doctors will comply.

The company has said it expects to be able to manufacture enough Retrovir by the end of 1987 to supply 30,000 patients — enough for all of the estimated 14,000 with full AIDS and 16,000 of those with ARC.

Ed Collins, head of drug information services at Burroughs Wellcome, said patients who meet the prescription criteria established by the FDA would be signed up on a first-come, first-served basis.

Doctors wishing to prescribe the drug will have to apply to the company for permission. The company will provide an uninterrupted supply of the drug to patients.

"If there is not enough," Collins said, "new applications will be put in a queue and contacted in order."

AZT originally was developed in 1964 by Jerome Horowitz of the Michigan Cancer Foundation as a possible treatment for cancer. The National Cancer Institute, under the direction of Samuel Broder, tested AZT in February 1985 and found it was a potent inhibitor of AIDS.

The FDA approval came less than four months after the new drug application was filed by Burroughs Wellcome — one of the shortest approval actions on record. The North Carolina concern's parent company in London got permission to sell Retrovir in Britain on March 4.

It is not known how long Retrovir can prolong the lives of AIDS sufferers because no one started taking it till late last year. But most patients have showed marked improvement.

Retrovir is expected to cost \$188 wholesale for 100 tablets of 100 milligrams each.

Organizations representing AIDS patients expressed concern that many deserving patients will not be able to pay for it.

HOW AZT WORKS

AIDS virus injects strand of RNA, its genetic material, into the body's immune defense cells, called T-cells.

Normal Process

To multiply, the virus must convert its RNA into DNA. Four enzymes — thymine, cytosine, guanine and adenine — link DNA subunits to the RNA strand.

What AZT Does

AZT (azidothymidine) is used as if it were thymine. But it can link up only on one end, thus preventing conversion of RNA to DNA.

Facts About the Drug

Trade Name: Retrovir.
How it is Made: Derived from herring sperm in complex chemical process.
Dose: Taken in capsule form every four hours.
Cost: \$188 wholesale for 100 tablets of 100 milligrams each.
Patients' cost: \$7,000 to \$10,000 a year.
Availability: Initially reserved for patients with severely weakened immunity or patients who have had PCP, a rare form of pneumonia found mostly in AIDS sufferers.
History: Developed as possible anti-cancer drug in 1964.
Potential Side Effects: Nausea, gastrointestinal problems, anemia. In some patients, AZT suppresses bone marrow, making blood transfusions necessary. Long-term consequences unknown.

DAN CLIFFORD/Miami Herald Staff

The Miami Herald/ USA
21.03.1987



Ansätze für neue Mittel gegen Aids

Göttinger Forscher berichten über erste Laborerfahrungen

Befürchtungen, daß die deutsche Bevölkerung mit dem im vergangenen Jahr entdeckten HIV-2-Virus durchseucht ist, scheinen unbegründet. Dies wurde auf der Arbeitstagung der Sektion Virologie der Deutschen Gesellschaft für Hygiene und Mikrobiologie deutlich, die am Samstag im Max-Planck-Institut für Biochemie in Martinsried bei München zu Ende ging. Auch über erste kleine Erfolge bei der Suche nach Medikamenten gegen die Immunschwächekrankheit Aids wurde berichtet.

Daß das HIV-2-Virus weniger gefährlich und in Deutschland nicht so weit verbreitet ist wie das zur tödlichen Immunschwäche Aids führende HIV-1-Virus, lassen die in Martinsried vorgestellten Untersuchungen hoffen. Die Arbeitsgruppe um *F. Deinhardt* vom Max-von-Pettenkofer-Institut in München hatte 100 Drogenabhängige und 40 HIV-1-positive Bluter auf das Vorhandensein von Antikörpern gegen HIV-2 untersucht. Bei keiner der Personen konnten diese Antikörper festgestellt werden. Auch *H. Schmitz* vom Hamburger Bernhard-Nocht-Institut, dem Tropeninstitut der Hansestadt, hat unter Angehörigen der Aids-Risikogruppen keinen HIV-2-infizierten Patienten identifizieren können. „Die wenigen Europäer, die mit HIV-2 infiziert sind, haben meist sehr engen Kontakt mit Afrikanern gehabt“, erläutert Schmitz.

In Afrika ist HIV-2 relativ weit verbreitet. Schmitz berichtete in Martinsried über Untersuchungen an Blutseren aus Westafrika, die in der Tiefkühltruhe des Hamburger Tropeninstituts gelagert waren. Sogar in Seren aus dem Jahr 1975 konnte Schmitz das HIV-2 nachweisen: „Ich glaube, daß das eine alte Infektionskrankheit ist. Verblüffend ist, daß in der ländlichen Bevölkerung Afrikas HIV-2-Infektionen relativ häufig sind, in den Städten aber HIV-1.“

Unklar ist bislang, wie dieser Befund mit der Entstehung der beiden Aids-Viren zusammenhängt. Zur Zeit vermuten manche Experten, daß das HIV-2 der „Großvater“ des HIV-1 sein könnte. Daß also HIV-1 durch genetische Veränderungen aus seinem Vorläufer hervorgegangen ist und sich dann ausbreitete. Auch über die Krankheitssymptome bei HIV-2-infizierten Patienten weiß man noch nicht viel. Einige Forschergruppen haben beschrieben, daß die Krankheit ähnlich wie eine HIV-1-Infektion verläuft. „Zwei unserer Patienten, in Deutschland lebende Afrikaner, haben sich allerdings zum Teil wieder erholt“, sagt Schmitz. Auch *Luc Montagnier* vom Pariser Pasteur-Institut habe schon über HIV-2-infizierte Patienten berichtet, deren Aids-ähnliche Symptome sich nach einiger Zeit gebessert hätten.

Schmitz nimmt an, daß HIV-2 weniger gefährlich sei als sein länger bekannter Nachfahre. HIV-2-infizierte Personen, die er in Afrika untersucht hatte, seien klinisch unauffällig gewesen. „Wenn wir nachweisen können, daß HIV-2-Infektionen schon sehr lange in Afrika existieren, aber nie beschrieben worden sind, ist das ein Hinweis darauf, daß es doch ein harmloses Virus ist“, meint der Hamburger Forscher.

Einen chemischen Verwandten des jetzt schon zur Aids-Behandlung eingesetzten AZT (Azidothymidin) haben Göttinger Wissenschaftler getestet. Die Gruppe um *Fritz Eckstein* vom Max-Planck-Institut für experimentelle Medizin und *Gerhard Hunsmann* vom Deutschen Primatenzentrum berichteten, daß die Substanz Azido-dideoxy-guanosin in Reagenzglasversuchen die Vermehrung des Aids-Virus hemmen kann. Vorteil des neuen Stoffes sei, daß er Körperzellen weniger schädige als das AZT.

Daß AZT das Wachstum von Retroviren – zu denen das Aids-Virus zählt – bremsen kann, war Anfang der siebziger Jahre zum erstenmal am Göttinger Max-Planck-Institut für experimentelle Medizin entdeckt worden. Da damals keine Anwendungsmöglichkeiten bestanden, gerieten die Befunde wieder in Vergessenheit. Zur Zeit wird AZT von dem britischen Konzern Burroughs Wellcome produziert.

Auf ihren langjährigen Erfahrungen mit AZT-ähnlichen Stoffen können die Göttinger Forscher jetzt aufbauen. Das gerade getestete Azido-dideoxy-guanosin scheint auf dieselbe Weise wie AZT auf das Aids-Virus zu wirken. Man nimmt an, daß es die Vermehrung der Erbsubstanz des HIV-Virus unterbindet, indem es das Enzym Reverse Transcriptase hemmt. Dieses Enzym ist die „Achillesferse“ des Virus. Da die Reverse Transcriptase nur bei Retroviren vorkommt, sind Medikamente, die sie hemmen, sehr spezifisch.

Vor übertriebenen Hoffnungen warnen die Göttinger Wissenschaftler allerdings. Man habe erst sehr geringe Mengen von Azido-dideoxy-guanosin in der Hand. Bevor man die Substanz an Freiwilligen testen könne, müßten außerdem noch viele Versuche zur Erforschung eventueller Nebenwirkungen gemacht werden. Im Vergleich zu AZT sei man um viele Jahre in der Forschung zurück.

Am Rande der Tagung im Max-Planck-Institut wurde auf die im Dezember 1986 in Göttingen gegründete „Gesellschaft für Aids-Forschung“ aufmerksam gemacht. Zu den Gründungsmitgliedern zählen unter anderen die beiden deutschen Nobelpreisträger *Manfred Eigen* und *Georges Köhler*. Nach dem Vorbild der Krebshilfe will die gemeinnützige Gesellschaft die Aids-Forschung fördern. Finanziert werden sollen die Programme durch Spenden, wobei man auch auf großzügige Zuwendungen aus der Industrie hofft (Konto-Nummer: 161000 Deutsche Bank Göttingen). Vom neuen Verein wird betont, daß man sich nicht als Konkurrenz der deutschen Aids-Hilfe oder bereits bestehender staatlicher Förderprogramme verstehe. Man wolle sich auf die gezielte, rasche und flexible Förderung der naturwissenschaftlich orientierten Aids-Forschung konzentrieren.

CHRISTINE BROLL

Süddeutsche Zeitung,
München, 30.03.87



Süddeutsche Zeitung/
München/ 19.03.87

Der Tagesspiegel
Berlin 12.03.87

Neue Aids-Definition geplant

Atlanta (dpa)

Die amerikanischen Gesundheitsbehörden wollen eine neue Definition der tödlichen Immunschwäche Aids einführen, um die Statistik ehrlicher und aussagekräftiger zu machen. Als Folge davon könnte die Zahl der statistisch erfaßten Fälle um etwa 20 Prozent ansteigen. Wie die nationalen Zentren für Krankheitskontrolle in Atlanta mitteilten, sollen nach ihrem Vorschlag künftig auch solche Fälle in die Statistik eingehen, bei denen die Krankheit nicht durch Labortests von Blut- oder Gewebeproben, sondern durch klinische Beobachtung festgestellt wurde. Außerdem sollen zwei Krankheiten – das sogenannte Schwund-Syndrom und Dementia complex, eine Infektion des Gehirns –, von denen man annimmt, daß sie vom Aids-Virus verursacht werden, unter die Definition von Aids fallen.

Japaner entwickeln neues Aids-Präparat

Osaka (vwd)

Eine organische Substanz, die eine Infektion durch das Aids-Virus verhindern soll, will der japanische Pharmakonzern Ueno Fine Chemicals entwickelt haben. Die Substanz UFC-A stoppe die Infektion durch das Virus, indem sie die Synthese der reversen Transkriptase in menschlichen Zellen hemme, erklärte das Unternehmen. Die Wirksamkeit von UFC-A sei bereits vom National Cancer Institute der USA im In-Vitro-Verfahren nachgewiesen worden. Man bereite sich jetzt auf die klinische Erprobung vor.

Süddeutsche Zeitung,
München, 20.03.87

Pilotprojekt für HIV-2-Nachweis

Erste Untersuchung zum Nachweis des neuen Aids-Virus in Frankfurt

Frankfurt (dpa)

Ein Studententest zum Nachweis des neuen Aids-Virus HIV-2 soll als Pilotprojekt für die Bundesrepublik in Kürze beim Blutspendedienst in Frankfurt beginnen. Der ärztliche Direktor des Instituts, Siegfried Seidl, erklärte, voraussichtlich werde diese Untersuchung im Mai an einer begrenzten Zahl von Blutspendern mit Hilfe des sogenannten Pasteur-Tests aus Frankreich gestartet. Die Blutspender werden mit diesem Test auf Antikörper des neuen Virus untersucht. Im Januar waren im Paul-Ehrlich-Institut in Frankfurt die ersten Nachweise der HIV-2-Antikörper in der Bundesrepublik gelungen. Der HIV-2-Test wurde vom Pasteur-Institut in Paris entwickelt.

Während der Tagung des Komitees des Europarates für Automations- und Qualitätskontrolle in Turin hatten sich 13 europäische Länder auf vergleichende Untersuchungen zum Erfassen verschiedener Stämme des neuen Aids-Erregers geeinigt. Ein Vertreter des Europarates nannte diese Versuche nach Angaben von Seidl vordringlich, um festzustellen, ob und in welchem Umfang HIV-2 international erkannt wird. Dieser Erreger ähnelt dem ersten Aids-Virus, weist nur verschiedene andere äußere Proteine auf.

Süddeutsche Zeitung,
München, 21./22.03.87

Erster Schritt zu AIDS-Medikament

ADN: In Charité erstmals menschliche monoklonale Antikörper erzeugt

Wissenschaftler in der DDR haben nach eigener Einschätzung einen ersten Schritt zu Medikamenten gegen die Immunschwächekrankheit AIDS geschafft. Nach einer Meldung der DDR-Nachrichtenagentur ADN wurde in einer Fernsehendung am Dienstagabend bestätigt, daß ein Kollektiv unter Leitung von Professor Rüdiger von Bähr am Institut für klinische Immunologie der Ost-Berliner Charité erstmals menschliche monoklonale Antikörper gegen verschiedene Strukturproteine des Aids-Virus HIV erzeugt habe. Blutlymphozyten von Antikörperträgern seien mit einer neuen, am Charité-Institut gezüchteten Fusionszelle vereinigt worden und produzierten in der Zellkultur Antikörper gegen das Aids-Virus.

In der 45minütigen Livesendung mit dem Titel „Aids-Experten antworten“ berichtete Bähr ADN zufolge, diese Antikörper könnten im Großmaßstab biotechnologisch erzeugt werden. Sie seien bereits in ausländischen Laboratorien geprüft worden, wobei die an der Charité gewonnenen Ergebnisse bestätigt worden seien. Bähr bewertete die Erzeugung menschlicher monoklonaler Antikörper als einen der ersten Schritte auf dem Weg zu biologischen Arzneimitteln gegen das Aids-Virus. Auf diese Weise sollten zukünftig schützende Antikörper hergestellt werden.

Monoklonale Antikörper gegen das Aids-Virus könnten, wie der Präsident des Paul-Ehrlich-Instituts in Frankfurt, Professor Reinhard Kurth erläuterte, zum einen bei Unglücksfällen in der Klinik oder im Labor eingesetzt werden, wenn sich jemand mit einer Injektionsnadel verletzt. Zum anderen könnten Neugeborene von Aids-infizierten Müttern mit solchen Antikörpern behandelt werden.

Die Fragen in der Fernsehunde galten Entstehung, Ursache, Übertragung und Verbreitung der Krankheit wie auch dem Stand der Bemühungen um ein Mittel gegen Aids und den Möglichkeiten, sich vor einer Infektion zu schützen. Die Auskünfte der Experten waren behutsam, jedoch nicht auf Beschwichtigung ausgerichtet. Betont wurde die relativ günstige Situation der DDR, wo bisher ein Aids-Toter und 14 infizierte, aber nicht erkrankte Menschen registriert worden seien.



Cholangitis bei AIDS durch Cytomegalie-Viren ausgelöst

Ann Arbor (LVB). Bei AIDS-Patienten mit Symptomen wie Fieber, Schmerzen im rechten Oberbauch und zunehmender Cholestase, sollte abgeklärt werden, ob eine Infektion der Gallenwege durch Zytomegalie-Viren vorliegt.

Wie Dr. Farooq P. Agha von der Universität Michigan/USA berichtet hat, treten bei Schwächen des Immunsystems wie bei AIDS besonders häufig Infektionen durch Zytomegalie-Viren auf (Am J Gastroenterol 81, 1986, 1068). Dabei entwickelten sich ausgedehnte gastrointestinale Ulzerationen. Es sei noch unklar, ob das Zytomegalie-Virus bei AIDS-Kranken die Darmschleimhaut durch eine Vaskulitis schädige, oder sich auf bereits bestehende, durch die Grundkrankheit bedingte Epitheldefekte, ansiedele.

Der Wissenschaftler berichtet über einen jungen AIDS-Patienten mit einer foudroyant verlaufenden Zytomegalie-Virus-Cholangitis bei unklarem Pathomechanismus:

Der 29jährige Homosexuelle hatte den Arzt wegen eines Ikterus und Schmerzen im Be-

reich des rechten oberen Abdomens aufgesucht. In den Gallenwegen konnten weder Konkreme noch Erweiterungen der Abflußwege festgestellt werden. Zunächst lautete die Diagnose auf nekrotisierende extra- und intrahepatische Cholangitis. In Duodenal-Biopsien und in Stuhlkulturen des Patienten wurden Zytomegalie-Viren nachge-

Der besondere Fall

wiesen, ebenso wie rasch ansteigende virus-spezifische IgM-Titer

im Blut. Der Wissenschaftler nahm daher an, daß primär Zytomegalie-Viren und nicht die AIDS-Erreger dieses Krankheitsbild hervorgerufen haben. Nach kurzer Besserung setzte bei dem schwer Kranken eine rasch fortschreitende Zerstörung der Gallenwege ein. Die Infektion breitete sich generalisiert aus und der Patient verstarb mit Symptomen einer pulmonalen Insuffizienz.

Die Pathologen konnten nach der Obduktion in Lunge, Pankreas, Dünndarm, Nebennieren und Leber Cytomegalie-Viren nachweisen. Der Erreger hatte sich in den Gallenwegen festgesetzt.

Ärzte Zeitung
Neu Isenburg 04.03.87

Ärzte Zeitung
Neu Isenburg 23.03.87

Nachweis-Tests für AIDS-Antikörper wurden verbessert

Berlin (HML). Exakte epidemiologische Erkenntnisse über die Ausbreitung des HIV-Virus „machen uns im Prinzip nicht viel klüger“. Diese Ansicht vertrat Professor Karl-Otto Habermehl, Direktor des Instituts für Klinische und Experimentelle Virologie der FU Berlin, bei einem Gespräch der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin.

Habermehl, der eine Meldepflicht wegen fehlender Therapiemöglichkeiten ablehnt, wertet seit vier Wochen im Auftrag der Deutschen Vereinigung zur Bekämpfung der Viruserkrankungen HIV-positive Blutproben aus 3000 Labors, Gesundheitsämtern und Blutbanken im gesamten Bundesgebiet aus. Der Virologe erhofft vor allem Aufschlüsse darüber, welcher Anteil der sero-positiv-Träger später manifest an AIDS erkrankt. Die Virusträger bleiben dabei anonym. Der vom Labor ausgefüllte Fragebogen enthält lediglich Alter, Geschlecht, Art des Tests und die ersten beiden Ziffern der Postleitzahl. Nach Einspeisung der Daten in den Computer wird der Bogen vernichtet.

Die Nachweistests wurden laut Habermehl stark verbessert. Zwar sei das Infektionsrisiko bei Blutübertragung nicht ganz ausgeschlossen, weil zwischen Infekt und Antikörper-Bildung ein Timing liegt, durch intensive Befragung halte man jedoch Risikogruppen von Blutspenden fern. Der HIV-2-Virus spielt, so der Virologe, in Europa epidemiologisch gegenwärtig keine große Rolle. Er sei lediglich bei einigen Westafrikanern beziehungsweise engen Freundinnen entdeckt worden. Da die Hüllproteine des HIV-2-Virus mit dem klassischen HIV-Virus stark verwandt seien, könne ein Teil mit herkömmlichen Nachweist-Tests erfaßt werden.



Mit den eigenen Waffen geschlagen

Düsseldorfer Forscher gehen einen ungewöhnlichen Weg bei der Hilfe für Aids-Patienten

Von VERA ZYLKA

Das Substrat, die sogenannte Autovakzine, das von Wissenschaftlern der Universität Düsseldorf aus dem Blut von Aids-Patienten hergestellt wurde, ist kein Impfstoff im üblichen Sinn, wie er z. B. zur Vorbeugung von Kinderlähmung und Masern angewendet wird.

Professor Herbert Brüster, Direktor des Instituts für Blutgerinnungswesen und Transfusionsmedizin (Düsseldorf), trat in einem Gespräch mit der WELT damit Meldungen vom Wochenende entgegen, wonach sein Team einen spezifischen Aids-Impfstoff entwickelt haben soll. Brüster äußerte, daß die Bezeichnung „Impfstoff“ irreführend sei, da die „Autovakzine“ weder von fremden Personen oder Tieren abstamme, noch über Kulturen hergestellt werde.

Vielmehr entnahm das Mediziner-Team aus dem Blut von 14 Aids-Patienten die sogenannten T- und B-Lymphozyten, die mit Hilfe von Zellseparatoren gewonnen wurden. Das HIV-Virus befällt die für die körpereigene Immunabwehr verantwortlichen T-Lymphozyten; die B-Lymphozyten erkennen das Virus an einem bestimmten Signal und bilden daraufhin spezifische Abwehrkörper.

Ultraschall und Kälte

In einem Schutzmedium wurde das gewonnene Zellmaterial mit Ultraschall und danach durch „Kältesprengung“ bei minus 80 °C behandelt. Dadurch wurde das virushaltige Material aus den Zellen freigesetzt.

Anschließend wurde das gewonnene Substrat inkubiert (mit Wärme behandelt) und bei 56 °C hitzesterilisiert,

wobei das virusaktive Material abgetötet wird. Nach dieser doppelten Wärmebehandlung und Entfernung der Zellmembran wurde jedem Aids-Patienten die aus seinem eigenen Blut gewonnene Suspension geimpft.

Die vollständige Aufbereitung – von der Zellgewinnung bis zur Verabreichung der fertigen Autovakzine – nimmt vier Stunden Zeit in Anspruch. „Das Virus wird zerschlagen und die einzelnen Bausteine dem Aids-erkrankten Organismus angeboten“, so Prof. Brüster.

Vier Patienten zeigen das Vollbild der Aids-Erkrankung, zehn den Aids-related Complex (ARC), eine Vorstufe der Immunerkrankung. Bei allen Patienten besserten sich nicht nur die schweren Krankheitserscheinungen (Lymphknotenschwellungen, Durchfall); die Autovakzine regte auch die körpereigene Bildung hochspezifischer Antikörper und neuer Lymphozyten an. „Zweifellos kann man noch nicht von einer Ausheilung der Erkrankung sprechen“, betonte Professor Brüster. Dennoch sind alle behandelten Personen inzwischen wieder arbeitsfähig.

„Wir haben diesen ungewöhnlichen Weg eingeschlagen, um für die Aids-Patienten eine hohe Sicherheitsstufe zu erreichen und ihnen kein fremdes genetisches Material zu übertragen“, äußerte der Mediziner. „Nach unseren ersten Erfahrungen scheint der erkrankte Körper gut mit dem bearbeiteten Virusmaterial fertig zu werden.“

Da das Aids-Virus ständig seine Erkennungsstellen für Antikörper ändert, muß die „Autovakzine“ aus mehreren Virion-Generationen (Virion ist eine Existenzform des Virus

außerhalb der Wirtszelle) hergestellt und dem Patienten in bestimmten Abständen jeweils wieder neu verabreicht werden. So wurden die Patienten innerhalb des zweijährigen Behandlungszyklus zu Beginn sechsmal und zu späteren Zeitpunkten noch zweimal geimpft.

„Wir haben versucht, den raffinierten Weg des gefährlichen HIV-Virus zu imitieren“, so der Düsseldorfer Mediziner. „Unsere Vorstellung ist, daß der Ideenreichtum des Virus irgendwann einmal erschöpft sein wird.“

Mehrere Denkmodelle

Es gibt zur Zeit verschiedene Denkmodelle, um der Aids-Erkrankung vorzubeugen oder sie zu behandeln. Einer der Wege ist, die HIV-Viren direkt anzugreifen und abzutöten (z. B. mit Azidothymidin oder Azacytosin), ein anderer, die empfindlichen T-Lymphozyten zu „härten“, also gegen eine Infektion mit dem HIV-Virus resistent zu machen.

„Nach unserer Auffassung kann man Aids nicht für die Dauer eines Lebens mit Zytostatika (Wirkstoffe, die das Immunsystem hemmen und damit die Vermehrung des Virus verhindern) bekämpfen“, so Herbert Brüster, „da man – genau wie das Aids-Virus – ständig das Immunsystem der Patienten stört.“

Das Prinzip der „Autovakzine“, den Aids-Patienten Bestandteile des Virus zu verabreichen, um das eigene Immunsystem zu stimulieren, könnte, so Prof. Brüster, „auch ein Ansatz zur Behandlung vieler anderer Erkrankungen sein“.

Die Welt, Bonn
02.04.87



First human AIDS vaccine trial goes ahead without official OK

London

A CONTROVERSIAL trial of an AIDS (acquired immune deficiency syndrome) vaccine in Zaire has been given the full backing of the Zairean government in the face of mounting criticism that it is being carried out secretly and without the backing of the World Health Organisation.

The vaccine, which is the first to be tried in humans, has been developed by Dr Z. Lurhuma, director of the immunology laboratory of the University Clinic in Kinshasa, General J.-J. Salaun, head of the National Institute of Biomedical Research in Kinshasa (formerly the Pasteur Institute and now operated with French cooperative aid), and Dr Daniel Zagury of the Université Pierre et Marie Curie.

Zagury's research, much of which has been in cooperation with Dr Robert Gallo, has led him to design a vaccine aimed to trigger cells of the immune system to kill cells that are infected with the AIDS virus and carry viral envelope protein on their surface. Because the killing is mediated by cells of the immune system as well as by virus-neutralizing antibodies, the prototype vaccine has a different, but still undisclosed, basis from that of the several candidate vaccines that are based on purified envelope protein.

Animal tests followed by tests on a few uninfected human volunteers have been

used to show that the vaccine is free of toxicological effects and can stimulate antibody production. As a result, the vaccine is now being tested on a small scale in volunteers at high risk in Zaire.

Zagury and his colleagues are not prepared to comment on the results of the trial so far, preferring to await its completion and formal presentation. They are, meanwhile, delighted by the statement of support and encouragement for the project from the Executive Council of Zaire that was published in *Elima*, the main Kinshasa newspaper, on 7 January. The statement looks forward to large-scale trials.

With a high incidence of AIDS and a correspondingly high risk of infection in Zaire, a large-scale trial of the vaccine should provide a trial of efficacy in a relatively short time. The rates and risks of infection in Zaire have been extensively documented as the result of an international project backed by the US Centers for Disease Control. But it seems clear that the project fell far short of the hopes of those in Zaire and that a vaccine trial is much more to the point. And they are disinclined to involve the World Health Organisation's Control Programme on AIDS headed by Dr Jonathan Mann, who until recently was deeply involved in the Centers for Disease Control project in Zaire.

Peter Newmark

Nature, 22.01.87

Wellcome gears up production of AIDS drug

London

CONFIDENT that the first approval for the use of its anti-AIDS drug, Retrovir (trade name for AZT), is just around the corner, Wellcome plc is busily preparing itself for the anticipated demand. At a capital cost of £17 million, additional general purpose plants are being constructed both at Dartford, Kent, and at Greenville, Tennessee.

But even with their new production capacity, the company may not be able to meet estimated worldwide demand, in which case, presumably to avoid the kind of criticism that followed its initial allocation of the drug solely to the United States, Wellcome would allocate supplies on a geographical basis according to the number of reported cases.

Wellcome makes the drug (3'-azido-3'-deoxythymidine; AZT), by chemical synthesis from thymidine, which in turn is chemically synthesized by another company, whose identity is secret. Both companies are scaling up their chemical syntheses, which involve sixteen steps.

By May this year, Wellcome expects to have enough of the drug to meet the demand for its use in AIDS (acquired immune deficiency syndrome) patients who are seriously ill with pneumonia caused by *Pneumocystis carinii*, a group that has responded well to the drug in clinical trials. But if worldwide approval for use of the drug in patients with serious AIDS-related complex (ARC) was also soon granted, supplies would not meet demand. On existing figures there are about 15-20,000 patients in each category, needing an average of about one gram a day of the drug continually.

Approval for use of the drug in one or both conditions is expected from the US Food and Drug Administration in "five or six weeks", according to a Wellcome spokesman. And the UK Committee on Safety and Drugs is considering an application based on the same data. Wellcome will be submitting similar applications to other major European countries soon. In addition, clinical trials will test the value of the drug, alone or in combination therapy, in less severe cases of AIDS or ARC.

Responsibility for Retrovir production changed hands last week with the resignation of Dr Ronald Cresswell, who became the director responsible for coordinating Wellcome's US and UK research and development after the departure of Sir John Vane. No direct replacement has been made. Instead, Dr Trevor Jones takes over UK responsibilities and Dr Howard Schaeffer runs the US side.

Peter Newmark

AIDS: Früher Liquorbefall

AIDS führt bei manchen Patienten bereits im Initialstadium zu ZNS-Symptomen, die an eine diffuse Enzephalopathie denken lassen und ohne HIV-Antikörper-Test schwierig abzuklären sind. Alle Patienten mit Serum-Antikörpern gegen HIV haben auch einen positiven Befund im Liquor. Ein Virusnachweis in der Zerebrospinalflüssigkeit gelang bei fünf von 23 HIV-seropositiven Patienten. Das Virus konnte auch im Liquor eines seronegativen Patienten mit den Zeichen einer primären HIV-Infektion isoliert werden. Der Erreger kann demnach bereits in einem sehr frühen Stadium der Infektion auch das Zentralnervensystem befallen.

CHIÖD: F. et al. Roslagstulls sjukhus, Stockholm und Östra sjukhuset: Göteborg

Arznei-Telegramm,
März 1987

Nature, 12.02.87



ENTSCHLIESSUNGEN / VOTUMDES NATIONALEN AIDS-BEIRATS VOM 05.03.1987

1. Eine Gefährdung Anderer durch eine HIV-infizierte Person in Ausübung ihrer Berufstätigkeit als Ansteckungsquelle sowie eine Gefährdung durch HIV-bedingte Komplikationen besteht nicht. Eine obligatorische Antikörper-Testung wird deshalb nicht empfohlen.

Der Beirat hat sich bei diesem Votum nicht mit der Frage der Prostitution befaßt.

2. Eine routinemäßige HIV-Testung des medizinischen Personals ist nicht erforderlich. Für Mitarbeiter in besonders exponierten Bereichen wird eine Antikörper-Testung bzw. Einfrierung von Serum vor Aufnahme der Tätigkeit empfohlen. Freiwillige Testangebote und deren Wahrnehmung bleiben unberührt.

Das Risiko einer berufsbedingten HIV-Infektion ist äußerst gering. Eine routinemäßige Antikörpertestung im Zusammenhang mit einer Dienstreise ist nicht notwendig. Reisende in Endemie-Gebiete sollten über Infektionsrisiken aufgeklärt werden.



Bayern beschließt drastische Maßnahmen zur Bekämpfung von AIDS

Anonyme Meldepflicht für Infizierte bleibt im Gespräch

München/Stuttgart (dpa/Reuter). Der bayerische Ministerrat stimmte gestern in seiner Sitzung grundsätzlich einer Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung von AIDS zu. Demnach sollen in Bayern alle Bewerber für den öffentlichen Dienst in Einstellungsuntersuchungen auf AIDS getestet werden, ebenso wie Strafgefangene oder Untersuchungshäftlinge bei Antritt der Strafe oder U-Haft. AIDS-infizierten Ausländern soll keine Aufenthaltserlaubnis mehr erteilt werden, Ausländer aus Nicht-EG-Staaten müssen sich vor der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis einem AIDS-Test unterziehen.

Zudem kündigte Bayern die Einführung einer anonymen Meldepflicht für AIDS-Kranke für den Fall an, daß die Bundesregierung innerhalb der nächsten sechs Monate kein einheitliches AIDS-Gesetz erlassen wird.

Von sofort an werden in Bayern alle Ansteckungsverdächtigen zur Durchführung von HIV-Tests vorgeladen. Wie Innenminister Lang erklärte, werden diejenigen, die einer Ladung nicht Folge leisten, durch die Polizei zwangsvorgeführt.

Mit dem Virus infizierte männliche und weibliche Prostituierte erhalten von sofort an ein Tätigkeitsverbot. Ferner wird Infizierten verboten, Blut, Samen und Organe zu spenden. Mit dem AIDS-Virus infizierte Personen werden in Bayern verpflichtet, behandelnde Ärzte sowie Intimpartner über die Infektion zu informieren. Verstöße gegen diese Anordnungen sollen nach dem Bundesseuchengesetz geahndet werden.

Nach dem Sofortprogramm sollen „Einrichtungen, die eine Weiterverbreitung des Virus begünstigen, mit Auflagen versehen oder geschlossen“ werden. Die Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften im Freistaat werden umgehend angewiesen, das „bewußte oder fahrläs-

sige Infizieren anderer als schwere Straftat mit Nachdruck zu verfolgen“.

In einer von Lang vorgelegten Bundesrats-Initiative wird die Bundesregierung aufgefordert, den in München beschlossenen Maßnahmen zu folgen und darüber hinaus eine anonyme Meldepflicht zu erlassen. Namentlich sollen danach alle AIDS-Infizierten erfaßt werden, „bei denen erkennbar ist, daß sie fahrlässig oder vorsätzlich die Infektion weiterverbreiten“.

Kritik am Anti-AIDS-Programm

Nach Ansicht der baden-württembergischen Gesundheitsministerin Barbara Schäfer reichen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur AIDS-Bekämpfung aus. Ein Sprecher des Ministeriums sagte, es sei zu bezweifeln, ob andere Bundesländer dem Beispiel Bayerns folgen werden, da vor allem Durchführbarkeit und Kontrolle solcher Maßnahmen auf Hindernisse stießen. Vor allem gäbe es keinen Grund, Ausländer aus Staaten mit einem ähnlichen AIDS-Risiko wie in der Bundesrepublik anders zu behandeln als Inländer. Auch Bewerber für den öffentlichen Dienst sollten nicht anders behandelt werden als der Rest der Bevölkerung.

Die SPD warf der Staatsregierung vor, mit ihrem Maßnahmenkatalog auf eine namentliche Meldepflicht zu zielen. Das zeige sich daran, daß bereits jetzt ein großer Personenkreis von möglicherweise Infizierten namentlich erfaßt werden solle.

Der Vorsitzende der deutschen AIDS-Hilfe, Berlin, Paul, sagte zu den Beschlüssen der bayerischen Staatsregierung, das Kabinett habe sich auf den Weg in den paranoiden AIDS-Staat begeben. Damit würden alle Initiativen für eine wirksame Vorbeugung gegen AIDS verhindert.

Bei Aids bleibt Bayern stur

München will nur vorläufig auf Meldepflicht verzichten

Von unserem Korrespondenten Roman Arens

MÜNCHEN, 25. Februar. Für Bayern hat der Verzicht auf eine Meldepflicht bei Aids-Infektion, wie er von der Bonner Koalition beschlossen wurde, nur vorläufigen Charakter: Zwar nannte CSU-Sozialminister Karl Hillermeier die vereinbarte Pflicht für Labors, Infektionen anonym an ein zentrales Aids-Register zu melden, „noch etwa Besseres“ als die zunächst gewünschte ärztliche Meldepflicht in anonym codierter Form. Aber in der Sitzung des bayerischen Ministerrats am Mittwoch wurde entschieden, etwa in einem halben Jahr im Alleingang die Meldepflicht einzuführen, falls bis dahin nicht insgesamt befriedigende bundeseinheitliche Regelungen erreicht seien.

Innenminister August R. Lang wies im Anschluß an die Kabinettsitzung in München darauf hin, daß der Beschluß der Bonner Runde aus CDU, CSU und FDP „noch entscheidend verändert oder erwei-

tert“ werden könne. Man strebe „grundsätzlich“ aus Gründen der Zweckmäßigkeit eine bundeseinheitliche Regelung an; nur wenn diese „wider Erarten“ nicht wie gewünscht zustande käme, erfolge ein „eigener Vorstoß“, sagte Lang.

Bayern will im Bundesrat eine Initiative für ein Aids-Gesetz einbringen, die sowohl die vom Innenministerium vorgeschlagene Änderung des Bundesseuchengesetzes als auch die vom Sozialministerium vorgeschlagenen Regelungen über Aufklärung und Beratung enthält. Für den Freistaat selber wurde schon eine ganze Reihe drastischer, sofort wirksamer Maßnahmen beschlossen. Innenstaatssekretär Peter Gauweiler räumte ein, daß eine namentliche Meldepflicht, für die er sich seit langem eingesetzt hat, „im Bund momentan nicht durchsetzbar“ ist.

Der Tagesspiegel,
Berlin, 26.02.87

Ärzte Zeitung,
6./7.03.87

Meldepflicht

Bayern ergreift Initiative für AIDS-Gesetz

München (dpa/eb). Der bayerische Innenminister August Lang hat jetzt angekündigt, daß Bayern im Bundesrat eine Initiative für ein AIDS-Gesetz einbringen wird. Das Gesetz solle die Einführung einer namentlichen Meldepflicht für AIDS-infizierte und -erkrankte Personen vorsehen, bei denen erkennbar sei, daß sie fahrlässig oder vorsätzlich die Infektion weiterverbreiteten. In dem Gesetzentwurf sei auch eine anonyme Meldepflicht vorgesehen.

Bundesjustizminister Hans Engelhard rief dagegen in Bonn zu Sachlichkeit auf. Insbesondere die Diskussion über die Einführung einer namentlichen Meldepflicht zeige negative Folgen. Wie bereits von Anfang an befürchtet, entzögen sich HIV-Infizierte Tests und Arztbesuchen, um ihre namentliche Erfassung zu vermeiden.

Frankfurter Rundschau,
26.02.87



Das Streiflicht

(SZ) Wir beehren uns, anzuzeigen, daß am Ende dieser Woche der Freistaat Bayern neuerlich versucht, Ordnungszelle der Republik sein zu wollen. Als gäbe es in der ganzen Diskussion um Aids, in allen vorsichtigsten und vorsorgenden Überlegungen nicht auch schon zwangsläufig genug repressive Momente, einschließlich derjenigen, die sich im eigenen Kopf ausbreiten und zunächst einmal das Ende jedes unbefangenen Umganges mit dem Nächsten bedeuten. Im Freistaat Bayern genügt das nicht. Hier werden Bayerns kostbares Image und die Restspuren der liberalen, geistig-politischen Farbe des Landes präventiv den engstirnigen Ordnungsvorstellungen des Staatssekretärs Gauweiler ausgeliefert. Hier soll, durch Initialzündung der angekündigte „Sonderweg“, das hochexplosive Gemisch der allgemeinen Volks-Angst für tiefgreifende Kontroll- und Überwachungssysteme bereit gemacht werden. Fast unmerklich, scheinbar unerwünscht, kann im Gefolge einer dem Lehrbuch des Populismus entnommenen „Härte“ ein „Aids-Staat“ ausgebrütet werden, in welchem sich Denunziantentum („Mein Gott, ich tue doch nur ein gutes Werk an der Gemeinschaft, wenn ich den Verdächtigen melde“) und Rassismus einnisten.

Rassismus? Ohnehin ist Rassismus der Aids-Diskussion seit dem Augenblick immanent, da sogenannte Randgruppen als „Herde“ der Verbreitung ausgemacht wurden. Aber wir sind heute viel weiter. Der bayerische Ministerpräsident Strauß hat Vorhaltungen des österreichischen Bundeskanzlers Vranitzki, warum auch arbeitssuchende Österreicher, weil sie nicht der Europäischen Gemeinschaft angehören, einem generellen Aids-Test unterworfen werden sollen, mit einem verräterischen Schlenker beantwortet. Das ergebe tatsächlich keinen Sinn, sagte Strauß, denn es existiere ja, analog zum europäischen Kulturkreis, ein „Europäischer Hygiene-Kreis“, dem Österreicher, Schweizer, Finnen, Schweden oder Norweger angehörten – während andererseits die X und die Ypsilons aus der EG frei einreisen dürften. Strauß hat natürlich nicht X und Ypsilon gesagt – der Erfinder des „Europäischen Hygiene-Kreises“ hat vielmehr unmißverständlich von „Südspaniern“ und „Sizilianern“ gesprochen, die unverständlicherweise (noch) frei an allen Aids-Schranken vorbei dürfen – und welcher „weiße“ Mitteleuropäer wüßte nicht längst, wie's dort unten zugeht!!! Wiederum er selbst kann der Nächste sein, der sich verdächtig macht oder verdächtigt wird. In tausend Jahren haben wir gelernt, daß in einem Angstklima, das mit dem Begriff Hygiene verbunden wird, die zivilisatorische Tünche besonders schnell zerfressen wird.

Aids allein ist schwierig genug; aber die Lähmung unserer Kultur durch Selbst-Anklagen und Selbst-Überprüfungen und die Gefährdung unserer Gesellschaft durch staatliches Ordnungs- und Kontroll-Verlangen ist derzeit größer als durch die unmittelbaren Folgen der Immunschwäche – derzeit dick unterstrichen. Und der Freistaat – auch dieser Begriff dick unterstrichen –, der Freistaat Bayern muß auf dem Weg zum Zwangsstaat aufgehalten werden. Erfreulicherweise können wir im Kreise der Verteidiger solche Anarchisten wie Rita Süßmuth und die Bundesärztekammer begrüßen.

Süddeutsche Zeitung,
München, 28.02.87

Die Welt, Bonn,
28.02.87

Aids: Stuttgart wirft München Egoismus vor

DW. München

Die Kritik an den Beschlüssen der bayerischen Regierung über Aids-Maßnahmen nimmt weiter zu. So hieß es in einer Stellungnahme der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG), Einstellungsuntersuchungen beim Eintritt in den öffentlichen Dienst stellten eine Maßnahme dar, die „weniger von Vernunft als von Panik getragen ist“. „Beginnt mit dem Eintritt in den bayerischen Staatsdienst eine Phase erhöhter Keuschheit?“, fragte die DAG.

Der ostbayerische SPD-Vorsitzende Gerhard Schmid empfahl in einer Erklärung den Mitgliedern der bayerischen Staatsregierung, mit gutem Beispiel voranzugehen und sich einem Aids-Test zu unterziehen. Dabei könne besonders Innenstaatssekretär Peter Gauweiler als unverheirateter 38jähriger Mann durch eine freiwillige Untersuchung der Bevölkerung ein Beispiel geben.

Die baden-württembergische Sozialministerin Barbara Schäfer (CDU) erklärte im „Südwestfunk“, sie bedaure das bayerische Vorgehen. Die behördliche Verfolgung könne zur Folge haben, daß einzelne Menschen, die befürchten müßten, sozial diskriminiert zu werden, jetzt nach Baden-Württemberg kämen. „Das ist ein außerordentlich egoistisches Denken“, warf sie den Bayern vor, die die Probleme damit hinter die Landesgrenzen verlegten. „Der Herrgott beschütze mich vor weiteren Gauweilern“, sagte die Ministerin mit Blick auf den Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, der als mitverantwortlich für die Regelung in Bayern gilt. München selbst ist offenbar auf dem Rückzug: „Abgeschlossen ist diese Sache noch nicht“, so das Innenministerium.



Bayerische Aids-Maßnahmen mißbilligt

Deutsche Aids-Hilfe warnt vor Besuch staatlicher Beratungsstellen in Bayern

Hamburg (dpa/ap/rtr)

Scharfe Kritik hat der bayerische Alleingang zur Bekämpfung der tödlichen Immunschwäche Aids ausgelöst. Durchweg ablehnend waren die Reaktionen von Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth (CDU), der Bundesärztekammer, von SPD und Grünen sowie seitens der Deutschen Aids-Hilfe. Die Gesundheitsministerin sagte am Donnerstag im Süddeutschen Rundfunk: „Aus meiner Sicht ist es der falsche Ansatz im Umgang mit der Krankheit Aids, und wir müssen abwarten, wie sich solche Maßnahmen in Bayern auswirken.“ Sie befürchtet, daß es „nicht zum Wohl der Aids-Patienten wie der Aids-Infizierten ist“, denn alle Erfahrungen gingen dahin, daß gerade die dort benannten Gruppen besser auf freiwilliger Basis erreicht worden seien.

Unterdessen warnte die Deutsche Aids-Hilfe (Berlin), der Bundesverband der regionalen Aids-Hilfen, sogar vor dem Besuch von staatlichen oder städtischen Aids-Beratungsstellen in Bayern. Ange-

sichts der paranoiden Vorstellungen der bayerischen Staatsregierung sei damit zu rechnen, daß jeder, der sich freiwillig über Aids informieren lasse, als ansteckungsverdächtig angesehen und „zwangsweise auf Antikörper gegen das Immundefektvirus HIV getestet wird“, heißt es in der Mitteilung. Der Vorsitzende der Aids-Hilfe, Gerd Paul, erklärte weiter: „Wer sichergehen will, nicht in der Mühle der Zwangsmaßnahmen zu landen, sollte sich außerhalb Bayerns beraten lassen.“ Gegen Aids habe sich allein die korrekte Aufklärung über die Infektionswege und die Möglichkeiten der Vorbeugung als effektiv erwiesen.

Der Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz der Länder, der niedersächsische Minister Hermann Schnipkowitz, kritisierte besonders, daß Bayern ohne Abstimmung mit den anderen Ländern vorgegangen sei, obwohl für Ende März eine Aids-Sonderkonferenz von Bund und Ländern angesetzt sei. Er könne sich nicht vorstellen, sagte Schnip-

kowitz, wie die angekündigten Kontrollen in Bayern überhaupt durchgeführt werden sollten. Schnipkowitz kritisierte insbesondere die Absicht, alle Bewerber für den öffentlichen Dienst einem Aids-Test zu unterziehen. Dies werde ein schlechtes Beispiel für andere Bereiche der Wirtschaft geben. Es laufe darauf hinaus, Aids-Infizierte aus der Gesellschaft völlig auszugrenzen. Bei den Strafgefangenen sei mit obligatorischen Tests nicht viel geholfen. Denn Aids-Kranke seien schnell nicht mehr haftfähig und würden entlassen. Was dann mit ihnen geschehen solle, sagte die bayerische Regierung aber nicht.

Als völlig überzogen, nicht durchdacht und nicht durchführbar bezeichnete der Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, die Maßnahmen in Bayern. „Hier wird nicht Aids bekämpft, sondern in unverantwortlicher Weise die Angst geschürt“, sagte Vilmar. Es sei zu befürchten, daß Menschen in Panik gerieten und die Selbstmordrate ansteige.

Hannoversche Allgemeine
Zeitung, 27.2.87

WHO mißbilligt bayerischen AIDS-Katalog

Vertreterin der DDR verteidigte AIDS-Meldepflicht

München/Bonn (Reuter/dpa). Die Weltgesundheitsorganisation WHO mißbilligt die von Bayern erwogenen Maßnahmen zur Bekämpfung von AIDS. Während einer Konferenz des WHO-Regionalbüros zum Thema AIDS, die heute zu Ende geht, sagte Professor Deinhardt vom Pettenkofer-Institut, München, gestern, die bayerischen Maßnahmen seien nicht geeignet, die Immunschwäche zu bekämpfen. Im übrigen sei festzustellen, daß weitaus weniger potentielle AIDS-Infizierte zur Untersuchung kämen.

Nach den Worten von Koch, dem Leiter der AIDS-Arbeitsgruppe beim Bundesgesundheitsamt, gibt es ähnliche Maßnahmen wie in Bayern nur noch in Saudi-Arabien.

Die Vertreterin der DDR, Renate Baumgarten von der Infektionsklinik des Städtischen Krankenhauses Berlin, verteidigte die AIDS-Meldepflicht in der DDR. Dadurch würde die ärztliche Schweigepflicht nicht gefährdet. Im übrigen gebe es in der DDR keine Zwangsuntersuchung.

In Europa sind nach Schätzungen der WHO 500 000 bis 1,5 Millionen Menschen mit AIDS infiziert. Vordringlichstes Ziel der WHO-Konferenz in München ist die Erarbeitung von Empfehlungen zur Aufklärungsarbeit und für die Gesundheitserziehung.

Der Tagesspiegel,
Berlin, 18.03.87

Ärzte Zeitung
Nr. 39, 02.03.87

Zitate

„Angesichts der paranoiden Vorstellungen der bayerischen Staatsregierung ist damit zu rechnen, daß jeder, der sich freiwillig über AIDS informieren läßt, als ansteckungsverdächtig angesehen und zwangsweise auf Antikörper gegen das Immundefekt-Virus HIV getestet wird.“

Gerd Paul, Vorsitzender der Deutschen Aids-Hilfe

„Die Meldepflicht kann sich sehr schnell zur Vorstufe einer Isolierung und Diskriminierung der AIDS-Infizierten verwandeln.“

Professor Dr. Spiros Simitis, hessischer Datenschutzbeauftragter



Landshuter Zeitung,
02.03.87

„Aids-Aschermittwoch“ in München

Deutsche Aids-Hilfe plant Kundgebung in der Fußgängerzone – Innenministerium rechtfertigt Kabinettsbeschlüsse – Zahnärzte schließen Virus-Übertragung in den Praxen aus

München. (AP/dpa) Einen „Aids-Aschermittwoch“ hat die Deutsche Aids-Hilfe für München angekündigt. In einer Mitteilung vom Sonntag hieß es, es werde ein „politischer Aschermittwoch der Aids-Hilfen“ in der bayerischen Landeshauptstadt vorbereitet. Die Deutsche Aids-Hilfe und die ihr angeschlossenen 40 Organisationen aus allen Regionen der Bundesrepublik kämen am Aschermittwoch nach München, „um ihre Empörung über die bayerischen Hysteriemaßnahmen kundzutun“. Eine Aids-Infektion bei der Zahnbehandlung wird von den Zahnärzten ausgeschlossen. Die Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns forderte am Wochenende die mit dem Aids-Virus Infizierten dennoch auf, ihren Zahnarzt über die Erkrankung zu informieren.

Ab 14 Uhr würden die Aids-Helfer in der Fußgängerzone zwischen dem Stachus und dem Marienplatz Informationsfaltblätter verteilen und für Beratungsgespräche zur Verfügung stehen. Am 17 Uhr werde dann eine Solidaritätskundgebung beginnen. An den Aktionen beteiligen sich den Angaben zufolge unter anderem der Aids-Koordinator der Niederlande, Jan van Wijnbergen, der Vorsitzende der Schweizerischen Aids-Hilfe, Roger Staub, Bundesanwalt Manfred Bruns und Vertreter von Parteien.

Das bayerische Innenministerium in München hat am Sonntag in einer Erklärung noch einmal die von vielen Seiten kritisierten Aids-Beschlüsse des bayerischen Kabinetts vom Mittwoch gerechtfertigt. In einer Erklärung hieß es: „Daß die staatlichen und kommunalen Gesundheitsbehörden zur Bekämpfung der Weiterverbreitung übertragbarer Krankheiten Schutzmaßnahmen einzuleiten verpflichtet sind, ist keine Erfindung der letzten Kabinettsitzung, sondern rechtliche Vorgabe des Bundesseuchengesetzes an die Länder und Gemeinden.“ Der Katalog der beschlossenen Maßnahmen umfasse auch die Verbesserung und Verstärkung der Hilfe und Beratung für die Infizierten

und Erkrankten. Die Behauptungen über Quarantäne und Zwangsreihenuntersuchungen von SPD und Grünen seien abwegig.

In einem am Samstag veröffentlichten Bericht der bayerischen Kassenzahnärztlichen Vereinigung hieß es: „Es besteht kein Grund für Angst vor der zahnärztlichen Behandlung.“ Schon immer seien in der Zahnarztpraxis strenge Hygienevorschriften beachtet worden. Bei allen chirurgischen Maßnahmen gelte, daß nur bei strikter Beachtung dieser Vorschriften solche Behandlungen erfolgreich sein können. Diese Maßnahmen beruhen auf Vorschriften des Bundesgesundheitsamtes. Krankheitskeime würden zuverlässig abgetötet.

Der Zahnarzt, so hieß es in der Mitteilung weiter, wende gegen den Aids-Virus die gleiche Abwehrstrategie an wie zum Beispiel gegen den Hepatitis-B-Virus, dem Erreger der Gelbsucht. Beide Krankheitskeime hätten ähnliche Übertragungseigenschaften über Blut, Gewebe und Schleimhautsekrete. Die Desinfektions- und Sterilisationsmaßnahmen würden nicht zuletzt deshalb so streng beachtet, weil der Zahnarzt und seine Mitarbeiterinnen ohne diesen Schutz selbst gefährdet wären.

tz, 02.03.87

AIDS-Kundgebung am Aschermittwoch Gegen „Hysterie-Maßnahmen“

tz München Der durch Rundfunkpredigten bekannte evangelische Pfarrer Hans-

Einen politischen AIDS-Aschermittwoch in München hat die Aids-Hilfe angekündigt. Sie will damit ihre Empörung gegen die bayerischen „Hysterie-Maßnahmen“ ausdrücken. Ab dem 17 Uhr werden in der Fußgängerzone Infos verteilt. Um 17 Uhr beginnt eine Kundgebung. Unter dessen verteidigte das Innenministerium die Maßnahmen: Sie seien keine Erfindung der letzten Kabinettsitzung, sondern rechtliche Vorgabe des Bundesseuchengesetzes an Länder und Gemeinden.

Georg Lubkull hat am Sonntag in seiner Predigt in der Matthäuskirche auf die Gefahr der gesell-

schaftlichen Isolierung AIDS-Kranker hingewiesen. Unter dem Eindruck eines AIDS-Todesfalles in seiner Gemeinde warnte er Geistliche, die Erkrankten vom normalen Leben auszunehmen nicht zu lassen.

Kein AIDS beim Zahnarzt. Darauf weist die Zahnärztekammer hin: „Erforderliche Desinfektionsmaßnahmen werden beachtet.“

Kondome: ja Gauweiler: nein

München: Politischer Aschermittwoch der Aids-Hilfe
Protest gegen bayerischen Maßnahmenkatalog

Aus München Luitgard Koch

„Wir haben uns nach diesem Beschluß der bayerischen Staatsregierung sehr schnell entschlossen zu handeln, da wir meinen, daß die Maßnahmen zur Bekämpfung von Aids völlig ungeeignet sind“, erklärte der Pressesprecher der Deutschen Aids-Hilfe e.V. Zastrau. Während in Niederbayern die Parteien ihre Veranstaltungen zum politischen Aschermittwoch abhielten, trafen sich gestern in München Mitglieder der 45 Aids-Hilfen aus dem gesamten Bundesgebiet, um mit einem „Aids-Aschermittwoch“ gegen die bayerischen „Zwangsmaßnahmen“ zur

Aids-Bekämpfung zu protestieren. In der Münchner Fußgängerzone verteilten sie neben Aufklärungsbroschüren auch Kondome. An den Aids-Aktionen beteiligten sich neben Schauspielerinnen wie Cornelia Froboess auch Vertreter von SPD, FDP und Grünen sowie Sexualwissenschaftler, der Präsident der Ärztekammer Berlin und der Vorsitzende der Schweizer Aids-Hilfe. „Die bayerische Staatsregierung wird mit ihrer paranoiden Hysterie nicht einen einzigen HLV-Infizierten verhindern“, betonte Zastrau. Als „durchweg rechtswidrig“ bezeichnete Bundesanwalt Bruns die Maßnahmen.

Er rechnet damit, daß auf die bayerische Regierung eine Welle von Strafanzeigen wegen Körperverletzung und Schadensersatzansprüchen zukommen wird. Das Bundesseuchengesetz sei als rechtliche Grundlage allein nicht ausreichend. Damit könnten Maßnahmen bis hin zur Zwangsisolierung gefördert werden. Ebenfalls gibt es nach Ansicht von Bruns für den Zwangstest bei Aids bei Bewerbern des öffentlichen Diensts keinerlei Rechtsgrundlage. Die bayerischen Behörden machen sich dadurch schadensersatzpflichtig.

Die Tageszeitung,
Berlin, 05.03.87

Als gesundheitspolitisches Verbrechen und Sünde wider die christlichen Grundwerte bezeichnete der Präsident der Berliner Ärztekammer Ellis Huber die bayerischen Maßnahmen. „Wir setzen hier auf Hilfe und nicht auf Brandmarkung“, kritisierte auch der Bundestagsabgeordnete Manfred Schmidt (SPD) ebenso wie

der FDP-Abgeordnete Norbert Eimer die Beschlüsse der bayerischen Staatsregierung. Unverständnis über die bayerischen Maßnahmen äußerte auch der Sexualwissenschaftler Prof. Erwin Haeberle von der Universität San Francisco. In den USA herrsche längst Konsens darüber, daß solche Maßnahmen nicht nunsinnlos, sondern gefährlich sind. Der bayerischen Aids-Hilfe wurden zu Beginn des Jahres bereits ein Wohngruppenprojekt sowie ein Projekt zur begleitenden Forschung nicht genehmigt.

Auf dem Marienplatz wurden Aufklärungsbroschüren und Kondome verteilt. Obwohl das Verteilen von Kondomen in Bayern ordnungswidrig ist, nämlich Aufforderung zur Unzucht, griffen die jungen Polizisten nicht ein. „Was schützt vor Aids? — Kondom: ja, Gauweiler: nein“ stand auf den mitgebrachten Transparenten.



München / Politischer Aschermittwoch der AIDS-Hilfen

Ärzte Zeitung,
Neu Isenburg, 6./7. März 1987

„Wir setzen auf Hilfe statt Brandmarkung“

München (Ric). „AIDS bekommt man nicht, AIDS holt man sich“ – diese Erkenntnis stand im Mittelpunkt des „politischen Aschermittwochs der AIDS-Hilfen“ in München. Aus Protest gegen die umstrittenen Beschlüsse des Ministerrates hatten die 45 regionalen AIDS-Hilfen und ihr Bundesverband in die bayerische Landeshauptstadt eingeladen.

Während am Nachmittag zahlreiche Prominente aus der Filmbranche aber auch aus der Politik in der Münchner Innenstadt an die Passanten Aufklärungsschriften über die Immunschwächekrankheit verteilten, hatte der Vormittag ganz im Zeichen der Auseinandersetzung mit den bayerischen Beschlüssen zur AIDS-Bekämpfung gestanden.

Übereinstimmend kritisierten Vertreter der Bundestagsfraktionen von SPD und FDP die Münchner Maßnahmen als völlig überzogen, die katastrophale Folgen haben dürfte. Manfred Schmidt (SPD) und Norbert Eimer (FDP) sprachen sich für massenhafte Aufklärung und gegen Zwangsmaßnahmen aus. Schmidt: „Wir setzen auf Hilfe, nicht auf Brandmarkung“.

Dem von der bayerischen

Staatsregierung als Sofortmaßnahme beschlossenen Zwangstest von Bewerbern für den öffentlichen Dienst, der bislang allerdings aus Gründen der Praktikabilität noch nicht in die Tat umgesetzt ist, lehnte der SPD-Politiker als völlig unsinnig ab. Eimer forderte die Bundesregierung auf, einen Anti-Diskriminierungs-Katalog für AIDS-Kranke und HIV-Positive zu entwickeln und materielle Hilfe für Kranke bereitzustellen.

In einer schriftlichen Erklärung zur Münchner Veranstaltung verurteilte der neue Präsident der Berliner Ärztekammer, Dr. Ellis Huber die Beschlüsse der bayerischen Regierung als „gesundheitsschädliches Verbrechen und Sünde wider die christlichen Grundwerte“.

Reihenuntersuchungen, Zwangstests und Meldeverfahren suggerierten fälschlicherweise Sicherheit vor Ansteckung und führten damit zur weiteren Ausbreitung des Virus gerade in den Bevölkerungskreisen, die nicht einer bestimmten Risikogruppe zugeordnet werden können.

Auch der international anerkannte Sexualwissenschaftler Professor Dr. Erwin Haerberle aus San Franzisko mahnte die



In der gesamten Münchner Fußgängerzone hatten am „politischen Aschermittwoch der AIDS-Hilfen“ Mitarbeiter der bundesweiten Organisation Aufklärungsbroschüren und Kondome verteilt. Foto: amw

Landesregierung zur Umkehr. Der bayerische Staatssekretär Peter Gauweiler, einer der vehementesten Befürworter von Zwangsmaßnahmen, wolle sicher nicht als „größter Verbreiter von AIDS in die bayerische Geschichte eingehen“, sagte

Haerberle. Bleibe es jedoch bei den beschlossenen Maßnahmen, werde Gauweiler in einigen Jahren angesichts der abgetauchten HIV-Infizierten und der Explosion der Erkrankung sich dann sagen müssen: „das habe ich nicht gewollt“.

Augsburger Allgemeine,
05.03.87

Aids-Alleingang im Kreuzfeuer der Kritik

Bundesanwalt Bruns hält bayerische Maßnahmen für rechtswidrig – Aktionstag in München

MÜNCHEN (mhb). Zahlreiche Vertreter aus Politik und Kunst sowie Repräsentanten ausländischer Aids-Hilfegruppen haben gestern auf dem Aktionstag der deutschen Aids-Hilfen in München die Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung zur Bekämpfung

der Immunschwächekrankheit heftig kritisiert. Bei einer anschließenden Protestveranstaltung auf dem Münchner Marienplatz verteilten die Veranstalter unentgeltlich Kondome und Solidaritätsstreifen zum Anstecken an Passanten.

Ein Sprecher der Deutschen Aids-Hilfe vertrat vor Journalisten die Ansicht, die im Freistaat beschlossenen Vorschriften seien rechtswidrig. Ein „Zwangstest“ stelle eindeutig eine Körperverletzung dar. Die Deutsche Aids-Hilfe warnte erneut alle Hilfesuchenden davor, sich in Bayern von staatlichen Stellen über die Krankheit beraten zu lassen. Der Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Manfred Bruns, nannte die bayerischen Maßnahmen rechtswidrig. Eine Welle von Strafanzeigen und Schadenersatzprozessen werde auf die Staatsregierung und ihre Behörden zukommen, prophezeite Bruns. Er legte jedem Patienten ans Herz, gegen einen Arzt, der ungefragt Blutproben zum Aidstest bringe, Strafanzeige zu stellen.

Der von der Bundesregierung finanziell geförderte Berliner Dachverband von mittlerweile 45 örtlichen ehrenamtlichen Beratungsstellen wollte in München dokumentieren, daß Selbsthilfeeinrichtungen mehr Ver-

trauen vermitteln als staatliche Amtsärzte. Der Dachverband berichtete von ersten Anzeichen einer Fluchtbewegung gefährdeter Gruppen in den Untergrund. Dies hätte verheerende Folgen für die weitere Ausbreitung von Aids.

Für den Arzt und Sprecher des Berliner Verbandes, Jan Schäfer, sind die bayerischen Beschlüsse einmalig in der ganzen Welt, voller Menschenverachtung und Brutalität, ohne Vorbild selbst in der Sowjetunion und der DDR. „Die Staatsregierung wird mit ihrer paranoiden Hysterie die Ausbreitung der Krankheit nicht verhindern. Hier wird Angst geschürt.“ Daß der Weg zum Überwachungs- und Denunziationsstaat schon besritten sei, bewiesen erste anonyme Anrufe, in denen Gesundheitsämtern und Polizei Namen von Homosexuellen und Fixern genannt würden.

Der Deutschen Aids-Hilfe ging es mit ihrer Aktion darum, dieser Entwicklung vor-

zubeugen und die Münchner Bevölkerung wachzurütteln, daß der Seuche nur durch Aufklärung, Vorbeugung und Beratung ohne Bedrohung der Intimssphäre und ohne amtliche Aids-Karteien beizukommen sei. Bund, Länder und Kommunen dürften mit den benötigten Geldern nicht mehr kleckern, sondern müßten klutzen. Für Schäfer ist die Aids-Bekämpfung nicht mehr durch ehrenamtliche Helfer, sondern nur noch mit hauptamtlichen Kräften zu bewältigen. Täglich meldeten sich bei den Beratungsstellen bereits bundesweit 3000 Anrufer, gingen monatlich 4000 schriftliche Anfragen ein.

Für über 6000 Strafgefangene forderte der „Engel der Gefangenen“, die Schwedin Birgitta Wolf, die Durchführung eventueller Aids-Zwangsuntersuchungen durch externe Ärzte. Unter den Gefangenen sei die Furcht sehr groß, als Aids-Virussträger bei Kennzeichnung der Zellentüren in Einzelhaft isoliert zu werden.



Kabinettt will an Aids-Beschlüssen festhalten

Gauweiler wird gegenüber CSU-Abgeordneten heftig

Innenstaatssekretär: Vom Konzept wird kein Jota zurückgenommen

MÜNCHEN (SZ) - Zwischen Staatsregierung und CSU-Landtagsfraktion zeichnet sich ein Zwist um die Frage ab, wie schnell und lückenlos das bundesweit umstrittene bayerische Aids-Bekämpfungskonzept verwirklicht werden soll, das vom Kabinettt am 25. Februar beschlossen worden ist. Am Dienstag bekräftigte der Ministerrat seinen Beschluß von damals und drückte obendrein auch noch auf das Tempo. „Die Staatsregierung stellte einstimmig fest, daß es innerhalb des Kabinettt keine Meinungsunterschiede in dieser Frage gibt“, hieß es anschließend im Bulletin der Staatskanzlei.

Vergangene Woche hatte sich Innenminister August Lang zwar auch im Landtag zu dem Katalog bekannt, die Akzente jedoch bei einer Debatte mit der Opposition so konziliant gesetzt, daß ein Antrag der Grünen, den Kabinetttbeschuß nicht zu vollziehen, zurückgezogen worden war. Zuvor hatten der innenpolitische Sprecher der CSU, Hermann Regensburger, und ihr Fraktionschef Gerold Tandler ausdrücklich erklärt, keine einzige der geplanten Vorschriften werde in Kraft treten, ehe ein Expertenhearing am 28. April vorüber sei.

Konflikt im Arbeitskreis

Am Dienstagnachmittag führte das schon länger währende Tauziehen um die Liste der wissenschaftlichen Teilnehmer bei dieser Veranstaltung im innenpolitischen Arbeitskreis der CSU zum Konflikt. „Er ist sehr heftig geworden“, verriet dessen Vorsitzender Regensburger auf Fragen von Journalisten, wie Gauweiler bei dem Treffen auf die Lücken in der Besetzungsliste reagiert habe. Eine Reihe der von ihm vorgeschlagenen war nämlich während seiner Brasilien-Reise im Einvernehmen mit Vertretern der Fraktion gestrichen worden. Außerdem habe sich Gauweiler über das Bild geärgert, das seine Partei in der vergangenen Woche im Landtag bot und das den Eindruck vermittelte, sein Konzept finde keine ungeteilte Zustimmung mehr.

Nur fünf blieben

Regensburger berief sich in der internen Arbeitskreissitzung hartnäckig auf Absprachen zwischen Lang und Tandler, die für das parlamentarische Verhalten der CSU maßgeblich gewesen seien und es blieben. Die Absprache bedeute zwar nicht, daß das Konzept der Staatsregierung „wackelt“, meinte Regensburger, wohl aber, daß das Hearing die Vorschläge der Staatsregierung unter die Lupe nehmen solle. „Ich habe keine abgeschlossene Meinung. Sonst wäre das

Hearing eine Farce“, beharrte der CSU-Politiker. In dem Umstand, daß von zwölf seiner Arbeitskreiskollegen am Schluß nur noch fünf im Saale saßen, sah er „keine demonstrative Geste“. „Es waren so wenig da, daß ich mich geniert habe zu gehen“, gestand ein anderer aus dem geschrumpften Kreis.

Das nächste Wort über die Plätze auf der Expertenbank soll nun der CSU-Fraktionsvorstand haben. Auch das Plenum der Fraktion am Mittwochnachmittag dürfte sich noch einmal damit beschäftigen. Ein nicht unmittelbar beteiligter CSU-Mann meinte am Dienstag angesichts des Kabinetttbeschlusses: „Jetzt geht er auf Konfrontationskurs.“ Aussagen von Parteifreunden Gauweilers häufen sich, in denen sie „ihm“ gerade im Zusammenhang mit Aids einen „unheilvollen Einfluß“ zuschreiben. Offener Widerspruch wurde daraus bislang freilich nicht.

Gauweiler selbst ließ am Dienstag überdies mitteilen, von dem vier Wochen alten Konzept des Kabinettt werde „kein Jota zurückgenommen“. Sozialminister Karl Hillermeier hatte im Gegensatz dazu vergangene Woche erklärt, alles solle noch einmal auf seine „Vor- und Nachteile hin untersucht werden“. Das Fernschreiben aus der Staatskanzlei enthielt von solchen Klauseln nichts mehr. Gauweiler setzt sich nach seiner Abwesenheit offenbar auf der ganzen Linie wieder gegen Hillermeier durch. Die Staatskanzlei gab darüber hinaus seine Einschätzung wieder, es sei mit einer „raschen Umsetzung der Beschlüsse zu rechnen“. Die Staatsregierung halte es im übrigen „mit Nachdruck für erforderlich, die von ihr beschlossenen weiteren Maßnahmen rechtlich und tatsächlich durchzusetzen“. Egon Scotland

Abendzeitung,
München, 25.03.87

AIDS: Gauweiler brüllt und tobt im Landtag

R. H. München - Krach wegen AIDS um Innenstaatssekretär Peter Gauweiler gestern im Landtag. Als sich einige der 15 Mitglieder des CSU-Arbeitskreises Innenpolitik gegen Gauweilers Einladungsliste zum AIDS-Hearing am 28. April wehrten, schlug der Staatssekretär empört auf den Tisch und brüllte die Abgeordneten an. Ein Abgeordneter: „Gauweiler will nur

Kronzeugen hören, die mit der Staatsregierung auf einer Linie liegen.“ Aus Protest verließen später die meisten Abgeordneten die Sitzung.

Der Staatssekretär emporsteuerte sich über Presseberichte. Darin hatten sich CSU-Abgeordnete - wie der Gesundheitspolitiker Johann Böhm in der AZ - teilweise von Gauweilers Linie distanzieren. Sie forderten auch gestern wieder eine ausge-

wogene Einladungsliste von Experten. „Wir sind doch keine Befehlsempfänger. Jetzt reicht es.“

Im Ministerrat war Gauweilers harte Linie mittags noch bestätigt worden. „Innerhalb des Kabinettt“ gebe es keine Meinungsunterschiede. Allerdings wird das bayerische Anti-AIDS-Programm nicht, wie geplant, am 1. April Wirklichkeit. Erst soll das CSU-Hearing abgewartet werden.

Süddeutsche Zeitung,
München, 25.03.87



CDU/CSU und SPD wollen eine „Enquête-Kommission Aids“

Forschung intensivieren / Schutz vor Ansteckung / FDP reserviert /

Grüne zur Zusammenarbeit bereit

Bonn, 18. März. Der Bundestag wird voraussichtlich in der übernächsten Woche die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Erforschung und Eindämmung der Krankheit Aids beschließen. Darauf haben sich die Führungen der beiden großen Bundestagsfraktionen CDU/CSU und SPD festgelegt. Der Fraktionsvorstand von CDU/CSU verabschiedete, wie am Mittwoch bekannt wurde, einen entsprechenden Antrag. Die Enquete-Kommission solle untersuchen, wie „der Schutz der Gesunden vor Ansteckung und die Eindämmung der Infektion“ sowie die „Betreuung und Hilfe für die Infizierten und Kranken und deren Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung am wirkungsvollsten erreicht werden könnten“. Sie solle auch untersuchen, „ob und wie die Forschung zu Aids ausgebaut werden kann und welche Schritte aus der Sicht des Deutschen Bundestages geeignet erscheinen, die internationale Zusammenarbeit enger und wirksamer zu gestalten“. Nach den Vorstellungen der Union sollen der Kommission neun Bundestagsabgeordnete und acht Wissenschaftler angehören; sie sollen Ende März 1988 einen Bericht vorlegen. Der Antrag wurde von der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Verhülsdonk formuliert; sie konnte sich auf einen entsprechenden Beschluß der CDU-Frauenvereinigung berufen. Sie hatte in der internen Debatte mit dem bayerischen Staatssekretär Gauweiler frühzeitig eine solche Kommission gefordert und war zu Gesprächen mit der SPD-Fraktionsführung beauftragt worden.

Frau Verhülsdonk sagte, ein interfraktioneller Antrag sei möglich. Der Frak-

tionsgeschäftsführer Seiters sprach mit Vertretern der FDP-Fraktion, deren Zustimmung noch ausstand. Der gesundheitspolitische Sprecher der FDP, Eimer, hatte am Dienstag die Einsetzung einer derartigen Kommission abgelehnt, weil davon „kein zusätzlicher Beitrag zur Bekämpfung der Immunschwäche-Krankheit erwartet werden kann“. Schon jetzt gebe es eine „Vielzahl“ von Kommissionen zu diesem Thema, sagte er mit Hinweis auf den nationalen Aids-Rat, auf einen „Koordinierungsstab Aids“ im Gesundheitsministerium, auf eine vorgesehene Bund-Länder-Kommission und auf ein geplantes Aids-Zentrum. Überdies seien die Mittel zur Aufklärung und Forschung über Aids aufgestockt worden. Freilich haben sich bisher weder die FDP-Fraktion noch deren Vorstand festgelegt.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel hatte sich in den vergangenen Wochen wiederholt für eine Enquete-Kommission ausgesprochen, und am Mittwoch hieß es, die Fraktion werde wohl in der übernächsten Woche einen entsprechenden Antrag verabschieden. Vogel wies mehrfach darauf hin, daß die Aids-Krankheit „nicht nur eine medizinische, sondern auch eine in ihrer Tragweite kaum zu überschätzende gesellschaftspolitische Herausforderung“ darstelle, vor allem deshalb, „weil auf nicht absehbare Zeit in Ermangelung medizinischer Immunisierungs- und Heilungsmethoden vor der Krankheit nur nachhaltige Änderungen menschlicher Verhaltensweisen im Intimbereich Schutz bieten“. Es bedürfe eines „besonders intensiven Zusammenwirkens der verschiedenen Wissenschafts- und Politikbereiche“. Die Fraktion der Grünen hat sich zur Frage einer Enquete-Kommission noch nicht entschieden; sie signalisierte der Union aber, daß auch sie eine Enquete-Kommission befürworten werde.

Frankfurter Allgemeine Zeitung,
19.03.87

Ärzte Zeitung,
Neu Isenburg, 09.03.87

AIDS

SPD initiiert Enquetekommission des Bundestages

Bonn (dpa). Der SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat eine Enquete-Kommission des Bundestages zur Erörterung von Maßnahmen gegen AIDS vorgeschlagen. Eine solche Kommission, sagte Vogel am Samstag im Bayerischen Rundfunk, solle Politiker und Wissenschaftler verschiedener Bereiche so eng zusammenführen, daß mit einem besseren gegenseitigen Informationsstand mit breiter Basis das Notwendige gegen AIDS unternommen werde.

Der SPD-Politiker vertrat die Auffassung, bei AIDS gehe es nicht nur um die medizinische Problematik, sondern auch „um gesellschaftspolitische Auswirkungen, die uns tatsächlich in den Grundfesten erschüttern können“. Die ganze politische Kultur gerate in Gefahr, wenn in diesem Zusammenhang wieder Minderheiten diskriminiert würden. Vogel hält eine Zusammenarbeit der SPD mit Gesundheitsministerin Rita Süßmuth für möglich, wenn sie nicht durch Querschüsse des bayerischen Innen-Staatssekretärs Gauweiler unmöglich gemacht werde.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat das Werben für die Benutzung von Kondomen beim Geschlechtsverkehr als falsch, schädlich und geschmacklos bezeichnet. Dagegen erklärten die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie der Verband Bildung und Erziehung, Aufklärung sei das zuverlässigste Mittel im Kampf gegen AIDS. Entscheidend sei, daß die Wirklichkeit jugendlichen Sexualverhaltens zugrunde gelegt werde.



Heimliche AIDS-Tests in Mainz

Die Tageszeitung,
Berlin, 21.03.87

ASTA-Referent der Universität erhebt schwere Vorwürfe gegen das Uni-Klinikum / Universitäts-Präsident Klaus Beiermann bestätigt indirekt umstrittene Praxis

Mainz (taz) — Der Mainzer ASTA-Referent Gunther App hat dem Mainzer Universitätsklinikum vorgeworfen, Patienten „heimlich und ohne deren Wissen“ einem AIDS-Test zu unterziehen. App berichtete, er selbst sei Anfang Januar in die Infektionsstation des Klinikums mit Malaria eingeliefert worden. Dort

habe er zufällig auf seinem Krankenblatt den handschriftlichen Eintrag HTLV III mit einem Zusatz versehen entdeckt. Nach einhalb Wochen sei er wieder entlassen worden, ohne daß man ihm etwas zu diesem Vermerk gesagt habe. Daraufhin habe er sich an die ihn behandelnden Ärzte gewandt, von denen er schließlich nach eini-

gem hin und her erfahren habe, man hätte ihn einem AIDS-Test unterzogen. „Der Befund war negativ“, so App zur taz.

Der Mainzer Universitätspräsident Klaus Beiermann bestätigte indirekt den Vorwurf Apps. Beiermann erklärte, daß man auf den Stationen „im Falle fiebriger Erkrankungen mit unklarer Genese“ die Patienten dann einem AIDS-Test unterziehe, wenn „ärztlicherseits ein begründeter Verdacht“ auf die Immunschwächekrankheit bestehe. Das sei sowohl wegen der Therapie des Patienten als auch zum Schutz des Personals notwendig. Nur in einem positiven Fall würden die Patienten über den an ihnen vollzogenen AIDS-Test informiert. Sei der Befund negativ, sehe man dagegen keine Notwendigkeit, den Patienten zu informieren, so Nicole GÜth, Pressesprecherin der Mainzer Universität. Als Grund für die umstrittene Praxis vermutete man bei der AIDS-Hilfe Frankfurt, daß bei einer Vorinformation der Patient seine Zustimmung zu dem Test verweigern könnte.

Die Dokumentation des AIDS-Tests wird im Mainzer Klinikum auf dem Krankenblatt festgehalten, das jedoch „nicht in fremde Hände gelangt und ausdrücklich nicht herausgegeben“ werde, so Beiermann in seiner Erklärung. Einzige Ausnahme sei eine staatsanwaltliche Anforderung des Krankenblattes. *Max Holz*

Anonymes Meldesystem für HIV-positive Blutproben

FU-Virologen schicken Erhebungsbogen an die Labors in der Bundesrepublik

Im Auftrag der Deutschen Vereinigung zur Bekämpfung der Virus-Krankheiten werden vom FU-Institut für klinische und experimentelle Virologie seit rund vier Wochen Erhebungsbogen verschickt. Adressaten sind rund 3000 Laboratorien, Blutbanken und Untersuchungsämter in der Bundesrepublik, die gebeten werden, positive Laborbefunde bei HIV-Tests, also die mit dem AIDS-Virus zwar

infizierten, aber nicht erkrankten Personen anonym zu melden. Angegeben werden sollen das Alter, soweit es bekannt ist, das Geschlecht und die ersten beiden Ziffern der Postleitzahl. Die Daten werden für eine epidemiologische Studie ausgewertet, die Fragebogen anschließend vernichtet.

Der Tagesspiegel,
Berlin, 20.03.87

Professor Habermehl, Direktor des virologischen FU-Institutes, sprach sich gestern in einem Informationsgespräch der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) ausdrücklich für Freiwilligkeit und absolute Anonymität dieses Verfahrens aus. Die Sicherheit für den Untersuchten liege auch darin, daß der diagnostizierte Befund nicht über den behandelnden Arzt, sondern über einen Laborarzt gemeldet werde, der ohnehin keine persönlichen Daten für die Blutuntersuchung erhebe.

Für ein solches Meldeystem, wie es bei anderen Viruserkrankungen wie etwa bei der Influenza seit Jahren funktioniert, gibt es nach Professor Habermehls Darstellung vor allem einen Grund: Es fehlt an wissenschaftlichen Erkenntnissen darüber, mit welcher Häufigkeit und in welchen Zeiträumen bei infizierten, sogenannten seropositiven Personen die Krankheit tatsächlich ausbricht. Die Virologen nehmen nach ihren bisherigen noch unvollständigen Beobachtungen an, daß zwischen 30 und 50 Prozent der mit dem AIDS-Virus Infizierten später erkranken.

Auch über die Anzahl der Seropositiven gibt es in der Bundesrepublik nur vage Vermutungen. Es können ebensogut 15 000 wie 150 000 sein. Während man bei der Zahl der an AIDS-Erkrankten davon ausgehen könne, daß sie sich in etwa zwölf Monaten verdoppelt, gibt es bisher nicht einmal Anhaltspunkte dafür, wie sich die Zahlen bei den Infizierten entwickeln werden, sagte Habermehl.

Wenn es medizinische Anhaltspunkte für eine Immunschwäche-Erkrankung gibt, dann besteht nach Ansicht des FU-Wissenschaftlers für jeden behandelnden Arzt die Verpflichtung, den Patienten zu einem AIDS-Test zu raten. Das verlange nicht nur der Schutz der möglicherweise gefährdeten Umgebung, sondern auch das Interesse des Betroffenen selbst. Denn schon jeder Infizierte müsse regelmäßig ärztlich betreut werden. Das hält der Virologe für ebenso wichtig wie psychologische Hilfen. **L. H.**



Freizeitmagazin,
Göttingen, 20.03.87

Massive Vorwürfe gegen Uni-Kliniken: **Aidstest ohne Wissen der Klinik-Patienten?**

Vier Buchstaben haben in den letzten Monaten über Landesgrenzen und Sprachbarrieren hinweg die bisherige weltweite Meinung, alles in den Griff zu bekommen, ins Wanken gebracht. Sie stellen Wissenschaftler vor Rätsel, erzeugen Panik, forderten Todesopfer und eine andere Einstellung zur vielgerühmten sexuellen Befreiung: A I D S. In Göttingen bietet die, oft als neue »Pest« bezeichnete, Virus-Infektion in zweierlei Hinsicht Zündstoff. Es geht um die Bezahlung des umstrittenen »Aids-Tests« seitens der Krankenkassen und um massive Vorwürfe, die die Göttinger Aids-Hilfe gegen die Uni-Klinik erhebt.

Schon lange wurde unter der Hand in Göttingen über angeblich unsaubere Praktiken in Zusammenhang mit dem »Aids-Test« an der Uni-Klinik gemunkelt. Die Gerüchteküche kochte, doch bislang blieb es bei Mund-zu-Mundpropaganda. In einem Gespräch mit dem Freizeit Magazin konkretisierte Dr. Klaus Müller erstmalig und offiziell im Namen der Göttinger Aids-Hilfe die schweren Vorwürfe: »Da ließen sich Leute mit Verdacht auf Tripper untersuchen, sie wurden dann ohne ihr Wissen einem Aids-Test unterzogen. Auf einer Strafverfolgung wurde bedauerlicher von den Patienten verzichtet«.

Die Freizeit Magazin-Redaktion versuchte nach diesem Gespräch

mehrmals von dem ärztlichen Direktor des Klinikums, Professor Kettler, eine Stellungnahme zu den Anschuldigungen zu bekommen. Vergeblich. Auch der Versuch über die zuständige Pressestelle blieb erfolglos. Erst am Drucktag des Freizeit Magazins wurden wir von der Sekretärin des Professors informiert, daß dieser möglicherweise lediglich zu einer schriftlichen Anfrage Stellung nehmen wolle. Anmerkung der Redaktion: Kein Kommentar.

Thema Nummer zwei, das Testwille in Göttingen zu ungläubigen Kopfschütteln veranlaßt: Den Test auf Krankenschein gibt es nur, wenn die

Aids-üblichen Krankheitssymptome vorliegen. Das bestätigte auch der Internist Peter Prause: »Bei vagen Verdacht oder bei dem bloßen Wunsch, sich untersuchen zu lassen, kann niemand mit Übernahme der Kosten durch die Krankenkasse rechnen«. Wie viele andere Ärzte auch, verzeichnet auch Prause eine ständig steigende Zahl von Patienten, die glauben, sich angesteckt zu haben. Hier stellt sich dann in der Tat die Frage, inwieweit bei aller bundesweiten »Panik« bis in höchste Politikerkreise, die Krankenkassen nicht in die Verpflichtung genommen werden sollten. Zahlen tun wir schließlich alle unsere Beiträge.

Eine weitere Möglichkeit, den »Aids-Test« vornehmen zu lassen, gibt es noch beim Gesundheitsamt — kostenlos. Doch auch hier muß man von der Testnotwendigkeit überzeugt sein. Amtsarzt Dr. Wilhelm Reinhard Wiencke dazu: »Ein Test kommt nur nach einem ausführlichen Beratungsgespräch in Frage«. Kritiker dieses Verfahrens bezeichnen dies als indirekten Zwang sich zu sehr in der Intimsphäre zu offenbaren.

Mit welcher Sensibilität das Thema angefaßt werden muß, beweisen nicht zuletzt die Versuche von Patienten, die sich dem Test unterziehen. Um nicht in den Karteien der Krankenkassen aufzutauchen, zahlen sie den Test aus eigener Tasche und bitten die Ärzte falsche Namen auf den Überweisungen anzugeben. In diesem Zusammenhang sind die Vorwürfe der Aids-Hilfe gegen die Uni-Klinik Öl auf das Feuer und: Sollten sie zutreffend sein, werden sie das ätzende Klima sicher nicht entschärfen. (WL/SR)

Universitäts-Klinikum

Aids-Tests ohne Absprache

Göttingen (pid). Im Göttinger Universitätsklinikum sind wiederholt Aids-Tests ohne Wissen der Betroffenen vorgenommen worden. Das wurde aus ärztlichen Kreisen im Klinikum bestätigt, nachdem schon vorher mehrere Betroffene und Aids-Berater dies behauptet hatten. Der Verwaltungsdirektor des Großklinikums, Rainer Bunsendal, sagte dazu auf Anfrage, er wisse nichts Genaues über die Testpraktiken in Göttingen, halte es aber für »möglich«, daß dies zuträfe.

Nach Angaben von Bunsendal plant das Klinikum jetzt, alle Patienten schon bei ihrer Aufnahme vorsorglich schriftlich darauf hinzuweisen, daß sie mit der Durchführung eines Aids-Tests rechnen müssen, falls dies für die Diagnostik und Behand-

lung nötig sei. Ob den Patienten dann zusätzlich konkret mitgeteilt wird, daß ein Test tatsächlich gemacht werden soll, ist nach Angaben von Bunsendal noch nicht entschieden.

Der Leiter der Universitäts-Hautklinik, Professor Hellmut Ippen, meinte, ein Arzt müsse in jedem Einzelfall entscheiden, ob er seine Patienten vorab über einen geplanten Aids-Test aufklären wolle oder ob die Betroffenen dadurch nur unnötig beunruhigt würden. Wenn nämlich einmal der Verdacht einer schweren Krankheit im Raum stünde, würden sich manche mißtrauische Patienten nie wieder beruhigen lassen, auch wenn das Testergebnis hinterher negativ sei, sagte Ippen auf Anfrage.

Aids-Berater vom unabhängigen »Aids-Arbeitskreis Göttingen« halten den Test ohne vorherige Absprache dagegen für gefährlich. Die Betroffenen müßten sich schon vorab mit den Konsequenzen des Testes auseinandersetzen, damit sie nicht völlig unvorbereitet von der drastischen Mitteilung getroffen würden, mit Aids-Viren infiziert zu sein. Aus heiterem Himmel ein solches Ergebnis zu erfahren, bedeute einen Schock, der möglicherweise selbst zum Ausbruch der Krankheit beitragen könne.

Sollinger Allgemeine,
31.03.87



Neue Juristische Wochenschrift,
Heft 12/ 1987

Umwelt und Recht

Bundesanwalt beim BGH Manfred Bruns, Karlsruhe
AIDS, Prostitution und das Strafrecht*

I. Sachverhalt

Am 17. 10. 1986 meldete „Bild“¹⁾, ein AIDS-kranker Stricher habe hundert Männer angesteckt, denen er am Münchener Hauptbahnhof seine Dienste verkaufte. Er habe dort täglich drei bis vier Kunden „getroffen“, obwohl er von der tödlichen Gefahr gewußt habe, die von ihm ausging. Fragen eines Kunden nach den seltsamen braunen Flecken auf seinem Körper habe er mit dem Hinweis abgewehrt, das seien nur Windpocken. Die Münchener Gesundheitsbehörden hätten aufgrund eines Tips seit drei (!) Monaten von dem Treiben des AIDS-kranken Strichers gewußt, ihn aber erst jetzt fassen können. „Bild“ fragt, ob dieser Stricher „lebenslänglich“ zu erwarten habe und zitiert dazu den bayerischen Justizminister Lang, daß die vorsätzliche Infizierung eines anderen mit AIDS ein Verbrechen der Vergiftung (§ 229 StGB) sei und daß der Täter gegebenenfalls auch mit einer Mordanklage (§ 211 StGB) rechnen müsse²⁾. Andererseits geht aus der „Bild“-Meldung hervor, daß gegen den Stricher lediglich Haftbefehl wegen „Erwerbsunzucht“ erlassen wurde.

II. Strafbarkeit der Ansteckung mit AIDS

Die Frage, ob und nach welchen Strafvorschriften man Prostituierte in solchen Fällen zur Rechenschaft ziehen kann, läßt sich nur richtig beantworten, wenn man sich klar macht, wie es zur Ansteckung mit AIDS kommen kann und wie sich AIDS in dieser Hinsicht von anderen übertragbaren Krankheiten unterscheidet.

Kennzeichnend für AIDS ist zunächst einmal, daß die Latenzzeit zwischen der akuten Infektion und dem Auftreten der ersten Krankheitssymptome anders als bei den herkömmlichen übertragbaren Krankheiten nicht bloß Tage oder Wochen, sondern zwei bis fünf Jahre und mehr betragen kann³⁾. Während dieser langen Inkubationszeit sind die Infizierten beschwerdefrei und fühlen sich subjektiv gesund. Gleichwohl sind sie von Beginn der Infektion an mit hoher Wahrscheinlichkeit sämtlich ansteckend und das bleiben sie bis an ihr Lebensende, selbst wenn es nicht zum Ausbruch der Krankheit kommt⁴⁾. Es läßt sich auch nicht vorhersagen, bei welchen Infizierten die Krankheit ausbrechen wird und bei welchen nicht. Selbst die Prozentzahlen sind strittig. Während das Bundesgesundheitsamt in seinem Merkblatt Nr. 43 zum Bundesseuchengesetz vom Juli 1985⁵⁾ noch davon ausging, daß nur 5-19% der Infizierten tatsächlich erkranken, werden jetzt in der medizinischen Literatur weit höhere Prozentzahlen diskutiert⁶⁾. Das ist deshalb von so dramatischer Bedeutung, weil alle Fälle, in denen die Krankheit ausbricht, tödlich enden. Die Ärzte können den meist qualvollen Tod nicht verhindern, sie können ihn nur hinausschieben. Es gibt gegen AIDS bisher kein Heilmittel.

AIDS ist also eine sehr gefährliche und heimtückische Krankheit. Aber man kann sich zum Glück vor AIDS gut schützen. Denn wie bei Hepatitis-B gibt es bei AIDS keine aerogene Übertragung. Es müssen Körpersekrete mit Viren durch (Schleimhaut-)Verletzungen in den Körper des anderen gelangen. Günstig ist ferner, daß die AIDS-Viren zwar in allen Körpersekreten vorkommen, aber nur im Blut und im Sperma in einer so hohen Konzentration, wie das für eine Infektion normalerweise erforderlich ist. Die Infektion erfolgt dementsprechend vor allem durch Geschlechtsverkehr, wobei der Analverkehr wegen der hohen Verletzungsgefahr besonders risikoreich ist⁸⁾. Dieses Infektionsrisiko beim Geschlechtsverkehr kann durch „safer sex“ praktisch ganz ausgeschlossen werden. Darunter versteht man die Beachtung von Vorsichtsmaßnahmen, die verhindern, daß Blut und Sperma in den Körper des anderen gelangen, also vor allem die Benutzung von Kondomen und entsprechende Zurück-

haltung beim Oralverkehr⁹⁾. Ein weiterer typischer Infektionsweg ist die Benutzung einer gemeinsamen Nadel durch mehrere Rauschgiftsüchtige beim Fixen. Hier genügt als Vorsichtsmaßnahme die Benutzung von Einmalspritzen¹⁰⁾.

III. Eigenes Risiko der Infizierten

Schon die bloße Infizierung eines anderen mit AIDS ist eine Körperverletzung¹¹⁾. Der in dem „Bild“-Artikel erwähnte Stricher kann sich auch nicht darauf berufen, er habe gehofft, daß er schon niemand anstecken werde, er habe also nur fahrlässig gehandelt. Der Stricher hat sich ersichtlich nicht auf „safer sex“ beschränkt. Er konnte deshalb das Ansteckungsrisiko nicht abschätzen. Ob es zur Infizierung seiner Kunden kommen würde, blieb dem Zufall überlassen. Da er gleichwohl weder seine Kunden über das Ansteckungsrisiko aufgeklärt noch die gebotenen Vorsichtsmaßnahmen beachtet hat, muß er sich entgegenhalten lassen, daß er die Ansteckung seiner Kunden billigend in Kauf genommen, also vorsätzlich gehandelt hat. Denn die Annahme von Billigung liegt nahe, wenn ein Täter sein Vorhaben trotz äußerster Gefährlichkeit durchführt, ohne auf einen glücklichen Ausgang vertrauen zu können, und wenn er es dem Zufall überläßt, ob sich die von ihm erkannte Gefahr verwirklicht oder nicht. Dabei kommt Billigung auch in Betracht, wenn der Erfolg dem Täter an sich unerwünscht ist, er aber trotz höchster Gefahr in seinem gefährlichen Handeln fortfährt¹²⁾. Bei dem Stricher ist deshalb an eine Strafverfolgung wegen gefährlicher Körperverletzung (§ 223a StGB)¹³⁾ oder, wenn einer seiner Kunden stirbt, wegen Totschlags (§ 212 StGB) zu denken¹⁴⁾.

Allerdings waren die Kunden des Strichers ebenso unvorsichtig wie dieser selbst. Heute weiß wohl jeder, daß die Gefahr, sich mit AIDS zu infizieren, besonders groß ist, wenn man sich mit einem Stricher oder einer Prostituierten¹⁵⁾ einläßt und sich dabei

* Das Manuskript wurde im Oktober 1986 abgeschlossen.

1) Ausgaben Esslingen.

2) Vgl. im einzelnen Lang, AIDS-Forschung (AIFO) 1986, 148.

3) Koch et al., DtÄrzteBl 1985, Ausgabe A, 2560ff.; Hehlmann et al., Klinische Wochenschr 1985, 385ff.; Laufs et al., DtÄrzteBl 1985, Ausgabe B, 3593ff.; Rübsamen-Waigmann et al., MünchMedWochenschr 1986 (Heft 6), 94ff.; Brodt et al., DtMedWochenschr 1986, 1175ff. Nach einer amerikanischen Studie ist eine mittlere Inkubationszeit von mindestens 43 Monaten wahrscheinlich, vgl. MünchMedWochenschr 1986 (Heft 4), 27.

4) Vgl. zu den medizinischen und epidemiologischen Aspekten von AIDS auch das Sachverständigenhearing des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit des Dt. BT vom 19. 3. 1986. Der StenBer. ist abgedr. in der Loseblattsammlung „AIDS aktuell“ von Goebel-Gauweiler. Die in den nachfolgenden Anmerkungen genannten Seitenzahlen beziehen sich auf diesen Abdruck. In der Sammlung „AIDS-aktuell“ sind auch die meisten der hier zitierten medizinischen Beiträge abgedruckt.

5) Vgl. z. B. Koch et al., DtÄrzteBl 1985 (A), 2560ff.; Hehlmann et al., Klinische Wochenschr 1985, 385; Laufs et al., DtÄrzteBl 1985 (B), 3593.

6) Bundesgesundheitsblatt Nr. 3/1985, 82. Das Merkblatt ist auch abgedr. in der Sammlung „Deutsche Seuchengesetze“ von Eimer-Lundt. Professor Dr. Koch vom Bundesgesundheitsamt hat noch bei dem in Fußn. 4 erwähnten Hearing vom 19. 3. 1986 (S. 5) einen Prozentsatz von 5 bis 20% genannt.

7) Brodt et al., DtMedWochenschr 1986, 1175ff.

8) Gürtler et al., MünchMedWochenschr 1986 (Heft 15), 267ff.

9) Brede, MünchMedWochenschr 1986 (Heft 3), 53ff.; Kupfer, AIFO 1986, 138; Vogt et al., MünchMedWochenschr 1986 (Heft 15), 284ff.

10) Joller-Lenelka et al., SchweizMedWochenschr 1985, 1114ff.; Heckmann (o. Fußn. 4), S. 85. Auf die inzwischen sehr eingeschränkte Gefahr der AIDS-Infizierung durch Bluttransfusionen soll hier nicht weiter eingegangen werden; vgl. zu den damit zusammenhängenden rechtlichen Fragen vor allem Deutsch, NJW 1985, 2746; Teichner, NJW 1986, 761; ders., ArztR 1986, 201; ders., MedR 1986, 110; Eberbach, JR 1986, 234; ders., Rechtsprobleme der HTLV-III-Infektion (AIDS), 1986, 46ff.; Schlund, AIFO 1986, 452. – Die Gefahr einer AIDS-Infizierung des medizinischen Personals durch unvorsichtigen Umgang mit Spritzen und ähnlichem wird allgemein verneint; vgl. Brede et al., MünchMedWochenschr 1985 (Heft 13), 15; Gürtler et al., MünchMedWochenschr 1986 (Heft 15), 267ff.

11) Teichner, NJW 1986, 761 und MedR 1986, 114.

12) St. Spr.; vgl. etwa BGHSt 7, 363 (369); BGH, bei: Holtz, MDR 1980, 812; BGH, NSZ 1981, 22 (23).

13) Die Infizierung mit AIDS ist eine das Leben gefährdende Behandlung i. S. des § 223a StGB.

14) Eberbach, JR 1986, 230; ders., Rechtsprobleme der HTLV-III-Infektion (AIDS), 1986, 7ff.; Lang, AIFO 1986, 148.

15) Von den nicht drogenabhängigen Prostituierten in Frankfurt sind

nicht auf „safer sex“ beschränkt. Wer so unvorsichtig ist, handelt auf eigenes Risiko. Diesen Rechtsgedanken hat der BGH in den letzten Jahren im Zusammenhang mit Todesfällen beim gemeinsamen Rauschmittelgenuß herausgearbeitet. Nach dieser neueren Rechtsprechung sind eigenverantwortlich gewollte oder in Kauf genommene Selbsttötungen, Selbstverletzungen und Selbstgefährdungen keine Tötungen und Körperverletzungen, weil das Strafgesetz nur die Tötung oder Verletzung eines anderen mit Strafe bedroht. Deshalb macht sich nicht strafbar, wer an einer solchen eigenverantwortlichen Selbstschädigung mitwirkt. Das gilt aber nicht, wenn der Mitwirkende infolge überlegenen Sachwissens die Größe des Risikos besser erkennt oder erkennen kann als der andere¹⁶. Danach muß also grundsätzlich jeder, der weiß, daß er sich mit AIDS infiziert hat, seine Partner über dieses Risiko aufklären oder durch Beschränkung auf „safer sex“ dafür sorgen, daß sich das erhöhte Risiko nicht auswirkt. Tun er oder sie das nicht und stecken sie ihre Partner mit AIDS an, machen sie sich wegen gefährlicher Körperverletzung oder sogar wegen Totschlags strafbar.

IV. Problematik der „Gesundheitszeugnisse“

Es erscheint selbstverständlich, daß diese Grundsätze auch für Prostituierte beiderlei Geschlechts gelten. Das hat allerdings auch negative Auswirkungen auf die Seuchenbekämpfung. Es wird heute immer üblicher, daß Prostituierte ihren Kunden mit dem Hinweis auf „Gesundheitszeugnisse“ umwerben. Damit sind Bescheinigungen darüber gemeint, daß ein „AIDS-Test“ negativ ausgefallen ist. Tatsächlich können diese Bescheinigungen aber keineswegs beweisen, daß die Prostituierten nicht ansteckend sind. Denn wenn sie in der Zwischenzeit mit auch nur einem Kunden ohne Vorsichtsmaßnahmen geschlechtlich verkehrt haben, können sie sich gerade dabei angesteckt haben. Die Testzeugnisse werden also durch jeden neuen geschlechtlichen Kontakt entwertet. Außerdem sprechen die Tests nur auf ältere Infektionen an. Sie sind nämlich in Wirklichkeit keine „AIDS-Tests“, sondern ein Nachweis darüber, ob jemand in seinem Blut Antikörper gegen AIDS-Viren hat. Nach einer Infektion braucht aber der Körper vier Wochen bis sechs Monate, bis sich solche Antikörper gebildet haben und durch einen Test nachgewiesen werden können. Gleichwohl sind die Infizierten von Anfang an ansteckend¹⁷. Es ist also unsinnig, sich auf ein negatives Testzeugnis zu verlassen, selbst wenn dieses nur wenige Tage alt ist, falls man nicht sicher weiß, was der andere in diesen Tagen und in den sechs Monaten davor getrieben hat. Und wer weiß das schon bei Prostituierten! Deshalb handelt jeder grob unvorsichtig, der auf irgendwelche Erklärungen und Bescheinigungen von Prostituierten über ihren Gesundheitszustand vertraut und daraufhin die gebotenen Vorsichtsmaßnahmen unterläßt. Wenn sich aber ohnehin niemand mit solchen Erklärungen und Bescheinigungen zufrieden geben darf, erscheint es fraglich, ob es der tatsächlichen Risikolage gerecht wird, wenn man unrichtige Angaben von Prostituierten als erhebliche Täuschungen über das Ansteckungsrisiko im Sinne der oben erwähnten neueren Rechtsprechung des BGH wertet. Das würde jedenfalls die Tendenz verstärken, statt selbst vorsichtig zu sein, sich auf andere zu verlassen. Die bedrohliche Krankheit AIDS kann aber mit den bisher zur Verfügung stehenden Mitteln nur wirksam eingedämmt werden, wenn möglichst viele zu einer Verhaltensänderung gebracht werden. Deshalb erscheint auch eine Durchsetzung der „Risikogruppen“ oder gar der gesamten Bevölkerung, wie das immer wieder gefordert wird, kontraindiziert¹⁸. Das würde der Bevölkerung nur ein trügerisches Sicherheitsgefühl vermitteln. Die Vertreterin des Berliner „Beratungsladen Hydra“ für Prostituierte hat bei dem in Anmerkung 4 erwähnten Hearing zu Recht darauf hingewiesen¹⁹, daß die Kunden von Prostituierten nicht das Bewußtsein hätten, selbst etwas für ihren Schutz tun zu müssen, weil sie davon ausgingen, daß die Frauen vom Gesundheitsamt überwacht würden und deshalb gesund sein müßten. Geboten ist daher in erster Linie eine nachhaltige Aufklärung der Bevölkerung über die Ansteckungsrisiken und die Möglichkeit, sich vor einer Ansteckung mit AIDS durch „safer sex“ zu schützen. Der Frankfurter Mediziner Professor Dr. Stille fordert mit Recht breit angelegte Aufklärungskampagnen und tritt dafür ein, auf jeder öffentlichen Toilette, im Fernsehen „vor und nach den Mainzelmännchen“,

kurz ständig und massenwirksam über AIDS zu informieren; denn sonst sei nicht zu verhindern, daß „reihenweise“ vor allem junge, sexuell aktive Menschen stürben²⁰. AIDS ist keine Krankheit der Risikogruppen, sondern des Risikoverhaltens²¹.

V. Beweisprobleme

Die Frage, wie unrichtige Erklärungen von Prostituierten über ihren Gesundheitszustand strafrechtlich zu bewerten sind, kann aber letztlich dahinstehen. Denn es ist schon aus tatsächlichen Gründen nicht vorstellbar, daß Prostituierte jemals wegen der Infizierung eines Kunden mit AIDS verurteilt werden. Das setzt nämlich den Nachweis voraus, daß die Infizierung des Kunden auf dem geschlechtlichen Kontakt mit einer bzw. einem bestimmten Prostituierten beruht. Dieser Nachweis kann aber der Natur der Sache nach nicht positiv, sondern nur negativ geführt werden. Das heißt, es muß sicher nachgewiesen werden, daß der Kunde während der möglichen Inkubationszeit nur mit dieser einen beschuldigten Person geschlechtlich verkehrt hat. Da aber bei AIDS Inkubationszeiten bis zu zehn Jahren für möglich gehalten werden²², ist ein solcher negativer Beweis praktisch nicht zu führen. Daran ändert sich auch dann nichts Wesentliches, wenn der Kunde, etwa weil er Blutspender ist, regelmäßig auf AIDS getestet worden ist. Auch dann bleibt nämlich im günstigsten Fall eine offene Zeitspanne von sechs Monaten, weil die Tests auf frische Infektionen nicht ansprechen können²³. Welcher Richter wird aber einem Mann glauben, der Prostituierte oder Stricher aufzusuchen pflegt, daß er im letzten halben Jahr ausschließlich mit der bzw. mit dem beschuldigten Prostituierten sexuellen Kontakt gehabt hat?

Diese Beweisschwierigkeiten gibt es bei den Geschlechtskrankheiten nicht. Nach § 6 GeschlechtskrankheitenG muß sich jeder, der an einer der in § 1 GeschlechtskrankheitenG aufgezählten Geschlechtskrankheiten erkrankt ist²⁴, solange des Geschlechtsverkehrs enthalten, bis die Krankheit nach dem Urteil des behandelnden Arztes nicht mehr übertragbar ist. Zuwiderhandlungen werden (auf Antrag) mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist. Die Strafverfol-

zur Zeit ca. 1% „positiv“. Es muß aber damit gerechnet werden, daß dieser Prozentsatz steigen wird, vgl. den Bericht „Am Ende des Vertrauens“ in der „Zeit“ vom 24. 10. 1986.

16) BGHSt 32, 262 = NJW 1984, 1469; ... Die Strafbarkeit kann erst dort beginnen, wo der sich Beteiligende kraft überlegenen Sachwissens das Risiko besser erfaßt als der sich selbst Gefährdende ... Was gilt, wenn den, der sich an der Selbstgefährdung eines eigenverantwortlich Handelnden aktiv beteiligt, Garantpflichten für dessen Leib oder Leben treffen, kann unerörtert bleiben ... Ohne rechtliche Bedeutung ist es, wenn der sich bewußt und eigenverantwortlich selbst Gefährdende hofft oder darauf vertraut, daß es nicht zum Eintritt des ‚Erfolgs‘ kommen werde. Mit dem gefährlichen, in seiner möglichen Tragweite überblickten Verhalten übernimmt er das Risiko der Realisierung der Gefahr ... - Vgl. weiter BGH, NStZ 1984, 452, 1985, 25, 1986, 266; BGH, NJW 1985, 690 (691); Jähne, in: LK, 10. Aufl., § 222 Rdnr. 21; Lackner, 16. Aufl., Vorb. § 211 Rdnr. 3.

17) Laufs et al., Dt.ÄrzteBl 1985 (Ausgabe B), 3593ff.; Güntler et al., MünchMedWochenschr 1986 (Heft 15), 267ff.; Koth (o. FuBn. 4), S. 79; Egli (o. FuBn. 4), S. 84; Helm (o. FuBn. 4), S. 111.

18) Nach § 4 II des österreichischen AIDS-Gesetzes vom 16. 5. 1986 (BGBl. 2021) müssen sich Personen, die gewerbsmäßig Unzucht treiben, mindestens alle drei Monate einem „AIDS-Test“ unterziehen. Zuwiderhandlungen können als „Verwaltungsübertretungen“ geahndet werden. Ähnliche Auflagen macht man neuerdings den Prostituierten in Frankfurt (vgl. den o. FuBn. 15 zitierten Zeitungsbericht). Rechtsgrundlage solcher Auflagen sind die §§ 32 II, 36 II BSeuchG. Zuwiderhandlungen können nach § 69 I Nrn. 2, 3 BSeuchG als Ordnungswidrigkeiten geahndet werden.

19) Bilitewski (o. FuBn. 4), S. 48.

20) Vgl. den in o. FuBn. 15 zitierten Zeitungsbericht.

21) So der bayerische Sozialminister Neubauer in der Süddeutschen Zeitung vom 21. 10. 1986.

22) Vgl. o. FuBn. 3, vor allem Laufs et al.

23) Vgl. o. FuBn. 17.

24) Syphilis (Lues), Tripper (Gonorrhöe), Weicher Schanker (Ulcus molle) und Venerische Lymphknotenentzündung (Lymphogranulomatosis inguinalis Nicolas und Favre).

25) Anders die Strafvorschriften der §§ 63 und 70 BSeuchG, die die „Verbreitung“ bestimmter meldepflichtiger übertragbarer Krankheiten mit Strafe bedrohen.



Neue Juristische Wochenschrift,
Heft 12, Fortsetz. 2

Banken + Versicherungen

gung nach dieser Vorschrift setzt also nicht den Nachweis voraus, daß ein anderer angesteckt worden ist²⁶. Diese Regelung kann aber schon deshalb nicht ohne weiteres auf AIDS-Fälle ausgedehnt werden, weil es gegen AIDS keine Behandlung gibt. Während die Ansteckungsgefahr bei den Geschlechtskrankheiten durch eine Behandlung in verhältnismäßig kurzer Zeit beseitigt werden kann, ist das bei AIDS nicht möglich. Gerade für AIDS ist es aber typisch, daß viele Infizierte zwar lebenslang ansteckend, aber sonst völlig gesund sind. Ihnen für den Rest ihres Lebens jeglichen Geschlechtsverkehr zu verbieten, wäre unverhältnismäßig, weil es zur Verhinderung von Ansteckungen genügt, daß sich diese Personen auf „safer sex“ beschränken. Eine Strafvorschrift, die allen AIDS-Infizierten, „safer sex“ zur Pflicht machen würde, wäre aber kaum praktikabel, weil es im Streitfall regelmäßig keine unbeteiligten Zeugen gibt.

Diese Überlegungen beleuchten schlaglichtartig die besonderen Schwierigkeiten, die die „neue“ Krankheit AIDS den Gesundheitsbehörden bereitet. Während es bei den herkömmlichen übertragbaren Krankheiten darum geht, möglichst bald und möglichst lückenlos alle Personen zu ermitteln, zu isolieren und zu behandeln, die mit einer infizierten Person in Berührung gekommen sein können, versagt dieses Konzept bei AIDS, weil es gegen AIDS keine Behandlung gibt. Auch wenn es gelingen würde, durch Razzien und ähnliche Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen alle AIDS-Infizierten zu ermitteln (was völlig unmöglich ist), würde das kaum weiterhelfen²⁶, weil diese Personen nicht sämtlich für den Rest ihres Lebens nach § 37 BSeuchG „in einem Krankenhaus oder in sonst geeigneter Weise abgesondert“ werden können²⁷. Ihnen kann nur die Befolgung von „Schutzmaßnahmen“ (safer sex) auferlegt werden. Die Einhaltung dieser Anordnungen kann aber nicht so wirksam überwacht werden, wie das zur Eindämmung von AIDS erforderlich wäre. Deshalb müssen die Gesundheitsbehörden bei AIDS umdenken. Hier helfen nicht Kontrollen, Meldepflichten und Zwangsmaßnahmen weiter, sondern nur Aufklärung und Überzeugung²⁸. Der Versuch, durch breit angelegte Aufklärungskampagnen Verhaltensänderungen zu bewirken, ist auch keineswegs aussichtslos²⁹. Lediglich den drogenabhängigen Prostituierten beiderlei Geschlechts scheint oft jegliches Verantwortungsgefühl abzugehen. Falls bei ihnen Entziehungskuren und Hilfen zur Arbeitsbeschaffung nichts fruchten, werden sich in solchen Fällen Zwangsmaßnahmen bis zur Absonderung als letztem Mittel nicht umgehen lassen. Auch das hilft letztlich aber kaum weiter, weil gerade dieser Personenkreis besonders schwer zu erfassen und zu überwachen ist. Am wichtigsten ist es deshalb, jedem Mann und jeder Frau immer wieder klar zu machen, wie lebensgefährlich jedes sexuelle Abenteuer ist, wenn man sich dabei nicht auf „safer sex“ beschränkt³⁰. In dieser Hinsicht ist bisher noch viel zu wenig geschehen³¹. Das ist auch deshalb unverständlich, weil die Behandlungskosten jedes AIDS-Patienten derzeit auf knapp 300000 DM geschätzt werden³². Die Gesundheitsverwaltungen und Krankenkassen müssen daher mit enormen Kostensteigerungen rechnen, wenn es nicht gelingt, die weitere Verbreitung von AIDS einzudämmen. Die Finanzierung und Durchführung entsprechender Aufklärungskampagnen ist deshalb auch aus volkswirtschaftlichen Gründen dringend geboten. Wenn dadurch auch nur ein Bruchteil der gefährdeten Personen zu Verhaltensänderungen bewegt werden können, würde das erhebliche Kosteneinsparungen zur Folge haben.

26) A. A. Gauweiler (o. Fußn. 4), S. 35ff.

27) Der satirische AIDS-Film „Tanz der Viren“ von Rosa v. Praunheim endet mit dem Abtransport aller AIDS-Infizierten nach Helgoland.

28) Vgl. auch den Vortrag des Verfassers auf der Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing „Der moderne Aussatz – AIDS und die Nächstenliebe“ in Heilsbronn vom 3. bis 5. 10. 1986. Der Vortrag ist u. a. abgedruckt in der Zeitung „Gay Journal“ Nr. 11 u. 12/1986.

29) Vgl. o. Fußn. 9; Peyton (o. Fußn. 4), S. 58ff., 115 sowie den Bericht „Experten äußern wenig Hoffnung auf Impfstoff gegen AIDS“ in der Frankfurter Rundschau vom 25. 10. 1986.

30) In Abwandlung einer – zweifelhaften – Lebensweisheit muß das Schlagwort lauten: Gehst Du zum Weibe (bzw. zum Manne), vergiß den Gummi nicht!

31) Vgl. Werner (o. Fußn. 4), S. 30.

32) Vgl. den Bericht „Sicherheitsnadeln gegen AIDS und Hepatitis“ in der Frankfurter Rundschau vom 18. 10. 1986.

Aids: Wie die Versicherer reagieren

In den USA hat sich Aids zu einer Gefahr für die Lebensversicherer ausgewachsen. Bundesdeutsche Gesellschaften demonstrieren Gelassenheit. Ihre Rasterfahndung mit Hilfe der Anträge läuft bereits.

Suchtrupps.

Nach außen hin herrscht Ruhe. Nichts, so scheint es, vermag die direkt betroffenen deutschen Lebensversicherer nachhaltig zu beunruhigen – weder die ständig steigende Zahl der Aids-Erkrankten noch die Horror-Schätzungen über die Zahl der Virusträger in der Bundesrepublik, noch das erst kürzlich veröffentlichte Memorandum der Frankfurter Professoren Eilke Brigitte Helm und Wolfgang Stille. Deren apokalyptische Vision: „Man muß heute leider davon ausgehen, daß durch die HIV-Infektion große Teile unserer Bevölkerung bedroht sind.“ Das Fazit der Ärzte: „Wir sind zutiefst erschüttert über den dramatischen, offenbar nicht zu stoppenden Anstieg der Aids-Fälle.“

Die demonstrative Gelassenheit der Branche hat indes ihren Grund: Bereits heute werden in den Antragsabteilungen vieler Versicherer die Antworten der Interessenten auf Gesundheitsfragen oder ihre Persönlichkeitsmerkmale auf Aids-Indikatoren abgeklöpft. Da geschieht „ohne spektakuläre Maßnahmen“ – ganz so, wie es die mächtige Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft vorschlug.

Entsprechend doppelzünftig klingt denn auch die Sprachregelung der Branche zum Thema Aids. Offiziell will sie die tödliche Krankheit „in der Risiko-Einschätzung der Lebensversicherung nicht anders betrachten als andere Krankheiten“ – so der Verband der Lebensversicherer in einem Textvorschlag zu Anfragen zum Thema Aids an seine Mitgliedsunternehmen. Inoffiziell bewertete die Münchener Rück bereits 1985 Aids als eine „über den bei neuen Krankheitsformen üblichen Rahmen hinausgehende Bedrohung“ für die Lebensversicherung.

Offiziell lehnen die Gesellschaften die Übernahme von Versicherungsschutz nur „im Einzelfall“ ab; hinter den Kulissen aber wird die Versi-

cherbarkeit von Virusträgern glatt ausgeschlossen: „Jeder Fall, bei dem eine positive HTLV-III-Serologie bekannt ist, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht versicherbar.“ Liegen bereits „hochgradige Verdachtsmomente vor, so empfehlen wir zum jetzigen Zeitpunkt eine Ablehnung des Versicherungsantrages auszusprechen“. So das Fazit der Frankona Rückversicherungs AG in ihrem „1. Aids-Rundbrief“.

Die Rückversicherer, die nach ihren US-Erfahrungen schon länger alarmiert sind, beschränken ihre Aktivität dabei nicht nur auf Informationsbriefe. Sie mischten kräftig mit, als in den neuen Tarifen der Lebensversicherer mittels reichlich bemessener Zuschläge ein dickes Sicherheitspolster geschaffen wurde. „Sicherheitspolster wurden nicht wegen Aids“, wie Hubert Pestenhofer, Chef des Verbandes der Lebensversicherer, abwiegelt, „sondern generell wegen der Gefahr von Krankheiten, die in ihrer zukünftigen Auswirkung noch nicht absehbar sind, eingebaut.“ Die Berliner Versicherungsaufsicht spielte mit, so daß die Versicherer heute „ganz beruhigt an das Thema herangehen können“ und nicht wie ihre erheblich knapper kalkulierenden US-Kollegen ein Existenzproblem auf sich zukommen sehen.

Die Angst vor der Seuche führte die Unfallversicherer bereits zu einer skurrilen Bedingungsänderung. Im Rahmen ihrer großen Reform der Versicherungsbedingungen sollen „Schleimhautverletzungen, die als solche geringfügig sind und durch die Krankheitserreger sofort oder später in den Körper gelangen“ ausgeschlossen werden.

Mit stoischer Ruhe sitzen die privaten Krankenversicherer auf ihren Beständen: Steigen bei ihnen die Kosten für die Behandlung der Patienten, werden die Beiträge erhöht – automatisch. Solange das bei allen Versicherern im Gleichschritt geschieht, also kein Unternehmen besonders von der Seuche berührt wird, kann nicht viel passieren, da sich für ältere Versicherte ein Wechsel zur Konkurrenz nicht lohnt. Außerdem ist Aids, wie Christoph Uleer, der Direktor des Verbandes der privaten Kran-



kenversicherer, zu berichten weiß, „kostenmäßig nicht von der Bedeutung wie beispielsweise eine regelmäßige Dialyse-Behandlung. Die Lebenserwartung der Patienten ist wesentlich kürzer.“

So richtig schreckt die Kranken- und Lebensversicherer nur die Aussicht, mehr Aids-Erkrankte als die Konkurrenz in ihren Beständen zu haben. Das ginge nämlich zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit im Neugeschäft. Allen Beteiligten ist dabei klar, daß beim Tode oder der Erkrankung bereits Versicherter ohne Wenn und Aber gezahlt werden muß – es sei denn, der Gesellschaft gelingt vor Gericht der Nachweis, daß ihr Kunde in seinem Antrag geschummelt hat.

Deshalb sieben die Versicherer vorher. Die Antworten auf Fragen zur Gesundheit und die persönlichen Daten der Antragsteller klopfen sie schon heute mit besonderer Akribie auf Aids-Indikatoren ab. Alles ist verdächtig. Meist zu Unrecht. Das Raster für diese Spurensuche liefern die Rückversicherer mit der klaren Maßgabe, „einer Antiselektion vorzubeugen“. Denn obwohl sich bislang in den Statistiken der deutschen Assekuranz noch keinerlei Hinweise auf einen befürchteten Zustrom bereits Infizierter finden lassen, ist der Branche die inzwischen nachgewiesene negative Risikoanalyse bei den US-Versicherern Warnung genug. Zumal sich nach wie vor die Seuche und ihre ökonomischen Folgen in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik gleichartig verhalten, hierzulande nur um drei Jahre verzögert.

Bei ihrer Vorsorgeaktion bauen die Versicherer bislang auf die traditionellen Antragsfragen („Bestehen oder bestanden Krankheiten, Störungen, Beschwerden oder Verletzungen?“). Mindestens eine Gesellschaft hat allerdings schon ihren ärztlichen Untersuchungsbericht erweitert. Bei der E & L Lebensversicherung, der deutschen Niederlassung der britischen Equity & Law, beantworten Arzt und Antragsteller inzwischen gemeinsam die Frage nach „akuten chronischen Infektionskrankheiten, zum Beispiel... Aids“. Die Strickmuster für die Vermeidung der gefürchteten Antiselek-

tion sind bei allen Gesellschaften gleich: Die Antrags-Antworten werden auf Verdachtsmomente abgeklopft, der ärztliche Untersuchungsbericht soll im Zweifelsfall Klarheit verschaffen. Hier werden in Zukunft bei den meisten Gesellschaften die Fragen präziser ausfallen. Dagegen

dürfte es bei den im Verkauf so wichtigen Antragsformularen „schwer möglich sein“, durch Veränderungen des Inhalts „einen Fortschritt zu erzielen“, schätzt die Frankona. Dazu bedarf es nämlich präziser Fragen zum Sexualverhalten. Und die sind für die Antragsunterschrift nicht eben förderlich. *Volker Wolff*

Rasterfahndung.

Versicherungsinteressenten müssen in der Lebens- und in der Krankenversicherung auf den Anträgen wahrheitsgemäß zur Person und zur Gesundheit Stellung nehmen. Nach Aids wird nicht gefragt. Aber Vorsicht: Die Gesellschaften ziehen die dünnen Informationen zur Erkennung von Aids-Risiken heran. Aus einem höchst vertraulichen Rundbrief der Münchener Rück können potentielle Antragsteller erkennen, auf welche Fragen sie sich rechtzeitig vorbereiten sollten – um so mehr, als diese Fragen nicht nur den Aids-Infizierten gefährlich werden können:

„Da es nicht einfach sein wird, Aids-Infizierte und selbst Aids-Erkrankte bei der Antragsprüfung zu erkennen, muß möglichst umgehend versucht werden, ohne spektakuläre Maßnahmen Vorkehrungen in der Antragsprüfung zu treffen, die eine Identifizierung von Aids-Infizierten oder Aids-Erkrankten ermöglichen oder zumindest erleichtern. Faktoren, welche möglicherweise auf einen Aids-Verdacht hinweisen, können bei der medizinischen und nichtmedizinischen Antragsprüfung erkannt werden. Jeder Faktor für sich allein besagt nichts über die Zugehörigkeit der Antragsteller zur Gruppe der Aids-Infizierten. Je mehr Faktoren aber bei der Antragstellung gleichzeitig auftreten, desto wahrscheinlicher wird eine vorhandene Aids-Infektion.“

1. Spezifische medizinische Faktoren: Hämophilie (Bluterkrankheit) mit häufigen Bluttransfusionen beziehungsweise Gerinnungsfaktorenbehandlung. Drogenabhängigkeit. Kaposi-Sarkom (anfangs meist auf die Haut beschränkte Krebsart). Atypische Pneumonie (Lungenentzündung, die nicht

durch Bakterien ausgelöst wurde). Meningitis (Hirnhautentzündung). Dysphagien (Schluckstörungen) bei Candidose (Pilzkrankung) im Nasenrachenraum. Legionärskrankheit. Seltene Virusinfektionen.

2. Weitere medizinische Faktoren: Müdigkeit, Abgespanntheit, Appetitlosigkeit, unerklärlicher Gewichtsverlust von mehr als zehn Prozent des Körpergewichts, Nachtschweiß, Fieber. Unerklärliche Lymphknoten-Schwellungen. Auffällige Schleimhautbefunde. Hepatosplenomegalie (bestimmte Leber- und Milzvergrößerungen). Abdominelle Koliken (krampfartige Leibscherzen im Unterbauchbereich), schwere, langanhaltende Diarrhöen. Geschlechtskrankheiten.

3. Nichtmedizinische Faktoren: (Eventuell vom Versicherungs-Vermittler aufgrund seiner Personenkenntnis zu beantworten.) Alleinstehende Männer zwischen 20 und 50 Jahren. Promiskuität (häufig wechselnde Sexualpartner). Unangemessen hohe Versicherungssumme. Nicht ersichtliches versicherbares Interesse.

Bei Zusammentreffen mehrerer Faktoren, die auf eine mögliche Aids-Infektion hinweisen, ist zu entscheiden, ob Aids-orientierte Untersuchungen durchgeführt werden sollen. Dazu gehören vor allem Blutuntersuchungen einschließlich des LAV/HTLV-III-Tests. Bis zur Vorlage dieser Untersuchungsergebnisse ist Zurückstellung erforderlich. Wenn spezifische medizinische Faktoren vorliegen, kann nach Lage des Falles auch ohne weitere Abklärung bereits eine Ablehnung angezeigt sein. Bei positiven Befunden ist das Risiko abzulehnen.“

Erläuterungen der Redaktion in Klammern.



Versicherungen planen vorerst keine Aids-Tests vor Abschlüssen

FRANKFURT/HANNOVER Versicherungen in der Bundesrepublik planen im Gegensatz zu britischen und amerikanischen Unternehmen keine Einführung von Aids-Tests für Menschen, die eine Lebens- oder eine Krankenversicherung abschließen wollen. Ein Sprecher der HUK-Coburg Lebensversicherung sagte am Mittwoch: „Mit so einer Einführung ist in nächster Zeit nicht zu rechnen.“ An generelle Blutbestimmungen werde nicht gedacht. Der Kunde sei aber vor Vertragsabschluß verpflichtet, alle Krankheiten anzugeben. Wenn er die Immunschwächekrankheit verschweige, könne die Versicherung im Schadensfall vom Vertrag zurücktreten. Das Thema

werde diskutiert, hieß es beim Verband der Lebensversicherungsunternehmen in Köln. Bislang werde ein Test nicht durchgeführt, für die Zukunft allerdings sei eine derartige Untersuchung jedoch nicht auszuschließen. Auch einer Umfrage bei Marktführern wie Allianz und Volksfürsorge zufolge müssen Antragsteller aus sogenannten Risikogruppen nicht damit rechnen, daß sie sich künftig vor Abschluß einer Police einem Bluttest unterziehen müssen. Die privaten Krankenversicherer befürchteten zwar ein wachsendes Kostenproblem, falls sich die Entwicklung drastisch verschlechtere, aber konkrete Absichten und Pläne für einen Aids-Test gebe es bislang nicht. *red*

Die Neue Ärztliche,
20./21.03.87

Die Welt, Bonn,
11.03.87

Aids-Konferenz noch im März

DW. Bonn

Die Gesundheitsminister aus Bund und Ländern werden am 27. März zu einer Sondersitzung über die Bekämpfung der Immunschwäche Aids zusammenkommen. Dies teilte die baden-württembergische Gesundheitsministerin Barbara Schäfer (CDU) gestern in Stuttgart mit. Gleichzeitig berichtete sie, immer mehr Hilfesuchende kämen von Bayern nach Baden-Württemberg. Es könne von „einer Art Fluchtbewegung“ gesprochen werden. Baden-Württemberg werde künftig für ein „Aktionsprogramm Aids“ 2,75 Millionen Mark zur Verfügung stellen.

Mit einer Informationskampagne will Hessens Sozialminister Claus der Verbreitung der Immunschwäche entgegenzutreten. Geplant sind Informationen für Drogenabhängige und Prostituierte, Rundfunkspots, Comics und Medienpakete für Lehrer. „Um Tabus zu brechen und zum Abbau von Vorurteilen beizutragen“, hat Claus in seiner Behörde einen Kondom-Automaten aufstellen lassen.

Vor einer Aids-Hysterie hat SPD-Oppositionsführer Vogel gewarnt. Gleichzeitig drängte er jedoch darauf, der Bundestag solle eine Enquete-Kommission einsetzen, in der sich verschiedene Wissenschafts- und Politikbereiche intensiv mit der Krankheit auseinandersetzen könnten. Notwendig sei vor allem, daß ein breiter Konsens über die zur Abwehr von Aids geeigneten und nötigen Maßnahmen gefunden werde. Alle Rekruten sollen bei der Einstellungsuntersuchung vor ihrem Wehrdienst auf Aids getestet werden. Zu dieser einstimmigen Empfehlung kam der Ausschuß eines wissenschaftlichen Beirates unter der Leitung des Dekans der Universität München, Prof. Wolfgang Spann, den das Verteidigungsministerium eingesetzt hatte.

Lebensversicherungs-Verträge mit AIDS-Infizierten

Versicherer stellen neue Anträge zurück

München/Bonn (dpa/rv/k). Die deutschen Lebensversicherer „beobachten mit großer Aufmerksamkeit“ die AIDS-Problematik und schließen bei einer Verschärfung „neue Maßnahmen“ nicht aus.

Zur Zeit werde AIDS aber von den Versicherern wie jede andere Krankheit und ohne verbandswerte Sonderregelung behandelt, bekräftigte jetzt in München der Vorsitzende des Verbandes der Lebensversicherungs-Unternehmen, Hubert Pestenhofer, Vorstandsvorsitzender der öffentlich-rechtlichen Bayern-Versicherung.

Nach Auskunft des Verbandes werden mit akut an AIDS Er-

krankten keine Verträge abgeschlossen, während man neue Verträge mit HIV-Positiven im Allgemeinen zurückstelle, bis das Risiko und die Behandlungsmöglichkeiten besser abzuschätzen seien.

Pflichttests für Risikogruppen nach dem britischen Beispiel gebe es vor Neuabschlüssen bisher nicht. Allerdings werde bei Verdacht vor Abschlüssen über Summen bis zu 250 000 DM zusätzlich zum Fragebogen mit der Selbstauskunft ein Arztbesuch verlangt, bei höheren Summen erkundige sich die Versicherung im Zweifelsfall wie bei anderen Krankheiten beim behandelnden Arzt. AIDS-Kranke, die ihr

Risiko bei einem Neuabschluß verschwiegen, riskierten den Verlust der Versicherungsleistung, hieß es.

Ärzte Zeitung,
Neu Isenburg, 11.03.87



Süddeutsche Zeitung, München,
20.03.87

Die Tageszeitung, Berlin,
17.03.87

Keine Aids-Zwangstests mehr bei Europäischem Patentamt

Neue Mitarbeiter beim Europäischen Patentamt (EAP) in München müssen sich vor der Einstellung nicht mehr einem Aidszwangstest unterziehen. Auf Anfrage erklärte ein Sprecher der Behörde, eine entsprechende Vorschrift sei jetzt aufgehoben worden, da sich ein solches Verfahren für Bewerber aus 13 Vertragsstaaten als nicht durchführbar erwiesen habe. Der Sprecher konnte keine Angaben darüber machen, wieviele Personen bisher getestet wurden.

Programm für AIDS-krankte Kinder

Bonn (dpa) — Für die derzeit etwa 300 mit dem AIDS-Virus HIV infizierten Kinder in der Bundesrepublik plant das Bundesgesundheitsministerium ein bundesweites Sonderprogramm. Bei 16 Kindern war die Krankheit Ende Februar bereits ausgebrochen. Der Leiter der Abteilung Gesundheit

des Ministeriums, Prof. Manfred Steinbach, sagte am Montag in Bonn, Kinder und Mütter sollten eine intensive Betreuung erhalten. Nach dem Beschluß der Koalition, die Mittel zur AIDS-Bekämpfung um 135 Mio. Mark zu erhöhen, sei jetzt auch Geld für AIDS-erkrankte Kinder da.

Kondome in Haftanstalten nicht gratis

Eine Gratis-Verteilung von Kondomen wird es in den Berliner Haftanstalten auch weiterhin nicht geben. Dies bestätigte Volker Kähne, Pressesprecher des Justizsenators, gestern auf Anfrage.

Zwar machen sich die Häftlinge durch den Besitz von Kondomen nicht mehr strafbar, an eine Gratisverteilung, wie sie von der Gefangenenzeitung „Lichtblick“ gefordert wird, werde jedoch nicht gedacht: „Es geht hier um ein Problem, das sicher nicht da ist“, sagte Kähne. Nach Einschätzung der Ärzte sei der Kreis der Interessenten eher gering.

Kondome können in den Haftanstalten per Einkauf erworben und im Automaten gezogen werden, doch das geht nicht sehr diskret ab: „Wenn der Beamte den Einkaufskarton überprüft und vorliest: ‚Drei Pfund Butter und fünf Fromm's‘, dann lachen sich die anderen Gefangenen kaputt“, sagte Michael Gähner von der Gefangenenzeitung „Lichtblick“. Eine diskretere Verteilung der Präservative würde sicher dafür sorgen, daß mehr Häftlinge Kondome benutzen würden.

Wie die Justizverwaltung mitteilt, habe es in der Berliner Haftanstalten erst einen Fall von Aids-Erkrankung gegeben, der Gefangene sei aus der Haft entlassen worden, so wie es auch bei Krebserkrankungen der Fall sei.

Volksblatt Berlin, 05.03.87

Die Neue Ärztliche, Nr. 46, 09.03.87

Polizisten fordern bessere Aids-Aufklärung

FRANKFURT - Die Aids-Aufklärungskampagne der Bundesregierung sei zu allgemein gehalten. Sie könne das große Informationsbedürfnis, das unter den Angehörigen besonders infektionsgefährdeter Berufsgruppen bestehe, nicht ausreichend befriedigen. Das hat Rüdiger Holecek, Sprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP), erklärt. Unter den Beamten herrsche wegen des Themas „Aids“ zunehmend Besorgnis und Ratlosigkeit. Zu Fehlreaktionen von Polizisten aus Angst vor einer Aids-Ansteckung im Umgang mit HIV-infizierten sei es bislang aber noch nicht gekommen. Durch den Einsatz von Polizisten bei der Bergung von Unfallopfern, bei Schlägereien oder bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität fühlten sich die Beamten einer größeren Infektionsgefahr ausgesetzt als die Angehörigen anderer Berufsgruppen. Die Gewerkschaft erhofft sich bei der künftigen Aufklärungsarbeit, egal von wem sie geleistet werde, mehr Unterstützung durch das Bundesgesundheitsministerium. Ein erstes Informationsgespräch mit Vertretern des Ministeriums sei bereits vereinbart.

cpm

Saarbrücker Zeitung, 04.03.87

Vorbeugungsaktion: Aufklärung über AIDS auch in Betrieben geplant

SZ. Saarbrücken, 4. März

Eine gemeinsame AIDS-Aufklärung in den Betrieben planen die Landesregierung und die Arbeitskammer des Saarlandes: Dieses Vorhaben haben Gesundheitsministerin Dr. Brunhilde Peter (SPD) und der neue Kammerpräsident Peter Springer bei dessen Antrittsbesuch am Mittwoch vereinbart. Ziel der Vorbeugungsmaßnahme soll es sein, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben gezielt über die Immunschwäche aufzuklären. Springer informierte die Sozial- und Arbeitsministerin (sie führt die Rechtsaufsicht) auch über die Absicht der Kammer, noch in diesem Sommer einen „ersten saarländischen Altentag“ zu veranstalten. Vorgesehen seien Fachbegegnungen für die in der Seniorenarbeit Tätigen, eine Informationsbörse für Verbände und Gruppen sowie eine Großveranstaltung.

● Unterdessen haben Frau Peter und die SPD-Bundestagsabgeordnete Margit Conrad aus Saarbrücken (von Beruf Ärztin) die vom Freistaat Bayern angekündigten Maßnahmen zur AIDS-Bekämpfung als „unverantwortlich und kontraproduktiv“ bewertet: Es sei erschreckend, wie sich die Münchener Regierung mit ihrem „Law-and-order-Paket“ über das Urteil und die Empfehlungen der Fachwelt hinwegsetzen wolle. Es sei zu erwarten, daß besonders betroffene Gruppen (Homo- und Bisexuelle, Prostituierte, Freier und Drogenabhängige) aus Angst vor dem Verlust ihrer Anonymität dort jetzt „abtauchen“ würden. Ohnehin sei praktisch jeder gefährdet, der ungeschützten Geschlechtsverkehr mit wechselnden oder nicht ausreichend bekannten Partnern ausübe, wurde betont.



US-Experten lehnen Aids-Zwangstest ab

Zahl der mit dem Virus infizierten Amerikaner wird auf 1,5 Millionen geschätzt

Atlanta (dpa)

Amerikanische Aids-Experten befürworten freiwillige Tests, um der Verbreitung der tödlichen Immunschwächekrankheit auf die Spur zu kommen, lehnen aber Zwangstests nahezu einhellig ab. Dies ergab sich auf einer Konferenz, zu der die Zentren für Krankheitskontrolle in Atlanta – einer Bundesbehörde zur Beobachtung der Epidemien – Aids-Experten aus allen Teilen der USA eingeladen hatte.

Die Konferenz, an der etwa 800 Vertreter von Gesundheitsbehörden und privaten Organisationen bis hin zu Homosexuellen- und Bürgerrechtsverbänden teilnahmen, hatte das Ziel, den Nutzen erweiterter Bluttests beim Kampf gegen Aids zu erörtern. Die Veranstaltung war in den USA mit Spannung erwartet worden, nachdem die einladende Behörde bereits vor einigen Wochen die Frage aufgeworfen hatte, ob Aids-Tests nicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Krankenhauspatienten, Schwangere und Heiratswillige zwingend vorgeschrieben werden sollten.

Diese Auffassung wurde auf der Konferenz nahezu einhellig abgelehnt. Fast alle Redner machten Bedenken geltend, daß bei Massentests die Geheimhaltung der Testergebnisse nicht zu gewährleisten sei und daß möglicherweise dann gerade die von der Krankheit besonders Gefährdeten das öffentliche Gesundheitssystem völlig meiden könnten.

Einer der wenigen Fürsprecher obligatorischer Massentests war der Militärmediziner Donald Burke. Neben Blutspendern sind Angehörige des Militärs beziehungsweise Rekruten die einzigen, die sich zur Zeit in den USA zwangsweise Aids-Tests unterziehen müssen. Burke sagte, es sei nur „gute medizinische Praxis“, wenn zumindest Patienten in Drogenbehandlungszentren einem Aids-Test unterworfen würden.

In den USA waren zu Beginn dieser Woche 31 036 Fälle von Aids gemeldet worden. Mehr als die Hälfte der Erkrankten ist bereits gestorben.

Süddeutsche Zeitung, München,
27.02.87

2324 Aids-Fälle in Afrika gemeldet

Harare (AP). Der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind von 18 afrikanischen Ländern insgesamt 2324 Fälle der Immunschwächekrankheit Aids gemeldet worden. Das geht aus einer Studie hervor, die auf einer Tagung in der simbabwischen Hauptstadt Harare vorgelegt wurde. Danach erklärten 16 Länder, daß es bei ihnen keine Aids-Erkrankungen gebe. Weitere zwölf Staaten gaben der WHO keine Auskunft, darunter Zaire, das von einigen Forschern als Ausgangspunkt der Krankheit auf dem afrikanischen Kontinent angesehen wird.

Badische Zeitung, Freiburg,
02.03.87

Die Zahl der mit dem Aids-Virus infizierten Amerikaner wird auf etwa 1,5 Millionen geschätzt.

In den Streitkräften der USA dienen einer amtlichen Untersuchung zufolge mindestens 2100 Männer und Frauen, die mit dem tödlichen Aids-Virus infiziert sind. Insgesamt wurden bei einer Reihenuntersuchung mehr als 3000 Infizierte ausgemacht, die jedoch teilweise der Reserve angehören.

Rund 1,3 Millionen der 2,1 Millionen Soldaten und Soldatinnen im aktiven Dienst sind bis jetzt erfaßt worden. Die 2100 positiven Ergebnisse entsprechen einer Rate von 1,6 Infizierten pro 1000 Testpersonen.

„Reisepaß“ gegen Aids-Ansteckung

GENÈVE. Eine Art Reisepaß, der mögliche Maßnahmen gegen die Ansteckung mit Aids empfiehlt, wird die Weltgesundheitsorganisation WHO in Genf vorlegen. Wie WHO-Direktor Jonathan Mann bekanntgab, wird sich die WHO in diesen Empfehlungen gegen die in einigen Staaten bereits erwogene Einführung von Aids-Kontrollen an den Grenzen aussprechen.

Da Aids bereits in 91 Ländern und damit weltweit aufgetreten ist, werde das Virus nicht mehr von außen in einen Staat eingetragen. Direkte Tests an den Grenzen seien mit hohen Kosten verbunden und sehr wenig effektiv. Sinnvoll sei es nach Manns Worten dagegen, daß sich Touristen und Geschäftsreisende in fremden Ländern künftig vornehmen, sich durch die „psychologisch andere Situation“ nicht zu Verhaltensweisen hinreißen zu lassen, die man in der Heimat nicht an den Tag legt. Mann meinte damit vor allem den gerade bei Drittweiltouristen häufigen Geschlechtsverkehr mit unbekanntem Partnern und warnte generell vor der Sexualität mit Prostituierten. Aber auch gegen Bluttransfusionen in fernen Staaten könne man besser als bisher vorbeugen, sagte der WHO-Direktor.

Hansjörg N. Schultz

Stuttgarter Zeitung, 05.03.87



Neue Anti-AIDS-Maßnahmen der französischen Regierung

Sterile Einwegspritzen sind nun frei verkäuflich

Paris (DDB). Gesundheitsministerin Dr. Michele Barzach hat jetzt Maßnahmen der französischen Regierung zur AIDS-Bekämpfung bekanntgegeben. Eine davon umfasst den freien Verkauf von Einwegspritzen.

Dadurch soll die AIDS-Übertragung bei Drogenabhängigen eingedämmt werden. „Zwischen 50 und 80 Prozent der Drogen-süchtigen sind heute schon mit dem AIDS-Virus infiziert“, erklärte Barzach. „Wir müssen die Weiterverbreitung von AIDS durch unsterile Spritzen stoppen, und wir hoffen, daß die Benutzung von freiverkäuflichen, keimfreien Einwegspritzen wirkungsvoll sein wird“.

Darüber hinaus plane die Regierung eine HIV-Zwangsuntersuchung bei allen Schwangeren. Rund 15 000 Frauen seien Virusträgerinnen, und täglich werde in Frankreich ein Baby mit dem AIDS-Virus geboren, teilte Barzach mit. Insgesamt gebe es 1500 AIDS-Kranke sowie rund 2000 gesunde Virusträger. Man

erwarte, daß zehn bis 30 Prozent der HIV-positiven in den kommenden fünf Jahren an AIDS erkranken werden.

Eine großangelegte Anti-AIDS-Kampagne soll zudem über die tödliche Immunschwäche aufklären. Gleichzeitig werden in Paris und in den wichtigsten Provinzstädten zehn Untersuchungs- und Informationszentren eingerichtet.

Forschungseinrichtungen, die sich mit AIDS beschäftigen, werden laut Barzach mit weite-

ren sechs Millionen DM unterstützt, um neue Arbeitsplätze für Wissenschaftler zu schaffen. Das Forschungszentrum von Professor Luc Montagnier, dem bekanntesten französischen AIDS-Forscher, werde erweitert. Geplant sei auch ein zusätzliches Gebäude von 3000 Quadratmetern Fläche, das unter Montagniers Leitung Anfang 1990 in Paris entstehen soll. Dieses neue Forschungszentrum werde vom Pariser Institut Pasteur finanziell getragen.

Bisher wurden in Frankreich nach Darstellung Barzachs bereits 60 Millionen DM für AIDS-Präventionsuntersuchungen und -behandlungen zur Verfügung gestellt. Mit den jetzt genehmigten Mitteln für Werbung und Forschung erreicht der französische AIDS-Etat gegenwärtig rund 70 Millionen DM.

Ärzte Zeitung,
Neu Isenburg, 04.03.87

Berliner Morgenpost, 21.02.87

AIDS: Auch in der Sowjetunion nahm die Zahl der Infizierten zu

dpa Moskau/Stanford, 21. Febr. **In der Sowjetunion sind möglicherweise doch mehr Sowjetbürger an der Immunschwäche-Krankheit AIDS erkrankt, als dies bisher in offiziellen Stellungnahmen zugegeben wurde.**

Aus einem Interview der Zeitung „Sowetskaja Rossija“ mit einem Vertreter des sowjetischen Gesundheitsministeriums geht hervor, daß bei einer Sowjetbürgerin die Krankheit diagnostiziert wurde, bei sechs anderen bestehe der Verdacht auf AIDS.

Zwölf Erkrankte seien Ausländer, die zur Behandlung in ihre Heimatländer gebracht worden seien. Kürzlich hatte ein offizieller

Sprecher von 20 Ausländern und einem Sowjetbürger gesprochen, die an der Krankheit litten. Ein Mädchen habe sich an einer infizierten Spritze angesteckt. Es bestehe aber nicht die Gefahr einer Ausbreitung der Seuche, weil hierfür die sozialen Bedingungen fehlten, hieß es.

Nach den Worten des Behördenvertreters gilt die größte Sorge in der UdSSR der Verhinderung zur Ausbreitung der Krankheit. Parallel zum Aufbau eines umfangreichen Diagnose-Netzes liefen Forschungen über den Charakter der Krankheit. In allen großen Städten der UdSSR würden Laboratorien zur klinischen Immunologie ge-

schaffen. Zudem würden Blutbanken überprüft, und die Produktion von Einwegspritzen erheblich verstärkt.

Auch in den USA wird der Kampf gegen AIDS verstärkt. Die Stanford Universität bei San Francisco hat über 5000 Kondome kostenlos an Studenten ausgegeben. Zweck der Aktion: Die jungen Leute sollen die Kondome bis zum Ende des Monats testen und auf einem mitgelieferten Fragebogen in zehn Kategorien bewerten.

Gleichzeitig hat die Stadt New York über eine Million Kondome kostenlos an gemeinnützige Organisationen und Krankenhäuser verteilt.



Hessisch-Niedersächsische-Allgemeine,
Kassel, 23.02.87

Klinikdirektor: Bislang ein Toter / Großer Andrang der Bevölkerung

Erstmals öffentliche Diskussion über Aids in der DDR

Ostberlin. Erstmals haben sich staatliche DDR-Wissenschaftler in einer öffentlichen Forumsdiskussion zum Thema Aids geäußert. Rund 1000 Besucher waren gestern in den Großen Hörsaal der Hautklinik der Ostberliner Charité gekommen, um fünf prominente DDR-Wissenschaftler zu Problemen der Immunschwächekrankheit zu befragen. Der Andrang war so groß, daß Interessierte in Ne-

benräumen über Lautsprecher der „Sonntagsvorlesung“ folgten.

Der Direktor der Hautklinik, Dr. Nils Sönnichsen, erklärte in dieser ersten Aufklärungsveranstaltung, es habe Ende 1986 den ersten und bislang einzigen Aids-toten in der DDR gegeben. Bis heute habe man 18 DDR-Bürger mit dem HIV-Virus erfaßt. Laut Sönnichsen liegt jedoch die Dunkelziffer über die-

ser Zahl. Seinen Angaben zufolge finden Aids-tests seit dem 1. Juli 1986 in der DDR statt. Von 100 000 erfaßten Personen hätten drei den Virus getragen. In der von vielen Zuhörern als „sachlich, locker und ohne Tabus“ eingeschätzten Diskussionsveranstaltung sprachen sich die Wissenschaftler für verstärkte Aufklärungsmaßnahmen in der DDR aus. So sollten in Zukunft Fern-

sendungen die Problematik mehr und mehr aufgreifen. Geplant ist auch eine Broschüre. Die Wissenschaftler kündigten an, daß es wegen des großen Interesses bereits am nächsten Sonntag zu einer weiteren Diskussion kommen werde.

Die Forumsdiskussion war im offiziellen Veranstaltungskalender angekündigt worden. (AP)

Belgien: AIDS-Test für Gast-Studenten

Wer sich infiziert hat, soll künftig das Stipendium verlieren

BRÜSSEL/GENF (ap)

Belgien will nach Angaben von Ministerpräsident Wilfried Martens allen AIDS-infizierten ausländischen Studenten das Stipendium streichen. Martens sagte am Mittwoch in Brüssel, jeder ausländische Student müsse sich künftig mit seinem Partner einem jährlichen AIDS-Test unterziehen. Wer infiziert sei, verliere sein staatliches Stipendium.

In Belgien werden Martens zufolge gegenwärtig 1262 ausländische Studenten vom Staat unterstützt. Nach Mitteilung des belgischen Gesundheitsministeriums stammt die Mehrzahl der ausländischen Studenten aus Entwicklungsländern. 118 der 207 bisher in Belgien registrierten AIDS-Infizierten seien afrikanischer Staatsangehörigkeit, hieß es.

In Genf hat eine Experten-

gruppe der Weltgesundheitsorganisation (WHO) unterdessen davon abgeraten, gegen die Ausbreitung von AIDS Reihenuntersuchungen von Reisenden einzusetzen. Zum Abschluß eines zweitägigen Symposiums erklärte der Leiter des AIDS-Forschungsprogramms der WHO in den USA, Jonathan Mann, im günstigsten Fall und bei Aufbietung aller Mittel könnten derartige Reihenun-

tersuchungen die weltweite Ausbreitung von AIDS nur kurzfristig verzögern. Aufklärung sei bisher die beste Einzelmaßnahme zur Bekämpfung der Krankheit, sagte Mann.

Der WHO wurden bisher aus 91 Ländern 41 919 AIDS-Fälle gemeldet. Die Epidemie habe sich weltweit ausgebreitet und alle Länder seien betroffen, sagte Mann.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung,
05.03.87

SED ließ im Fernsehen über Aids diskutieren

/ D. D. Berlin

Die Telefondrähte liefen heiß. Die erste Aids-Diskussion im „DDR“-Fernsehen musste verlängert werden, weil die Zahl der Fragen stellenden Anrufer so groß war. Bereits für den 27. April wird die nächste Sendung in Sachen Aids vorbereitet. Vier Experten saßen im Studio, um die Fragen zu beantworten.

Professor Nils Sönnichsen, Direktor der Hautklinik in der Ostberliner Charité, kündigte an, daß geplant

ist, das Thema Aids im Sexualkundeunterricht der Schulen zu behandeln. „Die Aufklärung muß auch bei uns noch verstärkt werden, denn das Informationsbedürfnis ist sehr groß“, sagte er. Das zeigte auch der Verlauf der Sendung, denn die meisten Anrufer stellten Fragen nach den Infektionsmöglichkeiten. Sönnichsen betonte, daß sich die kürzliche bekanntgegebene Zahl von 14 Aids-Infizierten in der „DDR“ inzwischen nicht erhöht habe. Es sei aber auch für die „DDR“ nicht ganz auszuschließen, daß die Zahl höher ist.

Die Welt, Bonn,
12.03.87

Die Chefärztin eines Ostberliner Infektionskrankenhauses, Baumgarten, verwies auf die in der „DDR“ existierende Meldepflicht, betonte aber, daß der Kreis der „Mitwisser“ klein gehalten werden soll. In der Sendung wurde mitgeteilt, daß „DDR“-Wissenschaftler Antikörper gegen „verschiedene Strukturproteine des Aids-Virus HIV“ erzeugt haben. Das sei ein Anfang für biologische Medikamente zur Neutralisierung des Aids-Virus HIV.



AIDS / Internationaler Vergleich

Die Aufklärungswelle kommt allmählich auch weltweit in Gang

H a m b u r g (dpa). Die Aufklärungswelle über die tödliche Immunschwäche AIDS ist weltweit in Gang gekommen. Seit deutlich wird, daß nicht Risikogruppen betroffen sind, sind vor allem im westlichen Europa – wo bislang rund 4 9000 AIDS-Fälle festgestellt wurden – breitangelegte Kampagnen der nationalen Behörden angelaufen oder sollen in Kürze beginnen.

In den einzelnen Ländern sieht es im Detail folgendermaßen aus:

○ **USA:** 30 000 Erkrankungen in den letzten fünf Jahren und über 17 000 Todesfälle. Ab 1991 wird mit über 50 000 AIDS-Toten jährlich gerechnet. Gesundheitspolitikerplädieren für Kondom-Werbung in den Medien und deren Verteilung in Schulen und Universitäten. Obligatorische Tests gibt es derzeit nur für Blutspender, Bewerber für den Militärdienst und bestimmte Angehörige der Streitkräfte.

○ **Schweden:** Ärzte sind seit September 1985 verpflichtet, bei AIDS-Verdacht den Patienten zu testen. Er wird nicht nur über neue Verhaltensweisen aufgeklärt, sondern auch aufgefordert, Personen zu nennen, zu denen er

sexuellen Kontakt gehabt hat. Besteht Verdacht, daß der Patient diese Verhaltensregeln mißachtet, kann ihn im Extremfall der Seuchenarzt in eine geschlossene Anstalt einweisen.

○ **Italien:** Bislang kaum spektakuläre Kampagnen. AIDS-Kranke werden nicht namentlich, sondern mit einer Geheimnummer registriert.

○ **Dänemark:** AIDS-Ratgeber unterstützen Lehrer sowie das Personal in Kliniken und Gefängnissen bei der Aufklärungskampagne. Drogenabhängige erhalten kostenlos in allen Apotheken Kopenhagens Spritzen und Kanülen.

○ **Schweiz:** Breitangelegte AIDS-Kampagne. Das Motto: „Stop AIDS“ – das „O“ hat die Form eines Kondoms.

○ **Großbritannien:** Drastische AIDS-Kampagne. Das Motto: „Stirb nicht aus Unkenntnis“. AIDS-Kranke und Träger des HIV-Virus dürfen nur einreisen, wenn die Behörden überzeugt sind, daß sie die öffentliche Gesundheit nicht gefährden.

○ **Belgien:** Werbeverbot für Kondome ist aufgehoben.

○ **Österreich:** Meldepflicht für Aids-Manifeste, Regierung lehnt jedoch Zwangstests entschieden ab. Eine verstärkte Aufklärungskampagne ist geplant.

○ **Niederlande:** Große Aktion in den Medien. Der AIDS-Beauftragte setzt dabei auf eine nicht-aggressive Tonart und will jede Panikmache vermeiden.

○ **Frankreich:** Kampf gegen AIDS ist zur „großen, nationalen Sache“ erklärt. 13 Millionen Francs (etwa 3,9 Millionen DM) sollen 1987 für die Aufklärung ausgegeben werden. In der Pariser Universität ist der erste Kon-

dom-Automat aufgestellt worden. 1989 soll eine AIDS-Stiftung für Forschung und Behandlung einsatzbereit sein.

○ **Spanien:** Obligatorischer AIDS-Test bei Blutspendern. Madrider Stadtverwaltung hat ein AIDS-Telefon eingerichtet.

○ **Portugal:** Gesundheitsministerium kündigt eine Kampagne an, die sich an Ärzte und Risikogruppen richtet.

○ **Sowjetunion:** Das Außenministerium vertritt die Ansicht, daß „die sexuelle Revolution an unserem Land vorbeigegangen ist“. 20 der 21 AIDS-Kranken seien Ausländer.

○ **Polen:** Tests sind freiwillig und anonym. Aufklärung über Medien und Flugblätter.

○ **Tschechoslowakei:** Gesundheitsministerium warnt in einer Broschüre vor Sex mit Angehörigen von Risikogruppen.

○ **Brasilien:** Das Land liegt mit 1012 AIDS-Fällen an dritter Stelle der Statistik. Das Gesundheitsministerium startet jetzt eine Kampagne mit Flugblättern, die sich gezielt an die Touristen richten, die zum Karneval ins Land kommen.

○ **Südafrika:** Großangelegte Kampagne, in die auch die Mediziner einbezogen werden. Alle Gastarbeiter in den Bergwerken werden routinemäßig auf AIDS untersucht.

○ **Uganda:** Von den US-Behörden erhielt das Land zwei Millionen Kondome als AIDS-Schutz.

○ **Japan:** Bislang keine staatlichen Maßnahmen.

○ **Indien:** Aufklärung über die Medien. Prostituierte beiderlei Geschlechts werden zwangsweise untersucht. In größeren Städten gibt es Beratungszentren.

○ **China:** Blutkonserven aus den USA werden nicht mehr importiert.

Ärzte Zeitung,
Neu Isenburg, 23.02.87



Massnahmen im Zusammenhang mit Aids in der Stadt Zürich

Medizinische Betreuung Erkrankter und Aufklärung der Gesamtbevölkerung

He. An einer vom Gesundheits- und Wirtschaftsamt der Stadt Zürich durchgeführten Pressekonferenz wurde über die notwendigen Vorkehrungen orientiert, die angesichts der wachsenden Bedrohung durch die Aids-Epidemie von den Behörden ins Auge gefasst wurden. Zwar liegt auch auf Stadtgebiet das Hauptgewicht der gesundheitspolitischen Bestrebungen nach wie vor auf der *Prophylaxe durch Aufklärung*, doch ist auch die medizinische Betreuung der Aids-Kranken ein Erfordernis, das in der nächsten Zukunft an Bedeutung gewinnen wird.

Keine Isolierung der Kranken erforderlich

Ganz im Sinn der eidgenössischen Gesundheitsbehörde lehnt auch der Vorstand des Gesundheits- und Wirtschaftsamtes der Stadt Zürich, *Stadtrat Wolfgang Nigg*, repressive und diskriminierende Massnahmen gegenüber HIV-Positiven und Aids-Kranken konsequent ab. So stehen heute zur medizinischen Betreuung von Aids-Kranken, die ja immer wieder und im Laufe einer Leidensgeschichte in immer kürzeren Abständen mit akuten Krankheitsschüben hospitalisiert werden müssen, die medizinischen Kliniken der städtischen (Waid und Triemli), der städtisch subventionierten (Pflegerinnenschule, Sanitas, Neumünster) Spitäler sowie des Universitätsspitals und privater Spitäler zur Verfügung. Eine Zentralisierung der Patienten, so führte Stadtrat Nigg aus, sei weder nötig noch erwünscht, eine Isolation höchstens zum Schutz des in seinem Immunsystem wesentlich geschwächten Aids-Kranken angezeigt.

Zurzeit sind jeweils insgesamt zehn Betten mit Aids-Patienten belegt, in den Phasen zwischen den akuten Stadien steht ein gut ausgebautes Spitez-System für ärztliche und pflegerische Betreuung zur Verfügung. Die Infrastruktur der Gesundheitsversorgung sollte auch bei dem erwarteten Anstieg der Krankheitsfälle nicht so bald überfordert sein. Für Aids-Kranke, die nicht in einer tragfähigen Familie leben, stellt die von der Stadt unterstützte Aids-Hilfe Zürich freiwillige Helfer für pflegerische Betreuung zur Verfügung.

Verelendungsgefahr bei Aids-kranken Obdachlosen

Als Versuchsbetrieb hat der Stadtrat im vergangenen Oktober auf Anfrage der Vorstände des Sozialamtes und des Gesundheits- und Wirtschaftsamtes die Einrichtung eines *Krankenzimmers für Obdachlose* (KFO) bewilligt. Der für diese Institution zuständige Stadtrat *Dr. A. Studer* berichtete über den Betrieb, der nach dem Muster einer Tagesklinik funktioniert und gesundheitlich Gefährdete – vor allem Drogenabhängige – aufnimmt, deren Zustand eine Hospitalisierung (noch) nicht erfordert. Nachts finden diese Personen in der Regel in der Not-schlafstelle und anderen Auffangstationen Aufnahme, so dass sie rund um die Uhr versorgt

sind. Bei der Eintrittsvisite im KFO werden klinische Untersuchungen vorgenommen; die Zusammenarbeit mit Hausärzten und Polikliniken (Aids-Sprechstunde am Universitätsspital, dermatologische Poliklinik der Stadt Zürich) sowie mit Akutspitalern ist gewährleistet. Heroinabhängigen Patienten wird auf Grund einer Bewilligung der kantonalen Gesundheitsdirektion die Ersatzdroge Methadon abgegeben. Der Durchseuchungsgrad mit dem HIV-Virus innerhalb der Drogenabhängigen ist weiterhin steigend. Stadtrat Nigg gab im Rahmen des Gesprächs bekannt, dass er Antrag auf Weiterführung dieser Einrichtung stellen werde, wo unter anderem wichtige Erfahrungen mit dem Umgang mit HIV-assoziierten Erkrankungen – also Vorstadien von Aids – gewonnen werden können. Hohe menschliche Anforderungen werden an das Betreuungspersonal gestellt angesichts der Gewissheit, dass die jungen Aids-Patienten dem Tod geweiht sind. Einer ist bereits verstorben.

Förderung risikoarmen Verhaltens

Chefstadtrat *Dr. A. Wettstein* hob ein weiteres Mal hervor, dass angesichts der Tatsache, dass ungeschützter Geschlechtsverkehr mit wechselnden Partnern die Hauptgefahr der Ausbreitung von Aids bilde, von allen Teilen der Bevölkerung ein verantwortungsvoller Umgang mit der Sexualität gefunden werden müsse. Zu begrüssen seien die Bestrebungen der Kirche wie der Schulbehörden, die Konsequenzen von Aids auf Sexualethik und Sexualerziehung zu erörtern. Realistischerweise gelte es aber gerade auch jene Kreise zu erreichen, in denen wenig rigide Moralvorstellungen herrschen. Das hochgefährdete *Fixermilieu* soll im Frühling zusätzlich zu der bereits von Gassenarbeitern und Drogenberatung geleisteten Aufklärung durch eine Aktion «Fixer wird gesünder» angesprochen werden.

Das *Sexgewerbe* – in Zürich geben sich schätzungsweise 800 bis 900 Frauen im Strassen- und Autostrich, auf Grund von Kontakten in Hotelbars und Restaurants sowie in Massagesalons der aktiven Gewerbsunzucht hin, die Zahl der Strichjungen dürfte sich auf etwa 200 belaufen – wird in einem gezielt abgegebenen Brief daran erinnert, dass die Verwendung von Kondomen unerlässlich ist, und darauf aufmerksam gemacht, dass vorsätzliche oder fahrlässige Verbreitung einer übertragbaren Krankheit *strafrechtliche Folgen* nach sich zieht (Art. 231 des Strafgesetzbuches). Kommissär *H. Holliger* von der Pressestelle des Polizeiamtes nannte die Zahl von 260 Frauen unter den Dirnen, die nach Erkenntnissen der Sittenpolizei Beziehungen zum Drogenmilieu pflegen oder selber drogenabhängig seien. Diese Gruppe sei es denn auch, die aus Gründen des Konkurrenzkampfes und der finanziellen Not die Präservativpflicht der Freier möglicherweise nicht genügend entschieden durchsetzen werde. Die Freier werden mit *Spezialplakaten* angesprochen, die an neuralgischen Stellen der Stadt angebracht werden.



Italien

AIDS-infizierte Babys von ihren Müttern verlassen

Turin (hü). Im Turiner Kinderkrankenhaus „Regina Margherita“ liegen hinter sterilem Glas Michelino, 14 Monate, und Roberto, 55 Tage alt. Beide Babys sind von ihren drogenabhängigen Müttern mit dem AIDS-Virus infiziert worden. Nach der Geburt waren die beiden Mütter verschwunden.

Vor einigen Tagen veröffentlichte ein kleines Turiner Lokalblatt den Fall. Jetzt haben sich zwei Ehepaare beim Jugendgericht gemeldet und einem Pflegeantrag gestellt.

Beide Paare, die schon zuvor körperbehinderte Kinder betreuten, haben keine Angst, wollen im Gegenteil „ein Signal der Hoffnung setzen. Denn wir sind davon überzeugt, daß auch ein Mittel gegen AIDS gefunden wird. Unschuldige Kinder sollen nicht leiden!“

Im kinderfreundlichen Italien brachte die führende Zeitung des Landes, „Il Corriere della Sera“, sogar einen Bericht über die Geschichte auf der Titelseite. Und ein Kommentar in der christdemokratisch orientierten Tageszeitung „Il Tempo“ zu diesem Thema trägt den Titel „Die Kinder der Angst“.

Ärzte Zeitung,
Neu Isenburg, 20./21.03.87

Die Dänen kämpfen mit Witz und ohne Panik gegen Aids

In der Schlange der vor einer Supermarktkasse wartenden Kunden steht ängstlich ein Mann im Schutzanzug, die Gasmasken vor dem Gesicht. „Aber nein“, weist ihn die freundlich-mahnende Stimme des Reklamefilmsprechers zurecht, „so wird Aids nicht übertragen.“ „Was hat Fußball mit Aids zu tun?“ fragt eine Zeitungsanzeige und zeigt zwei Kicker, die sich nach erfolgreichem Torschuß jubelnd umarmen. Die Antwort gibt die Anzeige selbst: „Gar nichts“ — auch wenn es immer noch Leute gebe, die das glauben. Der englische Fußballverband verbiete seinen Spielern aus Aids-Angst die Torküsse, spottet der Anzeigentext und rät dem Zeitungsleser: „Verfalle nicht in Panik. Wenn du weißt, wie du dich gegen Aids schützen kannst, dann kann dir die gefürchtete Krankheit nichts anhaben.“

Volle Aufklärung — keine Panik. Unter dieses Motto stellt Dänemark seine Aids-Kampagne. Der Schrecken über die vor kurzem noch unbekannte Immunschwächekrankheit hatte sich noch gar nicht ausgebreitet, als ihn die dänische Gesundheitsbehörde schon wieder zu unterlaufen versuchte. Während die britische Aids-Aufklärung mit schicksalschwangerer Stimme „Stirb nicht durch Unwissenheit“ ruft und den Betrachter mit Grabsteinen zu erschlagen droht, macht die dänische mit grinsenden Kondomen darauf aufmerksam, daß Sex auch in Aids-Zeiten Spaß macht — vorausgesetzt, man sieht sich vor.

Hohes Lob zollt der Schriftsteller Klaus Rifbjerg der Kampagne, die ein Reklamebüro im Auftrag der Gesundheitsbehörde durchführt. Für „unpunitisch, pfiffig und ungeheuer wirkungsvoll“ hält Rifbjerg die Anzeigen, Filme und Beratungsstellen, die man in die Schlacht gegen Aids geworfen hat. „Die Kampagne ist sehr dänisch. Für das Hysterische taugen wir nicht. Drohungen und Schreckpropaganda, das liegt uns nicht. Das paßt nicht zu unserem Temperament.“

Für viel sinnvoller als die Drohung mit den schrecklichen Folgen der Krankheit hält man in Dänemark den „Aids-Draht“, eine telefonische Beratungsstelle, bei der der Anrufer rund um die Uhr jede gewünschte Auskunft

über Aids bekommen kann. „Der Bedarf ist enorm“, heißt es dort. „Unsere Telefone klingeln unentwegt.“ Auch die Werbung für die Aids-Beratung betont, daß für Hysterie kein Grund bestehe. „Wenn du wissen willst, wie Aids ansteckt und wie Aids nicht ansteckt“, kannst du die 91 11 19 wählen. Aber mach dich nicht verrückt, sagt unausgesprochen die Zeichnung daneben. „Ich sage dir ja: Man kann nicht Aids bekommen, wenn man aus der Tasse eines anderen trinkt“, sagt der Weltmann im Café. Sein ängstlicher Freund läßt sich so leicht nicht beruhigen: „Aber was ist mit Krügen? Oder mit Gläsern? Und mit Flaschen?“

Da die zentrale Botschaft lautet, daß Aids zwar eine schlimme Krankheit sei, niemand aber Aids bekommen müsse, wenn er nur die nötigen Vorsichtsregeln beachte, hält man in Dänemark auch die Registrierung von Virusträgern für überflüssig. Ein solches Register hätte „zweifelhaften Wert“, meint Lone de Neergaard, die Leiterin des Aids-Sekretariats der Gesundheitsbehörde. Erstens seien fünf bis zehnmal so viele Menschen als die 1400, die man in Dänemark kenne, „HIV-positiv“, ohne es zu wissen. Zweitens bestehe für das Behandlungspersonal keine Ansteckungsgefahr, weshalb eine Registrierung unnötig sei. Laboranten, die mit dem Blut von Patienten zu tun haben, müßten ohnedies strengen Sicherheitsvorschriften folgen. Und drittens würde die Drohung mit einem Aids-Register just jene Betroffenen das Behandlungssystem meiden lassen, die eine Behandlung nötig hätten.

Völlig verständnislos stehen die dänischen Behörden Methoden der Aids-Bekämpfung gegenüber, wie sie jetzt in Bayern gelten sollen. „Solche Methoden wirken völlig entgegengesetzt“, ist Michael von Magnus, der Leiter des Gesundheitsamtes, überzeugt. „Die sogenannten Risikogruppen werden untertauchen, werden den Behörden feindlich gesinnt, und man verliert jede Möglichkeit, sie zu beeinflussen. Es wäre völlig undenkbar, so etwas bei uns einzuführen“, sagt von Magnus.

HANNES GAMILLSCHEG
(Kopenhagen)

Frankfurter Rundschau,
03.03.87



Demonstration gegen Aids-Test in Delhi von Polizei beendet

NEU-DELHI, 27. Februar (Reuter). Die indische Polizei hat am Freitag eine Demonstration afrikanischer Studenten gegen Aids-Tests aufgelöst. Die rund 150 Demonstranten hatten in der Altstadt von Neu-Delhi gegen die für ausländische Studierende vorgeschriebenen Untersuchungen protestiert und diese als „rassistisch“ bezeichnet. Auf den Spruchbändern der Demonstranten hieß es unter anderem „Aids kommt nicht aus Afrika“. Der Präsident der Vereinigung Afrikanischer Studenten, Ndirangu Maina, kündigte an, die Studenten würden sich weigern, sich auf die Immunschwächekrankheit untersuchen zu lassen. Vereinzelt schlugen Polizisten bei der Auflösung der Demonstration mit Gewehren auf die Studenten ein. Ernsthaft verletzt wurde jedoch niemand. Einheimische Studenten müssen sich den Aids-Tests nicht unterziehen. Nach offiziellen Angaben sind die meisten der rund 20 000 in Indien studierenden Ausländer Afrikaner.

Aids-Zwangstests für Homosexuelle in Ungarn

BUDAPEST – Homosexuelle und Bluter werden als durch Aids am meisten Gefährdete in Ungarn zwangsuntersucht. Dies meldete die amtliche Agentur MTI. Alle Ungarn könnten sich aber freiwillig auf Aids testen lassen. Für alle Bürger sei ein telefonischer Ratgeberdienst über die Gefahren der Immunschwäche eingerichtet worden. Letzten Daten zufolge sind in Ungarn bisher 114 Fälle einer Aids-Virusinfektion bekannt geworden. Vier Patienten seien seit dem vergangenen Dezember erkrankt und einer gestorben. dpa

Neue Ärztliche,
Frankfurt, 26.03.87

In den Niederlanden wirkt sich die AIDS-Aufklärung aus

Früchte der Drogenpolitik?

Die Diskussion über die erworbene Immunschwächekrankheit AIDS wird auch in den Niederlanden intensiv geführt. Bisher gibt es in diesem Land 218 AIDS-Patienten. Als vor fünf Jahren damit begonnen worden war, AIDS-Kranke zu registrieren, hatte es nur zwei Fälle gegeben! Bis Ende des Jahres 1990 rechnen die Gesundheitsbehörden mit einem Anstieg der Zahl der AIDS-Patienten auf 3 500.

Die Niederlande sind, was die Verbreitung von AIDS angeht, im Vergleich mit anderen europäischen Ländern durchschnittlich betroffen. Die Zahl der Erkrankungen unter den Drogenabhängigen ist dort jedoch niedriger; es sind nur sieben von der Gesamtzahl 218. Dieses verhältnismäßig günstige Bild wird auf die liberalere Drogenpolitik in den Niederlanden zurückgeführt. So erhalten zum Beispiel in Amsterdam Drogenabhängige kostenfrei saubere, sterile Injektionsnadeln für Heroinspritzen gegen Ablieferung der gebrauchten. Dadurch wird das AIDS-Risiko in diesem Bereich offensichtlich vermindert.

Schon seit 1983 werden in den Niederlanden große Aufklärungskampagnen durchgeführt, die zuerst auf homosexuelle Männer, sodann auf Drogensüchtige und schließlich auf verschiedene Berufsgruppen wie Ärzte, Krankenpfleger, Polizei und Feuerwehr konzentriert waren. Im April soll eine neue allgemeine Aufklärungsaktion in Gang gesetzt werden, um die Öffentlichkeit darüber zu informieren, wie die Verbreitung von AIDS verhindert werden kann.

In diesem Zusammenhang wird die Benutzung von Kondomen empfohlen und vor den Risiken bei wechselnden sexuellen

Kontakten gewarnt. Zur Finanzierung der Informationstätigkeit hat die Regierung in Den Haag für das laufende Jahr sechs Millionen Gulden zur Verfügung gestellt.

Eine kürzlich durchgeführte Untersuchung hat ergeben, daß die niederländische Bevölkerung ziemlich gut über die AIDS-Krankheit Bescheid weiß. 99,7 Prozent der Befragten war im Bilde, was AIDS ist und was diese tödliche Krankheit bedeutet. Auffallend ist, daß der durchschnittliche Niederländer auch über die Art der Krankheit informiert ist, wie sie auf andere übertragen werden kann und welche Personen oder Gruppen am meisten gefährdet sind.

Übrigens befürchteten 28 Prozent der Beteiligten an der Meinungsumfrage, daß sich AIDS auch in den Niederlanden wie in manchen afrikanischen Staaten zu einer Volkskrankheit auszuweiten könnte.

Andererseits gibt es schon vorsichtige Hinweise auf einen gewissen Erfolg durch die umfassenden Informationskampagnen. So wurde festgestellt, daß sich der AIDS-Virus zwar immer noch verbreitet, aber in einem etwas langsameren Tempo. Die Menschen, namentlich auch innerhalb der besonderen Risikogruppen, erkennen die AIDS-Gefahr und sind deshalb geneigt, ihr Verhalten dementsprechend zu ändern und einschlägigen Empfehlungen zu folgen.

Insofern hat die Aufklärungsarbeit bereits gewirkt. Konstatiert wird überdies ein drastischer Rückgang der Geschlechtskrankheiten, deren Zahl beispielsweise in Amsterdam im Vergleich zur Zeit vor anderthalb Jahren um 75 Prozent abgenommen hat. HERMANN BLEICH (Den Haag)

Rheinische Post, Düsseldorf,
25.02.87

Australien

Regierung fordert AIDS-Aufklärung in der Schule

Melbourne (stw). In Australien sind Schulleiter von der Regierung dazu angehalten worden, Schüler zu Beginn der Pubertät auf die Risiken der sexuellen Promiskuität hinzuweisen.

Diesem Aufruf ging eine Mitteilung von Professor Dr. Brent Waters vom Prince of Wales Krankenhaus in Sydney voraus, wonach etwa zehn Teenager in Sydney nicht nur Träger des AIDS-Virus seien, sondern auch regen Geschlechtsverkehr mit anderen Jugendlichen pflegten, die sie über ihre Infektion in Unkenntnis gelassen hätten.

Ärzte Zeitung, Neu Isenburg, 23.03.87



Frankfurter Rundschau, 02.04.87

Nach Gesetzesänderung soll Ente Franzosen vor Aids warnen

Werbeverbot für Kondome stand bislang Aufklärung entgegen

Von unserem Korrespondenten Hans-Hagen Bremer

PARIS, 1. April. Zur gleichen Zeit, da die Firmenleitung von Peugeot-Citroën bekanntgab, daß der „Deux Chevaux“, das mit 38 Jahren älteste und seinen Liebhabern als typisch französisch geltende Auto aus Frankreich, nach der Schließung der Fabrik in Levallois künftig in Portugal gebaut wird, kehrt das Bild des in aller Welt als „Ente“ bekannten 2 CV über den Fernsehschirm der Franzosen zurück. In einem Werbespot, den eine der bekanntesten Agenturen des Landes produzierte, ist eine rhythmisch schwingende „Ente“ zu sehen. Laute, die aus dem Fahrzeug kommen, lassen darauf schließen, was die Insassen gerade treiben. Dann aber ertönt eine ernste Stimme, die zum Gebrauch von Präservativen rät.

Es ist der erste Werbespot, mit dem auf Initiative der Regierung im französischen Fernsehen ein Thema zur Sprache kommt, das bisher so gut wie tabu war: die Benutzung von Präservativen als Schutz vor der Immunschwäche Aids. Als auf einem Kongreß führender Aids-Forscher im Juni 1986 in Paris die Teilnehmer zu dem Schluß kamen, daß die Empfehlung, Kondome zu gebrauchen, derzeit der einzige Schutz sei, mußte die französische Regierung feststellen, daß sie diesem Rat nicht folgen konnte. Ein altes Gesetz, das die Geburtenfeudigkeit fördern sollte, verbot die Werbung für Verhütungsmittel. Erst kürzlich wurde es geändert, nun kann die erste Anti-Aids-Kampagne beginnen.

Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Le Point“ hat jeder zweite Franzose noch nie in seinem Leben ein Kondom gesehen. Nur sieben von hundert haben jemals davon Gebrauch gemacht. Viele wissen auch gar nicht, wo

man sie kaufen kann. Erst jetzt haben die Apotheken damit begonnen, die bisher unterm Ladentisch versteckten Kondome zur diskreten Mitnahme neben der Kasse auszulegen. Offener ist dagegen der Verkauf in Supermärkten, die innerhalb kurzer Zeit Umsatzsteigerungen von bis zu 20 Prozent registrierten.

★

PEKING/HONGKONG (AFP). Erstmals ist ein Chinese durch Aids ums Leben gekommen. Nach amtlichen Angaben starb der Patient im März im Krankenhaus für ansteckende Krankheiten in Fuzhou, der Hauptstadt der südchinesischen Provinz Fujian. Nach Berichten der Hongkonger Zeitung „Tin Tin Ribao“ handelt es sich bei dem ersten offiziell registrierten Aids-Opfer um einen 36jährigen Mann, der sich einige Zeit im Ausland aufgehalten habe. Die chinesischen Behörden hätten nach seinem Tod eine systematische Untersuchung aller aus dem Ausland kommenden Chinesen angeordnet. Diese Information wurde offiziell in Peking bisher nicht bestätigt.

In der chinesischen Presse wurde der an Aids gestorbene Landsmann bisher nicht erwähnt. Die erworbene Immunschwäche wurde in den amtlichen Medien ständig als Folge der „sexuellen Befreiung“ in den kapitalistischen Ländern und als „Symptom der Dekadenz“ dargestellt. Die Behörden haben für alle ausländischen Studenten in China Aids-Untersuchungen beschlossen. Ursprünglich sollten alle in China lebenden Ausländer ebenfalls untersucht werden. Dieser Plan mußte mangels Personal und Ausrüstung vorerst aufgeschoben werden.

City Limits, London, 05.03.87

It was to be opened last year with a grant from the GLC, when Westminster City Council blocked the grant just before the GLC's abolition. Now Immunity has applied to the London Boroughs Grants Unit, which took over the GLC's grant-making role, for £90,000 to fund the centre. If the funding does come through, the centre will still take at least six months to set up. Last week however, the LBGC failed for the sixth successive time to agree on a budget, and Immunity's co-ordinator Peter Holmes said the funding looked 'as far off as ever'.

Immunity wants anyone who has suffered discrimination to write their full stories down and send them, in the strictest confidence, to its mailing address: Law Stories, Immunity, BM Immunity, London WC1N 3XX. ● (Quentin McDermott)

Legal AIDS

London could soon have a legal advice centre specialising in defending people who are discriminated against because they are infected with HIV, the AIDS virus—or simply because other people think they may be. The centre is planned by Immunity, an HIV research and education charity. People who feel they have met this sort of discrimination are urged to contact Immunity so that research into the need for such a centre can get under way.



Sport, Kochen, Werken und Raufen erlaubt

„Aidskranke Kinder stecken nicht an“

Fachleute sehen keine Gefahr in der Schule / Juristische Fragen sind offen

Nur ein einziger Aids-infizierter Schüler ist den Schulbehörden in Niedersachsen bisher namentlich genannt worden. Das Bekanntwerden seiner Krankheit in der Schule brachte dem Jungen die totale Isolation, die bis hin zu Einzelunterricht im separaten Klassenraum führte. 13jährige äußerten den

eg. Hannover

Wunsch, Aids-Kranke „totzuschlagen“. Wie muß sich ein Schulleiter verhalten, der erfährt, daß einer seiner Schüler an Aids leidet? Muß der Schüler vom Sportunterricht ausgeschlossen werden? Darf er die Gemeinschaftstoilette benutzen, und muß oder kann der Schulleiter die Eltern der gesunden Schüler informieren, um Vorsichtsmaßnahmen zu ermöglichen?

Diese Fragen werden immer häufiger an die Mitarbeiter im Kultusministerium herangetragen, die eine Fortbildungsveranstaltung von Amtsärzten aus allen Teilen Niedersachsens in Hannover nutzten, um Informationslücken zu schließen und den Ärzten Sicherheit im Umgang mit Schulleitern zu geben.

Die wesentliche Aussage lautete hier: Aids-infizierte Schüler können und sollen grundsätzlich genauso behandelt werden wie alle anderen. Sie dürfen am Sport- und Schwimmunterricht teilnehmen, die gemeinsamen Toiletten benutzen und sich raufen. Selbst wenn sie sich an Werkzeugen und Geräten in der Schule

verletzen, besteht so gut wie keine Infektionsgefahr für die Mitschüler. Auch wenn ein aidskrankes Kind kratzt oder beißt, kann es keine Viren übertragen. An Kochkursen kann es teilnehmen, Mitschüler und Lehrer dürfen ohne weiteres das vom Aids-Viren-Träger gekochte Essen verzehren.

Nach Auffassung der Fachleute im Sozialministerium braucht ein aidskranker Schüler „überhaupt keine Sonderbehandlung“, die Infektionsgefahr für andere Schüler bestehe erst in dem Augenblick, da die Schüler in Winnetou-Manier als Zeichen der Verbrüderung für Blutvermischung sorgen. „Da aber das Blut nach

außen fließt und nicht in die Venen hinein, wäre selbst in solchen Fällen eine Infektion nahezu ausgeschlossen“, wurde gesagt.

Die Frage der Meldepflicht von Aids in der Schule ist noch ungeklärt. „Wir sind zur Zeit dabei, einen Katalog von Fragen zusammenzustellen, die unsere Juristen schnellstens beantworten müssen“, sagte Ministerialrat Wilhelm Grote vom Kultusministerium, wir wissen nicht, ob die Krankheit eines Schülers dem Schulleiter gemeldet werden muß und wen dieser dann davon in Kenntnis setzen darf.“

Dieselbe Unsicherheit gilt übrigens auch im Falle einer Erkrankung des Lehrers. Niemand weiß, wen der Lehrer von einer Aids-Infektion informieren muß und an wen diese Informationen dann weitergegeben werden dürfen oder müssen.

Nach dem derzeitigen Informationsstand kann es sein, daß der Amtsarzt in Oldenburg einen völlig anderen Rat gibt als der in Hildesheim oder Hameln. Heftige Kritik übten einige Amtsärzte am Verhalten von Lehrern: „Die schicken 14jährige Schüler ins Gesundheitsamt und lassen sie Material für ein Referat über Aids besorgen. Wenn Lehrer in dieser Angelegenheit versuchen, ihre eigenen Informationslücken von Schülern füllen zu lassen, kann man das nur als Skandal bezeichnen“, wurde betont.

Das Fazit der Diskussion um Aids in der Schule faßte eine junge Amtsärztin mit folgenden Worten zusammen: „Man kann Eltern infizierter Kinder im Augenblick eigentlich nur raten, ihr Wissen völlig für sich zu behalten. Wem immer sie sich in der Schule offenbaren, sie schaden ihrem Kind, ohne anderen Schülern zu nützen“, meinte die Ärztin. Die Vertreter der Ministerien hatten dem nichts entgegenzusetzen.

Hannoversche Allgemeine Zeitung,
02.03.87

„Wir müssen mit Aids leben lernen“

Professor Fuchs informierte Vertreter katholischer Heime

„Wir alle müssen lernen, mit Aids zu leben“, erklärte Professor Dr. Christoph Fuchs vom Mainzer Gesundheitsministerium gestern in Trier. Vor Vertretern katholischer Heime der Heilpädagogik aus dem Bistum Trier wies Fuchs darauf hin, daß sich die Zahl der Aids-Infizierten derzeit jährlich verdoppele. In einigen Jahren werde die Zahl der Infizierten in der Bundesrepublik sechsstellig sein. Demnächst würden Schulen, Kindergärten, Heime und Betriebe mit Aids-Infizierten und Aids-Kranken konfrontiert werden.

Die Möglichkeiten, die bisher zur Bekämpfung der Seuche zur Verfügung stehen, schätzt Fuchs als entschieden zu gering ein: „Was wir tun, ist ein Tropfen auf den heißen Stein.“ Als Beispiel nannte er

die Notwendigkeit der psychosozialen Betreuung derjenigen, die einen Aids-Test absolviert haben. Hier fehlen nach seinen Angaben sachkundige und kompetente Gesprächspartner, die diese Aufgabe wahrnehmen können.

Gegenüber den Heimerziehern warnte Fuchs vor unbegründeten Ängsten und Fehlverhalten. Personen, die an Aids infiziert, aber noch nicht erkrankt seien, könnten in Kindergärten und Heimen arbeiten. Das Risiko, daß beispielsweise streitende Kinder im Kindergarten durch Bisse oder ähnliches den Virus übertragen, gehe gegen Null: „Eher wird ein Kind auf dem Schulweg vom Blitz erschlagen, als daß es einen Schulkameraden mit Aids ansteckt.“

Trierischer Volksfreund, 13.03.87



Tagesspiegel, Berlin, 28.03.87

Gesundheitsämter raten nicht jedem zum AIDS-Test

Seit einem Monat verstärktes Interesse in den Beratungsstellen registriert — Lange Wartezeiten für die Blutentnahme

Ein verstärktes Interesse an den AIDS-Tests haben Berliner Gesundheitsämter im Monat Februar registriert. Zum Teil reichen die Wartelisten schon bis Anfang April. Die Engpässe werden zum Teil auf Personalmangel zurückgeführt.

Nur mittwochs morgens etwa bietet das Gesundheitsamt Charlottenburg eine AIDS-Beratung mit anschließendem Test an. Auf telefonische Voranmeldung hin werden insgesamt 16 Termine vergeben. „Wir haben ein voll anonymisiertes Verfahren“, erklärte die Charlottenburger Gesundheitsstadträtin Schwarzenau. In der Praxis sieht das so aus: Die Anrufer lassen sich vormerken, dann werden auf dem Terminkalender Datum und Uhrzeit mit einem Kreuz versehen. Vor dem Test wird ein längeres Beratungsgespräch angeboten. „Damit wollen wir herausfinden, wie weit sich der Testwillige mit der Problematik auseinandergesetzt hat“, sagte eine Mitarbeiterin der Beratungsstelle Geschlechtskrankheiten, die auch die Blutproben für den Test entnimmt.

Testergebnisse gegen Nummern

Jeder, der auch nach dem Beratungsgespräch noch testwillig ist, bekommt eine sechsstellige Nummer. Die Blutprobe wird zur Untersuchung zum Landesinstitut für Tropenmedizin geschickt. Dort kann sich der Untersuchte gegen Vorlage seiner Nummer auch das Testergebnis mitteilen lassen. Zum Gesundheitsamt Charlottenburg kommt das Ergebnis gar nicht erst zurück.

Nach dem gleichen System verfährt man im Gesundheitsamt Schöneberg. Auch hier hat man in der letzten Zeit ein wachsendes Interesse beobachtet, deshalb gibt es auch hier Wartezeiten. „Es gibt immer mal so 'n Boom. Das hängt von der Berichterstattung in den Medien ab“, nimmt der zuständige Stadtrat

Grün die große Testwilligkeit gelassen. In letzter Zeit hätten sich vor allem Paare gemeldet, die Kinder haben wollten. Schwangeren werde schon geraten, den Test zu machen.

„Wenn kein Kinderwunsch besteht, machen wir die Leute im Vorgespräch durchaus aufmerksam, daß auch die Möglichkeit besteht, ohne den Test glücklich zu werden“, berichtet der zuständige Mitarbeiter im Gesundheitsamt Tiergarten. „Wir fordern die Leute nicht unbedingt auf, den Test zu machen“, umreißt Gesundheitsstadträtin Wurster die Linie ihres Bezirks. In ihrem Bezirk seien bereits zwei Fälle registriert worden, in denen Menschen sich selbst getötet hätten, mit 99prozentiger Wahrscheinlichkeit auf Grund des Testergebnisses HIV-positiv. In ausgiebigen Vorbereitungsgesprächen werden die Testwilligen deshalb auch auf Folgen und mögliche Unsicherheiten des Tests aufmerksam gemacht. Der zuständige Arzt in der AIDS-Beratungsstelle des Tiergartener Gesundheitsamtes hat inzwischen auch eine Verschiebung bei der Gruppe der Testwilligen festgestellt. Bis vor ungefähr einem Monat seien ein Drittel der Testwilligen aus der Gruppe Homosexuellen und Fixer gekommen, inzwischen stelle diese Gruppe nur noch ein Viertel der Besucher dar. Ein Drittel der Besucher seien Frauen und zwei Drittel Männer.

Vorgespräch am Telefon

Bei der Sondereinheit AIDS im Landesinstitut für Tropenmedizin fragen die Mitarbeiter bereits am Telefon nach, ob ein gewisses Risiko besteht. „Damit wollen wir ausschließen, daß sich die Leute nur aus hysterischen Gründen testen lassen“, sagte eine der Ärztinnen. Die meisten, die sich meldeten, seien zwischen 20 und 40 Jahre alt, aber es kämen auch ältere.

Wartezeiten gibt es inzwischen auch hier. Zwischen dem ersten Anruf und der Entgegennahme des Testergebnisses verstreichen ungefähr sechs Wochen.

Um mehr Personal für die AIDS-Beratungsstellen bemühen sich die Bezirke Wilmerdorf und Kreuzberg. Ein Merkblatt mit einer Aufstellung aller Informations-, Beratungs- und Untersuchungsstellen hat die Sozialverwaltung (An der Urania 12—14, 1 Berlin 30) herausgegeben.

SPD fordert „Berliner Linie“

Eine „Berliner Linie“ im Umgang mit AIDS hat der SPD-Vorsitzende Momper gefordert. Als wesentliche Maßnahme im Umgang mit der Krankheit habe er deshalb dem Regierenden Bürgermeister vorgeschlagen, eine regelmäßige Gesprächsrunde einzurichten. An einer solchen Runde sollten Vertreter von Kirchen und Religionsgemeinschaften teilnehmen, sowie Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der Wohlfahrtsverbände, der Krankenkassen, der Ärztekammer und der Abgeordnetenhausfraktionen. Zusätzlich sollen noch verschiedene Sachverständige daran teilnehmen, zum Beispiel der AIDS-Experte Professor Haeberle aus San Francisco.

Verhaltensänderungen im Intimbereich würden nicht über Schock und Repressionen erreicht, sondern nur über langfristige Informationsaktionen, sagte Rolf Rosenbrock vom Wissenschaftszentrum vor Journalisten. Empirische Erhebungen in den USA hätten gezeigt, daß ein positives Testergebnis bei einer Vielzahl der Betroffenen keine Verhaltensänderungen bewirkt hätten. Die negativen Folgen der Tests überwogen die gesundheitspolitisch erwünschten bei weitem. Die wichtigste Voraussetzung für eine wirksame Prävention sei ein Klima des Vertrauens. **Bl**

Süddeutsche Zeitung, München, 11.03.87

Mißtrauen gegen Aids-Test in Bayern

Jeder fünfte Hilfesuchende im Ulmer Gesundheitsamt kommt aus dem Nachbarland

Stuttgart (AP/dpa)

Immer mehr Aids-Hilfesuchende weichen nach Angaben der Stuttgarter Sozialministerin Barbara Schäfer von Bayern nach Baden-Württemberg aus. Frau Schäfer sagte am Dienstag in Stuttgart, im Gesundheitsamt Ulm kämen neuerdings rund 20 Prozent aller Besucher, die sich beraten oder testen lassen wollten, aus Bayern. Es könne von „einer Art Fluchtbewegung“ gesprochen werden. Die Sozialministerin wandte sich energisch gegen eine „Vergiftung der Atmosphäre durch die Jagd auf Verdächtige“. Barbara Schäfer sagte weiter: „Wir in Baden-Württemberg wollen jeder Diskriminierung entgegenwirken.“ Der Grund für die „Flucht“ ist vermutlich die von der bayerischen Staatsregierung anonyme beschlossene Aids-Meldepflicht der Labors. Nach Angaben der Ministerin hat die baden-württembergische Landesregierung beschlossen, für ein „Aktionprogramm Aids“ sofort 2,75 Millionen Mark bereitzustellen.

Der Ausschuß eines wissenschaftlichen Beirates unter der Leitung des Dekans der Universität München, Wolfgang Spann, empfahl einstimmig, alle Rekruten bei der Einstellungsuntersuchung auf Aids zu untersuchen. Das Verteidigungsministerium hatte den Beirat, so bestätigte Professor Spann auf Anfrage, mit der wissenschaftlichen Bewertung eines Aids-Zwangstests für Rekruten eingesetzt.

Mit der Aufstellung eines Kondomautomaten in seiner Behörde begann der hessische Sozialminister Armin Clauss (SPD) eine landesweite Aktion gegen die Verbreitung der tödlichen Immunschwäche. SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel warnte in Bonn vor einer Aids-Hysterie und drängte, eine Enquete-Kommission des Bundestages einzusetzen, in der sich verschiedene Wissenschafts- und Politikbereiche intensiv mit der medizinischen und gesellschaftspolitischen Herausforderung der Immunschwäche-Krankheit auseinandersetzen sollen.



Nordrhein-Westfalen / Richtlinien in Schulen

Sexualkunde: AIDS soll Unterrichtsthema werden

Münster (PSG). Die Richtlinien zum Sexualkundeunterricht an nordrhein-westfälischen Schulen sollen umgehend auch die AIDS-Aufklärung einbeziehen. Dies forderten Vertreter der Verbände Bildung und Erziehung (VBE) und der niedergelassenen Ärzte (NAV) nach einer Konferenz in Münster von Kultusminister Hans Schwier.

Der Umfang der AIDS-Aufklärung in der Schule hänge derzeit wesentlich vom Interesse und der Bereitschaft der Lehrer und Schulleitungen ab. Lediglich in Köln und Düsseldorf gab es bisher gezielt Mithilfe und Angebote von den Gesundheitsämtern. „Die Lehrer rennen uns förmlich die Bude ein“, erklärte Dr. Jan Leidel, Leiter des Kölner Gesundheitsamtes auf Anfrage. Josef Michael, Mitarbeiter der Düsseldorfer AIDS-Hilfe berichtet von einer „irren Nachfrage“ nach Informationsmaterial von den Lehrern. Rund 200 Anfragen müssen pro Woche beantwortet werden.

Siebzig Pädagogen nahmen in Köln an einer ersten, drei Nachmittage dauernden Fortbildung teil. Das Kölner Gesundheitsamt hat dazu ein dreiteiliges Curriculum entwickelt, das naturwissenschaftliche Informatio-

nen, psychosoziale Auswirkungen von AIDS und den Problembereich „AIDS und Schule“ umfaßt. „Keine Panikmache, und um Gottes Willen keine Ausgrenzung der Infizierten“ sei dabei der Tenor, so Leidel. Hauptzielgruppe der Kölner Bemühungen waren zunächst Lehrer der gymnasialen Oberstufe, in Zukunft sollen auch Lehrer der Sekundarstufe I angesprochen werden. Nach Ansicht Leidels hat die Bereitschaft der Schulen, sich mit AIDS auseinanderzusetzen, erst in jüngster Zeit sprunghaft zugenommen.

Diese Erfahrung bestätigt auch Josef Michael von der Deutschen AIDS-Hilfe in Düsseldorf. Noch vor zwei Jahren, so Michael, seien Aufklärungsveranstaltungen, die von Elternvertretungen gewünscht worden seien, in einigen Schulen verboten worden. Seit Dezember letzten Jahres bietet das Gesundheitsamt Düsseldorf gemeinsam mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt Seminare für Lehrer an. Gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert der VBE von der Bundesregierung zehn Millionen DM aus dem Sonderfond für eine bundesweite AIDS-Aufklärung in Schulen.

Ärzte Zeitung, Neu Isenburg,
10.03.87



Zehn Jahre Daytop in Herrsching:

Aids-Test hält Drogenkranke von der Entziehungskur ab

Immunschwäche ist zum größten Problem bei der Therapie geworden

HERRSCHING – Im letzten Jahr hatten sie einen eigenen Stand auf dem lokalen Christkindlmarkt. Sie helfen auch bei Aktionen der Gemeinde. „Überhaupt“, resümiert Bürgermeister Adolf Wexlberger, „haben sie sich sehr gut integriert, es gibt keinerlei Probleme.“ So will er das auch am heutigen Samstag vortragen, wenn offiziell das zehnjährige Bestehen des *Daytop*-Hauses in Herrsching gefeiert wird.

Seit zehn Jahren gibt es in der Ammersee-Idylle ein Fachkrankenhaus für Drogenabhängige aus dem ganzen Bundesgebiet, ein Therapiezentrum, das die gemeinnützige *Daytop*-Gesellschaft München betreibt. Am 1. Februar 1977 zog die erste Gruppe mit 25 Patienten und acht Mitarbeitern in das Haus hoch über dem See, das der Bayerische Bauernverband zur Verfügung gestellt hat. Seitdem haben insgesamt 705 Suchtkranke diese Therapie begonnen, die auf einen Zeitraum von 12 bis 15 Monaten angelegt ist. Von 150 Patienten weiß man sicher, daß sie auch heute noch „clean“ sind, bei 120 ist nur die Wahrscheinlichkeit gegeben. Alle anderen haben die Behandlung abgebrochen. Doch „die Statistik ist dehnbar“, erklärt Klaus Hirtsiefer, seit fünf Jahren leitender Psychologe bei *Daytop* in Herrsching, „verlässliche Zahlen gibt es nicht“.

Mehr als Zahlen sagen die Fakten, und da hat sich in den zehn Jahren einiges getan. „Der Drogenabhängige hat sich geändert, und wir haben uns mit ihm verändert“, konstatiert Hirtsiefer. So fehle etwa heute fast völlig der ideologische Hintergrund, vor dem in den siebziger Jahren noch viele Jugendliche zur Droge griffen. Heute habe alles einen geschäftsmäßigeren Charakter. Früher seien die Fixer bevorzugt auf eine bestimmte Droge abonniert gewesen, heute neigen viele zur Polytoxikomanie, zur Abhängigkeit von mehreren Suchtmitteln. Die Therapie habe sich jedoch entgegengesetzt entwickelt. Früher war sie pau-

schaler angelegt, heute ist sie individuell ausgerichtet: „Wir verstehen inzwischen auch viel mehr davon“, bekennt der Psychologe.

Trotzdem ist die Zahl der Therapiewilligen eher rückläufig. In Herrsching gibt es zur Zeit 26 Patienten, Platz ist für 35. Diese niedrige Belegung hat nach Ansicht des Hauses vor allem einen Grund: die Kostenträger verlangen neuerdings einen Antikörper-Test, den sogenannten HIV-Test von den Drogenabhängigen. Und das halte sehr viele Leute ab, weil sie sich nicht einer verkappten Meldepflicht unterziehen wollten. Diese neue Krankheit, die tödliche Immunschwäche Aids, ist unbestritten das größte Problem, mit dem die Therapeuten in ihrer bisherigen Arbeit konfrontiert wurden. Bereits im Januar 1986 tauchten im Herrschinger *Daytop*-Haus die ersten Virusträger auf. Gegenwärtig sind vier von 26 Patienten bereits infiziert. Und es werden immer mehr werden, dessen ist man sich im Hause sicher. Die Mitarbeiter lehnen aber in jedem Fall eine Meldepflicht ab, weil noch „überhaupt nicht klar ist, was dann mit den registrierten Personen geschehen soll“. Vielmehr leiste die Meldepflicht wieder einer Diskriminierung Vorschub, was letztlich für die Drogenabhängigen zu einer erhöhten Schwellenangst führe und sie davon abhalte, sich einer Therapie zu unterziehen.

Im *Daytop*-Haus hat man sich unter dem Damoklesschwert Aids eingerichtet. Die Virusträger, die intern jedem bekannt sind, müssen sich einmal im Halbjahr einem Test unterziehen, und sie werden in einer speziell für sie eingerichteten Therapiegruppe betreut. Das Gesundheitsamt kontrolliert regelmäßig. Aufklärung und Vorsorge sind selbstverständlich geworden. Die Ängste und die Unsicherheit, mit der auch die Mitarbeiter am Anfang sehr zu kämpfen hatten, sind aber laut Hirtsiefer einer menschlichen und sozialen Einstellung gewichen. *Brigitte Fleischer*

Süddeutsche Zeitung,
München, 14./15.02.87



Im Raum Unna-Kamen besonders hoher Anteil HIV-positiver Drogenabhängiger

AIDS-Hilfe will Zuschuß des Kreises Unna für Prävention in den Schulen

Kamen. (-d.) Ein Videofilm über den HIV-Virus, der die Krankheit AIDS auslöst, zeigte in der öffentlichen Mitgliederversammlung der AIDS-Hilfe im Kreis Unna im VHS-Haus I anschaulich die medizinischen Probleme auf, die bei der Suche nach wirksamen Medikamenten und Impfstoffen auftauchen. Erste Erfolge sind zu verzeichnen: es wurden Medikamente gefunden, die die Virusvermehrung im Körper stoppen können. Ein Fortschreiten der Krankheit kann bei einzelnen Patienten verhindert werden, eine Heilung ist allerdings damit nicht erreichbar. Impf-

stoffe sind in absehbarer Zeit nicht einsetzbar.

Deutlich wurde allerdings auch, daß in vielen Fällen das menschliche Immunsystem den AIDS-Virus unter Kontrolle hält.

Da die Übertragungswege der Krankheit bekannt sind (Geschlechtsverkehr, Injektionsnadeln bei Drogenabhängigen) will die AIDS-Hilfe im Kreis Unna einen Schwerpunkt ihrer Arbeit in diesem Jahr auf die „Safer-Sex“-Kampagne legen: die Benutzung eines Kondomes schützt vor der Virusübertragung beim Geschlechtsverkehr.

Nach einer Untersuchung der zentralen Entgiftungsstation des Landes NRW in Hohenlimburg von 1986 gehört der Raum Kamen-Unna zu den Gebieten mit einem besonders hohen Anteil von HIV-positiven Drogenabhängigen! Ein weiterer Schwerpunkt der AIDS-Hilfe wird deshalb im Drogenbereich liegen. Unbedingt notwendig ist für die AIDS-Hilfe die kostenlose Abgabe von Einmalspritzen an Drogenabhängige, damit der Infektionskreislauf durchbrochen werden kann, meint die AIDS-Hilfe.

Das Angebot des AIDS-Hilfe-Telefons (mittwoch 19 bis

21.30 Uhr, Schäferstraße 38) ist inzwischen angenommen worden. Besorgte und betroffene Bürger aus dem Kreis Unna nutzen das Informations- und Beratungsangebot. Bereits in der kurzen Zeit des Telefonangebotes hat sich gezeigt, daß viel Anrufe auch außerhalb der festen Beratungszeiten eingehen. Sorgen und Ängste erlauben oft keinen Aufschub.

Die AIDS-Hilfe im Kreis Unna bemüht sich um einen finanziellen Zuschuß des Kreises, um mit zwei hauptamtlichen Mitarbeitern den umfangreichen Aufgaben (Prävention in den Schulen) gerecht werden zu können.

Hellweger Anzeiger,
17.02.87

Immer mehr Ratsuchende

KP
(Du)
25.2.87

„Gefragte Aids-Hilfe“

Die Duisburger „Aids-Hilfe“ registriert seit Monaten eine wachsende Zahl von Ratsuchenden. Immer häufiger würden direkt oder indirekt Betroffene um Hilfe nachsuchen, würden Erkundigungen zu den medizinischen Tests eingeholt und Vorträge vor Schulklassen und Familienberatungsstellen erbeten.

Die Duisburger „Aids-Hilfe“ wurde vor einem Jahr ins Leben gerufen. Ihr gehören inzwischen rund 25 Mitglieder an, unter ihnen auch Mitarbeiter des städtischen Gesundheitsamtes. Enge Verbindung wird zum Institut für Labormedizin der Städtischen Kliniken gehalten, wo auch Aids-Tests durchgeführt werden.

Zweimal wöchentlich stehen Mitarbeiter persönlich oder am Telefon für eine Beratung zur Verfügung (Musfeldstraße 161-163, montags und donnerstags, 20 bis 22 Uhr, Telefon 66 66 33). Nachdem dieses Angebot anfänglich nur selten in Anspruch genommen worden sei, stehe seit einiger Zeit an den beiden Beratungsabenden das Telefon nicht mehr still, heißt es bei der „Aids-Hilfe“. Inzwischen sei man personell zu schwach besetzt.

Rheinische Post, Duisburg,
25.02.87

Anfragen kämen aus sämtlichen Bevölkerungskreisen. Besonders häufig werde nach dem Test und seinen Kosten gefragt (beim Gesundheitsamt ist er kostenlos für die Risikogruppen, sonst zwischen 40 und 50 Mark). Häufig würden sich aber auch Ratsuchende mit ihrer allgemeinen Furcht vor Ansteckung an die Beratungsstelle wenden. — Zwei an Aids erkrankte Personen werden von der Gruppe direkt betreut.

e.b.

Bayern-Pläne auch von Ärzten kritisiert

München (dpa). Das – inzwischen modifizierte – Programm der CSU und der bayerischen Staatsregierung zur Bekämpfung von AIDS wird auch von ärztlicher Seite kritisiert.

Der Vorsitzende der bayerischen AIDS-Stiftung, Professor Dr. Otto Braun-Falco, meinte, unter den Patienten seiner Beratungsstelle in München gehe die Angst um, nun gemeldet zu werden. HIV-Infizierte und ihre Angehörigen zögerten, die Beratung aufzusuchen. „Verliere ich bei einem positiven Test meine Wohnung, muß ich meinen Beruf aufgeben, werde ich interniert?“, lauteten die Fragen. Manche beabsichtigten, ihren Wohnsitz in ein anderes Bundesland zu verlegen oder äußerten Selbstmordabsichten. Ärzte befürchteten, daß Patienten zu lange mit der AIDS-Therapie warteten. Die Beratungen würden auf Wunsch anonym bleiben. Zwangsmaßnahmen müßten auf uneinsichtige Infizierte beschränkt bleiben.

Ärzte Zeitung, Neu Isenburg, 02.03.87



Aids-Hilfe kann Ansturm kaum noch bewältigen

Berater beklagen „Kampagne der Regenbogenpresse“

Von unserem Mitarbeiter Thomas Kilchenstein

Bei der Aids-Hilfe Frankfurt (AHF) in der Eschersheimer Landstraße laufen die Telefone heiß. „100 Anrufe am Tag sind durchaus keine Seltenheit“, berichtet AHF-Geschäftsführer Hans Peter Hauschild. Trotzdem kursieren bei den Ratsuchenden die wildesten Gerüchte über die Immunschwächekrankheit Aids, „Die Leute erfahren immer mehr über Aids, wissen aber immer weniger.“ Deshalb will die AHF, die am Aschermittwoch in München gegen staatliche Zwangsmaßnahmen protestierte, ihre Beratungs- und Bildungsangebote für Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter und Krankenpfleger künftig weiter ausbauen. Doch die fünf hauptamtlich und die rund 80 ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter können den „immensen Informationsbedarf“ kaum mehr befriedigen.

Alein in einer Woche führen die Fachleute aus der Eschersheimer Landstraße — nach Voranmeldung — 50 persönliche Beratungen durch, die selten weniger als eine Stunde dauern. 20 Beratungen am Telefon oder im persönlichen Gespräch pro Tag sind durchaus die Regel. Hinzu kommen Selbsthilfegruppen, Gesprächsgruppen für Freunde und Angehörige von Kranken, Ex-Fixerinnen und Junkies. In den Gesprächen und Telefonauskünften haben die Mitarbeiter festgestellt, daß die vor allem in „der Regenbogenpresse angeheizten Kampagne“ (Hauschild) vielerorts zu Panik und Hysterie geführt hat. „Da fragen Leute an, ob die Geschlechtskrankheit schon bei einem Händedruck übertragen wird oder ob man die Gemeinschaftswaschmaschine im Keller nicht mehr benutzen soll, weil im dritten Stock ein homosexuelles Pärchen wohnt“, berichtete Hauschild gestern vor der Presse.

Diese Überreaktionen könnten nur durch ausführliche Informationen und intensive Beratungen, die sich oft über mehrere Sitzungen erstrecken, abgebaut werden. Dabei wird, wie in anderen psychosozialen Beratungsstellen auch, den Hilfesuchenden absolute Diskretion zugesagt. „Ein volles Wartezimmer wie beim Zahnarzt gibt's bei uns nicht.“

Freilich habe sich im Verlauf des einen Jahres, seitdem die AHF ihr Domizil in der Innenstadt bezogen hat, die Klientel verschoben: Kamen zu Beginn hauptsächlich Homosexuelle und Fixer, so nehmen seit drei Monaten zunehmend „Durchschnittsbürger“ (Pressesprecher Willi Brandt) die Hilfe der AHF in Anspruch.

Als wenig hilfreich bezeichnete die Aids-Hilfe die unlängst vom Gesundheitsamt Frankfurt herausgegebene Broschüre („Aids — die große Gefahr“), welche die Angst vor der Immunschwächekrankheit „förmlich ins Irrationale“ steigere. Sinnvoller wäre es gewesen, Informationsmaterial zu erarbeiten mit dem Tenor, daß jeder sich selbst schützen kann, statt eine tödliche Gefahr heraufzubeschwören.

„Vernunft statt Panik“ müsse die Devise heißen; das Aids-Virus könne nur durch Körperflüssigkeit, Blut oder Sperma, übertragen werden. Dem staatlichen Zwang und der „apokalyptischen Medienlawine“ wollen die Fachleute aus der Eschersheimer Landstraße eine psychosoziale Aids-Arbeit entgegensetzen, welche die Verantwortungsbereitschaft aller Frauen und Männer vergrößert.

Vor allem auf dem Sektor der Lehrer- und Erwachsenenbildung will die Aids-Hilfe — sie wird mit jährlich 360 000 Mark von der öffentlichen Hand bezuschußt — verstärkt arbeiten. Regelmäßige Tagesseminare in den Räumen der AHF zur Sexualpädagogik, dem Gebrauch von Kondomen, einer Einführung in medizinische Grundbegriffe, dem Umgang mit der eigenen Unsicherheit sollen den Pädagogen sachliche Kompetenz an die Hand geben.

Inzwischen haben auch die GEW und der Verband Bildung und Erziehung einen Aufruf zur Unterstützung der Informations- und Aufklärungsarbeit über Aids an die Bildungs- und Erziehungseinrichtungen der Republik und an den Bundeskanzler gerichtet. Dabei wird besonders um Mithilfe bei der bundesweiten Bereitstellung geeigneten didaktischen und methodischen Materials sowie einer flächendeckenden effizienten Lehrerfortbildung gebeten.

Prävention und Beratung

Die AIDS-Hilfe braucht dringend Personal und Geld

Berlin (HML). Die Deutsche AIDS-Hilfe schlägt Alarm. „Falls in diesem Jahr keine zusätzlichen finanziellen Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden“, so Christa Brunswiecker, „dann sind wir spätestens im Sommer pleite“.

Ursache ist der deutlich gestiegene Informations- und Beratungsbedarf der Bevölkerung, für den der jetzige Etat nicht mehr ausreicht. „Früher wurden Broschüren in einer Auflage von 50 000 gedruckt, heute geht die doppelte Menge weg wie warme Semmeln“, so die Sprecherin.

Die Deutsche AIDS-Hilfe, die aus der Privatinitiative einzelner Personen hervorging, wird hauptsächlich über die Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung finanziert. Ein Drittel des diesjährigen Etats, der von 1,9 auf 2,275 Millionen DM aufgestockt wurde, wird für fixe Kosten für acht Voll- und Teilzeitkräfte gezahlt. Der Rest ist projektgebunden und muß einzeln angefordert werden.

Detaillierte Unterlagen und Begründungen für 44 Projekte wurden letztes Jahr in Bonn eingereicht. Dadurch war ein Viertel der Mitarbeiter gebunden, um selbst kleinste Posten aufzulisten. „Eigentlich brauchen wir auch mehr Personal“, so Christa Brunswiecker, „denn unter 10 Stunden arbeitet hier niemand“.

Ganz pessimistisch schaut die AIDS-Hilfe allerdings nicht in die Zukunft; Familienministerin Rita Süßmuth hat neue Mittel zur Aufklärung angekündigt.

Ärzte Zeitung,
Neu Isenburg, 02.03.87

Frankfurter Rundschau, 07.03.87



Westdeutsche Allgemeine Zeitung
Essen, 05.03.87

Mehr Aufklärung und Information

AIDS-Beratung bald direkt am Nollendorfplatz

Die psychologische Seite der Immunschwächekrankheit AIDS muß noch stärker als bisher beachtet werden. Das betonte gestern Jugend- und Familiensenatorin Cornelia Schmalz-Jacobsen. Sie sprach sich vor Journalisten nachdrücklich gegen jede Art von Zwangsmaßnahmen aus. Der Staat habe darauf zu achten, daß er mit seinen Bemühungen zur Eindämmung von AIDS auch die Toleranz gegenüber den Opfern der Krankheit fördere.

Die Senatorin erklärte, daß es in ihrem Verantwortungsbereich keine Isolierung, sondern nur Integration geben werde. Bayern bezeichne sie im Zusammenhang mit den AIDS-Reglementierungen als „völlig wahnsinnigen Ausreißer“. In einem Rundschreiben an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Jugend und Familie heißt es, Panikmache sei nicht angebracht, dagegen dürften aber „administrative Maßnahmen die Bevölkerung auch nicht in falscher Sicherheit wiegen“. Nicht der Staat könne die Ausbreitung von AIDS stoppen oder verlangsamen, nur wenn jeder einzelne bereit sei, sein Verhalten zu ändern, bestehe eine Chance im Kampf gegen AIDS.

Durch gezielte Aus-, Fort- und Weiterbildung sollen Mitarbeiter, die mit AIDS-Kranken oder -Infizierten oder deren Angehörigen arbeiten, das nötige Spezialwissen erhalten. Dies gelte insbesondere für die Betreuung kranker beziehungs-

weise infizierter Kinder. Unterbringung und Erziehung dieser Kinder und Jugendlichen müsse sichergestellt werden. Der Senatorin sind sechs Kinder bekannt, die in Tages- und Familienpflege leben, ein Kind lebt in einem Heim.

Drogenabhängige Prostituierte und Strichjungen sollen bald in einem Container direkt am Nollendorfplatz (Schöneberg) informiert und beraten werden. Drogenabhängige Prostituierte seien leicht erpreßbar, betont der Landesdrogenbeauftragte. Sie würden nicht nur teilweise direkt mit Drogen bezahlt und somit abhängig gehalten, sondern oft auch gezwungen, ohne Kondom zu arbeiten.

Kostenlose Kondome für Drogenabhängige

Die verschiedenen Einrichtungen für Drogenabhängige hätten in den vergangenen Jahren nur gute Erfahrungen mit der Integration von AIDS-Infizierten gemacht. An Drogenabhängige würden Kondome auch kostenlos abgegeben. Cornelia Schmalz-Jacobsen wandte sich allerdings dagegen, generell Präservative zu verteilen. „Das ist keine Frage der Moral, sondern der Eigenverantwortung.“ Das schlimmste seien „Tugendwächter, die jetzt auftreten und so tun, als könne man Sexualität unterbinden“, warnte die Senatorin. „Wir haben jetzt das Ende des Zeitalters der doppelten Moral.“ **Jim**

AIDS: ‚Fixer‘ sollen Spritzen rezeptlos in Apotheken erhalten

FRANKFURT (dpa)

Apotheker sollen auf Empfehlung ihres Verbandes sterile Einwegspritzen ohne Rezept an Drogenabhängige ausgeben, um die Ansteckungsgefahr mit AIDS und Gelbsucht zu verringern. Damit revidierte die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände am Mittwoch in Frankfurt ihren bisherigen Standpunkt. Der Grund dafür sei, daß sich Fixer ihre Drogen auch mit verunreinigtem Besteck zuführen und mit AIDS-Viren anstecken.

Aids-Aufklärung heute im Videotext

Ein Aids-Aufklärungsprogramm bietet heute die Videotext-Redaktion von ARD und ZDF. Auf mehr als 30 Tafeln bekommen die Videotext-Zuschauer bundesweit in allgemeinverständlicher Form Informationen über die Immunschwächekrankheit. Das Programm beginnt auf Tafel 430. Es enthält auch ein Adressenverzeichnis von Aids-Beratungsstellen im Bundesgebiet und Hinweise auf Aids-Informationsbroschüren, die kostenlos zu beziehen sind, heißt es in einer Pressemitteilung des SFR.

Im Aids-Aufklärungsprogramm der ARD/ZDF-Videotext-Redaktion gibt außerdem Ulrich Bienzle, Leiter des Landesinstituts für Tropenmedizin und der Aids-Arbeitsgruppe des Senats von Berlin, Antworten auf Fragen, die bei der Redaktion eingegangen sind. Videotext wird mit dem normalen Fernsehprogramm von ARD und ZDF ausgestrahlt und kann mit einem Zusatzgerät empfangen werden. **FR**

Frankfurter Rundschau, 06.03.87

Berliner Morgenpost, 06.03.87



Westfalenpost, 14.02.87

AIDS-Kranke dürfen nicht allein gelassen werden

Die Olper Selbsthilfegruppe kümmert sich um Infizierte

Olpe. (gus) „Abends wird die Angst groß. Dann muß jemand da sein, der zuhört.“ Für Dieter Schmidt (Name von der Redaktion geändert) gehört die allabendliche Bereitschaft zur Telefonseelsorge selbstverständlich mit zum „Angebotspaket“ der AIDS-Selbsthilfegruppe Olpe, eine von 15 Gruppen in NRW, die vor einem Jahr ins Leben gerufen wurde.

Langesuchtesie vergeblich nach einem Raum. Initiator Bernd Neufurth: „Beratung und Betreuung von Infizierten ist unsere Hauptaufgabe. Aufklärung breiter Bevölkerungsschichten eine weitere.“

Dieter Schmidt: „Es trifft meistens jüngere Menschen, die keinen Gedanken an den Tod verschwendet haben. Allein ist man da völlig hilflos.“ Hilfe brauchen die meisten, auch bei dem Versuch, engen Freunden und Angehörigen von ihrer Krankheit zu berichten. Hilfe ist nötig bei der Änderung des gewohnten Lebensrhythmus, der alten Gewohnheiten.

Vielleicht noch wichtiger wird das Hilfsangebot für die Betroffenen aber dann, wenn die Krankheit ausgebrochen ist und die körperliche Schwächung den Kranken immer mehr zu isolieren

droht. Unwissenheit über Ansteckungsgefahren und soziale Distanz zu den beiden größten Risikogruppen (Homosexuelle und Fixer) machen es auch Angehörigen in dieser Situation oft schwer, den Kranken nicht allein zu lassen.

Dinge, die den Betroffenen das Leben in dieser Situation etwas leichter machen können, sind: regelmäßige Besuche, Erledigungen, Hilfe im Haushalt und vielleicht ein bißchen Tratschen; der Kranke soll solange wie möglich in das alltägliche Leben einbezogen bleiben. Aber auch in den allerletzten Stunden wollen Mitglieder der Selbsthilfegruppe „da sein“.

Mindestens genauso wichtig wie die Betreuung der Betroffenen ist für die Gruppe das Thema Aufklärung. Zum einen natürlich zum Bereich „Safer Sex“. Zum anderen

aber auch sachliche Informationen über die wirklichen Ansteckungsgefahren. Die Angst davor, daß irgendwann der Ruf nach dem Ghetto noch lauter wird, oder Ärzte sich durchsetzen könnten, die bereits heute eine Tätowierung der Betroffenen im Genitalbereich fordern, ist sehr groß.

„Das AIDS-Virus“, so ein Betroffener im Gespräch mit der WESTFALENPOST, „kommt nicht durch die Luft geflogen, man muß es sich holen. 90 Prozent aller Erkrankungen sind beim Geschlechtsverkehr übertragen worden. Aber noch niemand ist oder wird je deshalb infiziert; weil er neben einem Virus-Träger gesessen hat.“

Einzelheiten über die AIDS-Selbsthilfegruppe Olpe bei Bernd Neufurth, Attenendorfer Straße 45, 5950 Finnenrop. ☎02721/7185.

General-Anzeiger, Bonn, 21./22.02.87

Jeder will wissen: „Wie kann man sich anstecken?“

Bonner Aids-Hilfe zog Jahresbilanz – Schwerpunkt in diesem Jahr ist die Jugendarbeit

(upo) „Das Problem Aids ist über die Hysterie-Welle hinaus. Die Leute, die zu uns kommen, haben ganz konkrete Ängste,“ sagt Frank Reifenberg in den Zigarettenqualm des spärlich möblierten Raumes hinein, an dessen Wänden Plakate internationaler Aids-Kampagnen pappen. Er muß es wissen. Seit fast zwei Jahren führt er von morgens bis abends Beratungsgespräche, hält Vorträge und Schulungen über die tödlich verlaufende Krankheit ab. Er ist einer von 22 aktiven Mitgliedern der „Bonner Aids-Hilfe e.V.“, die nach fast zwei Jahren provisorischen Daseins in Privatwohnungen jetzt neue Büroräume in der Rathausgasse bezog und einen Jahresbericht vorlegte. In der Aufklärung Jugendlicher will sie in diesem Jahr den Schwer-

punkt setzen. „Die erste Frage ist fast immer: Wie kann man sich anstecken?“, wissen die Berater mittlerweile. Im Umgang mit den massiven Problemen der häufig depressiven und selbstmordgefährdeten Aids-Kranken haben sie Fingerspitzengefühl entwickelt. Sie berichten auch, daß nicht nur die hinlänglich genannten Risikogruppen (Fixer, Homosexuelle, Prostituierte) die Nummer 63 14 69 wählen. Häufig fragen auch Verheiratete um Rat, weil sie um die Gesundheit ihres Partners fürchten, oder Diplomaten, die sich auf einer Dienstreise mit dem Erreger-Virus HIV (Human Immunodeficiency Virus) angesteckt haben.

„Unsere Arbeit wird immer dringender und unsere Existenz immer unsicherer“, beklagen die Aids-Helfer, denn ihnen fehlen

18 000 Mark, um zwei Beraterstellen, die ihnen das Arbeitsamt ab dem 1. März im Zuge einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zuerkannt hat, auf Dauer in Anspruch zu nehmen. Vorläufig lebt die Aids-Hilfe auf Pump. Mit einem Kredit des Dachverbandes, der Deutschen Aids-Hilfe, können die beiden Stellen, „ohne die wir die Arbeit nicht in diesem Rahmen fortsetzen können“, für drei Monate finanziert werden.

Mittlerweile setzt sich auch die Junge Union Bonn für das Anliegen der Aids-Hilfe ein. In einem Schreiben heißt es: „Angesichts der verzweifelten Lage, in der sich die Aids-Infizierten befinden, sollte die Aids-Hilfe auch von der Stadt angemessen unterstützt werden.“



HIV-Informationskampagne an Berliner Schulen, Universitäten und Betrieben

Speziell ausgebildete „AIDS-Lehrer“ klären auf

Ärzte Zeitung,
Neu Isenburg, 18.03.87

Berlin (HML). Die AIDS-Aufklärung soll an Berliner Schulen, Universitäten und Betrieben verbessert werden. Der Senat beabsichtigt im Rahmen einer breiten Aufklärungskampagne, arbeitslose Pädagogen für diese Aufgabe auszubilden.

Mit Hinweis auf die laufenden Beratungen lehnte eine Sprecherin der Senatsverwaltung für Gesundheit detaillierte Angaben ab. Die Aufklärungskampagne soll im April starten.

Die tödliche Immunschwäche

wurde im schulischen Unterricht bisher sehr stiefmütterlich behandelt. Nach einer Entscheidung der Kultusministerkonferenz vom Oktober 1985 ist die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mit der Erstellung von Unterrichtsmaterial für die Klassen neun und zehn der Sekundarstufe I beauftragt. Das Material liegt jedoch nach 18 Monaten noch nicht vor.

Hingegen sind erste Entwürfe der Bundeszentrale zur schulischen AIDS-Aufklärung der

deutschen AIDS-Hilfe zugespielt worden. Ihr Kommentar: „Dem Papier war der Kompromiß zwischen Bayern und Bremen anzusehen.“ Medizinisch-virologische Fragen hätten viel zu sehr im Vordergrund gestanden, der Umgang mit AIDS-Kranken und gesellschaftliche Aspekte seien dagegen weitgehend ausgeklammert worden.

Die Deutsche AIDS-Hilfe hatte sich wegen der zeitraubenden Abstimmung auf Länderebene über „föderative Egoismen und politische Sachzwänge hinweggesetzt“, so Gerd Paul vom Vorstand, und bereits im letzten Jahr selbst eine 80 Seiten starke Broschüre speziell für Lehrer hergestellt. Wegen der zahlreichen Bestellungen wird gerade die zweite Auflage vorbereitet. Jenseits der Alpen soll das Material offiziell verwendet werden. Das Schweizer Bundesamt für Gesundheit, das die Funktion eines Ministeriums besitzt, hat in Berlin wegen der Überlassung des Copyrights nachgefragt.

„Aids-Aufklärung nicht ohne Sozialethik“

bhr. STUTTGART, 8. März. In einem Schreiben an alle Schulleiter hat der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder (CDU) darauf hingewiesen, daß die sozialethische Erziehung bei der Aids-Aufklärung nicht vernachlässigt werden dürfe. In dem Schreiben heißt es: „So wie die Schule verpflichtet ist, über die biologischen und medizinischen Aspekte von Aids angemessen aufzuklären, so ist sie aufgerufen, die sozialethischen Gesichtspunkte immer in den Vordergrund aller erzieherischen Arbeit zu stellen.“ Dies betreffe auch den Religionsunterricht. Die Schule müsse darauf hinweisen, daß Verantwortung gegenüber sich und dem Partner, Selbstbeherrschung, Beschränkung, Enthaltensamkeit und Treue Werte seien, denen auch unabhängig von Aids eine Bedeutung zukomme.

Frankfurter Allgemeine Zeitung,
09.03.87

Aids-Filme für den Unterricht

Die Stadtbildstelle im Schulreferat hat zwei Aids-Filme in ihr Verleihprogramm aufgenommen: „Was jeder über Aids wissen sollte“ und „Aids – die tödliche Seuche“. Interessierte Pädagogen können sich die Streifen am 27. und am 30. März (jeweils 14.15 und 16 Uhr) im Filmsaal der Stadtbildstelle, Herrnstraße 19, ansehen. Die Bestellnummern für diese Filme (die auch auf Videokassetten aufgenommen werden sollen) sind FT 2232 und FT 2231. vt

Süddeutsche Zeitung, München, 20.03.87

Süddeutsche Zeitung, München, 16.02.87

Rita Süßmuth: Kondome auch für Schüler

Bonn (dpa)

Nach Überlegungen von Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth (CDU) sollen möglicherweise auch Schüler Kondome erhalten. Je jünger die Menschen seien, „desto mehr Probleme habe ich mit der Verteilung von Kondomen“, sagte Frau Süßmuth am Sonntag in einem Gespräch mit Radio Luxemburg. „Wenn ich der Realität ganz hart ins Auge schaue“, meinte die Politikerin mit Hinweis auf junge Menschen in den Altersgruppen zwischen zwölf und 18 Jahren, dann müsse man Kondome zwar nicht gerade verteilen, aber sie dennoch verfügbar machen. Diese Aktionen müßten von einer deutlichen und „schonungslosen Aufklärung“ begleitet werden. In dem Gespräch begrüßte die Ministerin, daß die Bundeswehr an Soldaten kostenlos Kondome verteilen will. Selbst wenn diese dann ungenutzt blieben, sei es besser, sie zu verteilen, als sie in der Bundeswehr nicht verfügbar zu haben.



Ab Donnerstag: Aids-Hilfe auch in Würzburg:

Sachliche Aufklärung und die psychosoziale Betreuung Betroffener

Seit einem halben Jahr war sie geplant, und nun ist es soweit: Ab kommenden Donnerstag wird jetzt auch in Würzburg eine Aids-Hilfe ihre Arbeit aufnehmen. Der seit letzter Woche eingetragene Verein ist Mitglied der Deutschen Aids-Hilfe (Berlin) und arbeitet auch mit dieser zusammen. Ihm gehören Pädagogen, Psychologen und Personen aus anderen helfenden Berufen an. Aufgabe der Aids-Hilfe ist es nach Aussage ihrer Vorstandsmitglieder, einer Verbreiterung der Immunschwächekrankheit entgegenzuwirken, Beiträge zu ihrer Bekämpfung zu leisten sowie den von der Krankheit direkt oder indirekt Betroffenen und Gefährdeten Hilfestellung zu geben.

Dazu wollen die Mitarbeiter, wie sie in einem Gespräch gegenüber unserer Zeitung äußerten, vor allem „eine ganz sachliche Aufklärung leisten“, weil die Bevölkerung hier zum Teil doch recht verunsichert sei. Für telefonische und persönliche Beratung und Aufklärung werden ab 5. März jeweils dienstags und donnerstags zwischen 19 und 21 Uhr unter der Telefonnummer (0931) 44467 zwei der zur Zeit elf ehrenamtlichen Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Mit den Anrufern wird, sofern sie dies wünschen, ein Termin für ein „persönliches Beratungsgespräch vereinbart. Anonymität und Diskretion seien dabei selbstver-

ständig gewährleistet. Die Aids-Hilfe Würzburg versteht sich darüber hinaus als Regionalgruppe für Unterfranken.

Daneben will sich der Verein um die psychosoziale Betreuung von Betroffenen und Gefährdeten kümmern, einschließlich ihres persönlichen Umfelds (Angehörige, Freunde). Selbsthilfeangebote gehörten ebenso dazu wie Besuche im Krankenhaus. Wichtig ist den Mitarbeitern der Aids-Hilfe auch die Zusammenarbeit mit Personen, Organisationen und Institutionen im politischen Bereich und speziell im Gesundheitswesen, zum Beispiel mit den Ärzten der Uniklinik.

Die Aids-Hilfe – zu ihr gehören Mitglieder Würzburger Homosexuellen-Gruppen und Einzelpersonen – will aber nicht bloß als Selbsthilfeeinrichtung tätig sein, „sondern für alle Gruppen, die betroffen sind“, wie eines ihrer Vorstandsmitglieder sagt. „Wir sind für alle Leute da, die Rat und Hilfe brauchen.“

Dankbar sind die Helfer dem WUF-Zentrum („Werdet unsere Freunde“, ein Treffpunkt für Homosexuelle), daß es ihnen Räume für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt hat. Wenn die finanziellen Möglichkeiten es einmal zulassen – momentan sind sie noch äußerst bescheiden – möchte die Aids-Hilfe eigene Büroräume in der Stadt mieten.

Der Verein ist gemeinnützig und will Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband werden. Für die Unterstützung ihrer Arbeit bittet die Aids-Hilfe um Spenden auf das Konto Nr. 13433 bei der Städtischen Sparkasse Würzburg, BLZ 79050000. BLZ
Mö

Main Post, Würzburg, 02.03.87

Gemeinsam sagen Politiker der Immunschwäche den Kampf an

Aids-Stand am Kröpcke / Probleme mit Fixern

Gegen die Immunschwäche Aids kämpfen jetzt Kommunalpolitiker aller im Rat vertretenen Parteien Seite an Seite: Morgen, Sonnabend, beteiligen sich Ratsmitglieder zwischen 11 und 14 Uhr an der Aufklärungsarbeit der hannöverschen Aidshilfe am Kröpcke. Nicht nur Politiker stellen sich der Diskussion und verteilen Kondome, sondern auch Ärzte von der Aidshilfe und vom Staatlichen Medizinal-Untersuchungsamt sind auf Fragen vorbereitet. Wie der Leiter des Gesundheitsamtes, Professor Dr. Peter Volk, am Donnerstag gegenüber der HAZ erklärte, gibt es in Hannover die meisten Probleme mit der gefährdeten Gruppe der Drogenabhängigen.

Mit den Fixern beschäftigen sich auch in erster Linie die beiden zusätzlichen Sozialarbeiter, die das Gesundheitsamt jetzt speziell für die Aids-Beratung erhalten hat. Bei den Drogenabhängigen spiele die Sucht die Hauptrolle, meinte Volk. Deshalb sei es schwierig, ihnen beim Schutz gegen Aids zu helfen. Auch die vom Gesundheitsamt untersuchten Prostituierten, bei denen der Test zu einem positiven Ergebnis führte, seien ausnahmslos Fixerinnen, betonte der Amtsleiter: „Noch keine einzige Prostituierte hat sich auf dem Berufsweg infiziert.“

Nur sieben der im ganzen 1300 auf Aids untersuchten Prostituierten hätten sich bisher angesteckt, sagte Volk. Diese Aussage schränkte er aber sofort ein: Denn es dauere zwei bis vier Monate, bis sich die Ansteckung im Blut nachweisen lasse. „Frauen, die eine blaue Karte vom Gesundheitsamt der Stadt haben, sind innerhalb der vergangenen drei Monate auf

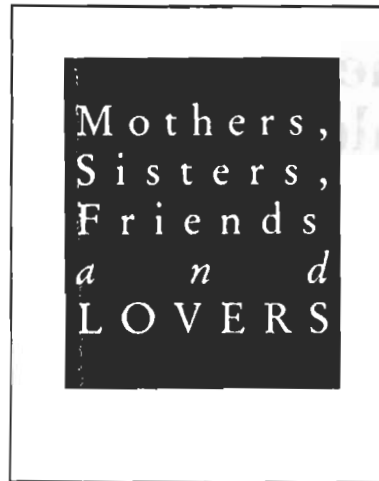
Aids untersucht worden. Zum Zeitpunkt des Tests war das Ergebnis negativ.“

Das schließe aber eine Ansteckung kurz vorher nicht aus. Möglicherweise habe man sie nur noch nicht nachweisen können. Um die sieben infizierten Fixerinnen kümmern sich die Sozialarbeiter intensiv: Sie versuchen zu verhindern, daß Heroinabhängige auf der Straße ihr Geld verdienen und Aids weiterverbreiten. Nach Volks Worten ist der Aids-Test bei Prostituierten, deren Blut ohnehin alle drei Monate untersucht werde, freiwillig: Niemand habe sich jedoch bisher geweigert. Die Frauen seien stärker gefährdet als die Männer, da sie sich leichter ansteckten als umgekehrt: „Kondome müßten für den Kunden Pflicht sein“, betonte Volk.

Nach Auskunft des Amtsleiters hat sich die Zahl der infizierten Homosexuellen in letzter Zeit kaum erhöht: „Diese Gruppe hat die Gefahr erkannt und sich darauf eingestellt.“ joe

Hannoversche Allgemeine Zeitung, 06.03.87





It would cost around £60 million to provide the proper services required if patients with AIDS (Acquired Immune Deficiency Syndrome) are cared for within the community according to Richard Wells of the Royal College of Nursing. But even if the Government provided this funding it would still overlook much of the vital work that is being done voluntarily, such as counselling and provision of information. And, as with so many voluntary services, it's women that make up the backbone of organisations dealing with AIDS.

London Lesbian & Gay Switchboard has no paid workers and deals with 250,000 calls a year. They now have 20 lesbian volunteers. Paralled to this, calls from women have increased by 22.6% in the last year. They have also seen a rise of 188% in calls from bisexuals and heterosexuals—many of them women. LLGS's chair, Lottie Pollak, says they are the mothers, sisters and friends of men who felt they were at risk, as well as lovers and wives, phoning on behalf of themselves and those people.

'What often happens with women is that they don't know what their male partners are doing most of the time. This is now a big issue for heterosexuals—they are having to face up honestly to their sexual behaviour and men will have to say "yes, I do sleep with other men." But as well as being a pressure it's an opportunity for women to take control of their sexuality and live the feminism that's been talked about for 20 years.'

Another volunteer, Julie Walkling, maintains 'We've had some of our most depressing calls where men don't tell their wives they sleep with other men and also don't use condoms. You have to get a bit heavy with them because they're putting their wives at risk.' Terri Derkin joined LLGS's AIDS Working Group which ensures all volunteers are informed about AIDS. 'I became involved because it was obvious that once the homophobic media got holds of AIDS as an issue it wasn't just gay men who were going to suffer the backlash—even though lesbians are the lowest AIDS risk group.

'Also, there's been little research done around

Unpaid caring usually means one thing—women doing the work. And, as ROSE COLLIS discovers, with the government mainly putting money into AIDS advertising, the onus of voluntary work in the area and the effect of AIDS itself has a bigger impact on women than has been revealed.

women and AIDS and people look to us to provide answers. Our response to this crisis has been positive and constructive but for the past four years the Government has completely ignored the signals and warnings that have come out of our community.'

What did they think of the Government's AIDS campaign? Terri Derkin: 'The most irritating thing is that they haven't sold safer sex to heterosexuals. We have to redefine heterosexual practise and get away from the idea that sex has to be penetrative. But, of course, that's too hard because it involves using imagination—it might even reduce the risk of cystitis, pelvic inflammatory disease and cervical cancer!' Ironically, the National AIDS Helpline, set up by the DHSS has been paying volunteers from LLGS and the Terrence Higgins Trust £5 an hour to give AIDS advice. LLGS volunteers wryly point out that the Government hasn't been giving *them* £5 an hour to do the same on their own organisation.

Eve Semple Arnett doesn't get paid for running

her one-woman phonenumber Parents and Friends of Lesbians & Gays. Run from her Essex council flat for the past 18 months, Eve has to find the money out of a disability pension and her total 'funding' to date consists of a £100 donation from the DHSS towards her last phone-bill and an answering machine from the Family Welfare Association. A former volunteer with The Samaritans, Eve set up PFLG after her own daughter came out as a lesbian: 'Although it wasn't hard for me there were hundreds of parents in my situation who found it difficult. Contact with callers means that sometimes they might call regularly for several months and, occasionally, I end up talking to all the family!'

If the callers have a gay son then, inevitably, the first questions that Eve is asked concern AIDS. 'I always tell them to talk to their children about it. But this leaflet that the Government's put through doors is useless, it's just frightening. I've learnt all my AIDS information from The Terrence Higgins Trust. You know, as a result of setting up this line, my neighbour, who is already a foster parent, has put her name down to foster an AIDS baby. And one caller whose son is gay asked me to refer her to the THT to become one of their "buddies".'

Buddies are a particular section of THT volunteers who are referred to AIDS sufferers to provide help as necessary. This can range from hospital visits to helping with domestic tasks. Approximately 40% of buddies are women. 'I'm just an ordinary person who's worried about AIDS,' one told CL. 'I was introduced to THT through a friend; I was doubtful about volunteering at first but they said they needed more women involved. We're all given proper training. It's a strange relationship you have with someone you "buddy". All the people I've visited have been near the end so you tend to become friends much faster than you normally would. The government have got to get themselves together, you know. I mean, a few of my friends are starting to read up on AIDS because they know I'm involved, but there's still so much prejudice and ignorance generally. Which is why I can't let you publish my name.' ●

City Limits, London, 05.03.87



Bange machen gilt nicht

Über Möglichkeiten und Grenzen gesundheitlicher Aufklärung – am Beispiel Aids

Von Susanne Mayer

Aufklärung ist im Kampf gegen Aids zur magischen Formel geworden, weil die Medizin gegen diese Krankheit machtlos ist. Sobald ein Infizierter die ersten Symptome der Immunschwäche zeigt, ist sein Tod nicht mehr abzuwenden. Schon tragen Millionen auf der Welt das HIV-Virus in sich, die meisten, ohne es zu wissen. Dem Aids-Tod entgehen nur diejenigen, die sich nicht anstecken bei denen, die schon angesteckt sind, die während des Sexualverkehrs ein Kondom benutzen, die wissen, welche Praktiken gefährlich sind und welche nicht. Nur die, die lernen, werden überleben. Aids ist somit zu einer Art Härtestest für gesundheitliche Aufklärung geworden. Am Beispiel der Aids-Aufklärung wird Aufklärung zeigen müssen, was sie kann. (...)

Wenn die Zahl der Aids-Erkrankungen in den nächsten Jahren trotzdem weiter steigen wird, dann liegt das nicht nur daran, daß die meisten Patienten schon heute infiziert sind. Bei einer Umfrage des ZDF-Gesundheitsmagazins haben 90 Prozent der Angesprochenen eingestanden, sie hätten wegen Aids ihr Sexualverhalten nicht verändert. Entmutigend? Oder ermutigend, daß 10 Prozent etwas gelernt haben?

Die Welle der Aufmerksamkeit für Aids wird von Angst getragen. Vor Aids fürchten sich die Menschen mehr als vor anderen Krankheiten, weil sie zugleich die totale Ohnmacht der Medizin erfahren. Aids, erklärt der Psychologe Horst-Eberhard Richter, ist zudem eine Krankheit, die archaische Phantasien der Kindheit aufrührt oder unverarbeitete Sexualängste wachruft. „Das führt zu einer magischen Überhöhung der Bedrohungsphantasie, die sich löst von den angebotenen Informationen.“ Wer Angst hat, denkt nicht, wer Angst hat, lernt nicht.

Menschen, die Angst vor einer Krankheit haben, flüchten sich in Mythen, in denen sie als unverwundbar dastehen. „Aids“, verkünden solche Leute, „kriegen doch nur Schwule.“ Oder sie schreiben sich radarähnliche Fähigkeiten zu, mit denen sie nichtinfizierte Partner ausmachen. Der, den man liebt, ist dann immer gesund.

Aufklärung steht vor der paradoxen Aufgabe, Betroffenheit zu bewirken, ohne Angst auszulösen. Denn bange machen gilt nicht: Das offene Raucherbein, das kindergelähmte Mädchen auf Krücken, die Horrormeldungen der Bild-Zeitung werden die Menschen nur kurzfristig erschrecken, statt sie der Einsicht zu öffnen. Daß Angst nicht aufklärerisch wirkt, ist auch ein Glück, denn wäre es sonst nicht zu verführerisch, die Menschen mit

Angst und Terror in die Gesundheit zu jagen? Aufklärung, beteuert der Krebsforscher Rolf Verres, wirke am besten, wenn sie erstens sachliche Informationen biete, zweitens eine wirksame und akzeptable Lösung aufzeige, wenn sie drittens an die Selbständigkeit appelliere. Aufklärung verlangt den aufklärbaren und auch immer ein wenig schon den aufgeklärten Menschen, den mündigen, vernünftigen, autonomen Bürger. Ein schönes Ideal, jahrhundertealt – und manchmal in die Irre führend. Wer von Menschen vollständige Einsicht erwartet, hat das Ideal der Autonomie vertauscht mit der Vorstellung von totaler Manipulierbarkeit. Es ist schwer, den Menschen die Autonomie zuzubilligen, sich durch Rauchen oder Trinken oder ungeschützten Sexualverkehr zu schädigen. Allein schon deswegen wird uns Aids, so Meinrad Koch, Virologe am Berliner Robert-Koch-Institut, über Generationen begleiten: „Das ist der Preis, den wir bereit sein müssen zu zahlen.“ (...)

Die zielgruppengerechte Aufklärung wird derweil beschworen, wenn auch kaum verwirklicht. Obwohl durch Aids vor allem die sexuell Aktiven gefährdet sind, und unter diesen im besonderen Maße die Jugendlichen, obwohl nicht zuletzt die Infizierbarkeit der Frauen höher liegt als die der Männer, sind die Zeitungsanzeigen weder in *Bravo* noch im *Playboy*, noch im *Wiener* oder *Tempo* zu finden, auch nicht in der *Brigitte*. Am besten, so scheint es, wirkt Aufklärung, wenn sie nicht nur zielgruppengerecht ist, sondern von den Zielgruppen selber betrieben wird. Die von Homosexuellen gegründete Deutsche Aids-Hilfe hat das bewiesen. Hunderte von Mitarbeitern arbeiten, häufig ehrenamtlich, überall in der Bundesrepublik. Ihre Aufklärung zielt nicht nur auf den autonomen Bürger, sondern beweist und schafft Solidarität. Und die wirkt: In einer Berliner Gruppe von 828 schwulen Männern, unter denen 420 schon mit dem HIV-Virus infiziert waren, kam es innerhalb von zwei Jahren nur zu 16 Neuinfektionen. (...)

Viel Zeit haben wir wahrscheinlich nicht, in diesem Sinne aufklärerisch zu wirken. Das Thema Aids wird eines Tages aus den Schlagzeilen verschwinden wie Tschernobyl oder der sterbende Wald. Stell dir vor, du klärst auf und keiner hört hin. Von Jahr zu Jahr sinkt die Zahl derer, die an der Krebsvorsorge teilnehmen. Die Botschaft muß immer wieder und immer wieder neu gesagt werden. „Aufklärung“, sagt Elisabeth Pott, Leiterin der Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung, „ist ein langwieriges und schwieriges Geschäft.“

Die Zeit, Hamburg,
20.02.87, Auszug



Heart of the MATTER

'AIDS is a social issue about how we relate to each other in terms of humanity. My worry is that humanity is getting stifled by panic'... Alma Cullen.

Pick any social issue and you can be pretty sure that someone, somewhere, is turning a real-life drama into one that will be acted out on screen or stage. The impact that Acquired Immune Deficiency Syndrome (AIDS) has had on some of our lives in the last five years has been reflected in a number of scripts round the subject from stage plays like Louise Parker Kelley's 'Antibody', (first off the mark here in 1982 and branded 'alarmist' at the time) Larry Kramer's 'The Normal Heart' and Andy Kirby's 'Compromised Immunity'. Now cinema and television are catching up as they rush to cash in, or comment, on a human tragedy that contains all the necessary ingredients with which to take dramatic license: physical, emotional and mental suffering; divided families; confrontation and compromise.

So far the majority of these have been gay orientated and produced dramas which have managed to avoid becoming soap-sodden, disposable and superficial pot-boilers. Enter the heterosexual fiction factotums who, as with every other aspect of AIDS, have been belatedly taking their cues from lesbians and gay men. To date the dramas produced by *them*, foaming with smugness and pseudo concern, can only be handled with rubber gloves. Yet John Erman's sickly American TV-movie, 'An Early Frost', starring Ben Gazzara and Gena Rowlands, screened here last year, may eventually seem positively biodegradable in comparison to what is yet to come: CBS TV have bought the movie rights to Carol Lynn Pearson's US best-seller 'Goodbye I Love You', an account of her life with husband Gerald, gay and killed by AIDS. Since Ms Pearson is a Mormon who declares, 'I would change all homosexuals into happily functioning heterosexuals', the moralising pathos-potential for this one is endless.

The common threads linking the central dramatis personae of these stories are firstly, the AIDS sufferers are gay men, and secondly, the repercussions for women—medical or emotional—are largely overlooked. Clearly, fiction has been no

stranger than fact again. So, given all that's gone before, 'Intimate Contact', the first drama to focus on a *heterosexual* man with AIDS, and the effects on his wife, will not be able to bear the burden of expectancy lightly. England expects—and whether it likes it or not, the play will have to do its duty, however unfair that may be.

The series' writer, Alma Cullen, creator of a string of successful TV plays, is emphatic that it's a *drama*, not an AIDS polemic although she's aimed it at people who might push for research and medical care funding: 'My main interest was the behaviour of my characters, not talking about the AIDS issue directly. But if the by-product of my work is more tolerance, then so much the better.'

The pivotal characters she has created for the four-part series from Central's Zenith Productions are Ruth Gregory and her husband Clive, two

pillars of a middle-class community which is a pot-pourri of golf clubs, big business, locker-room camaraderie, private health clinics and conscience-soothing charitable activities. The Gregory's son is a fine, upstanding Tory activist, their daughter all set to pass her 'A' levels. Clive is a successful business executive, Ruth busies herself with voluntary work in an Oxfam shop, Golf Club committees and supporting husband and children. All is well in their suburban garden. So where did Alma Cullen find the roots of these characters?

'I'm fascinated by the social rituals of the middle classes. Then about 15 months ago I was at a reception for businessmen. I was appalled when I heard their opinions about AIDS and homosexuals—they were saying gays should be taken away, lined up against the wall and shot. I was very surprised by this hostility towards gays.

Later, the same day, I heard a news item about some prostitutes in Amsterdam who had AIDS. Now businessmen, as a group, use prostitutes and it struck me that these men, who were hypocritically voicing Victorian values, were not immune. They were throwing stones at gays when they themselves were in fragile glass houses. That's why I made the characters heterosexual—I felt the balance had to be corrected.'

Clive Gregory contracts AIDS after having intercourse with a prostitute during a drunken party enjoyed by Clive and his colleagues on a business trip to New York. He blames the woman totally—she's a 'filthy, disease-ridden tart'. Wouldn't the way in which the party has been presented by the director encourage the audience to think the same? 'Oh no,' insists Cullen, 'quite the opposite. I hope it's perfectly clear that it shows his hypocrisy, that here is this man who

has patronised women who are, in his terms, sordid.'

After the dual shocks of discovering that her husband has been unfaithful to her and how ill he is, Ruth dons a customary stiff upper lip and sets about coping with the multifarious repercussions. The drama unfolds against a backdrop of diverse settings—the golf club, Clive's company, a *thé dansant*, charity events and, of course, the hospital. These bring with them a spectrum of other AIDS sufferers and their carers: Frazer, a haemophiliac schoolboy who is finding it harder to get a school to accept him; Maurie, a gay man in his 20s, on a strict health regime supervised by his lover and banned from exercising at his local sports ground; and Charlotte, an injecting drug-addict abandoned by her wealthy family and befriended by Clive.

As the Gregorys quickly become social pariahs they increasingly turn to this collection of

individuals who share their plight. Ironically, it is only through these developments that Ruth gradually becomes her own woman to some extent. Clive, already his own man, develops a strange and ambiguous friendship with Charlotte in hospital, a stylistic device to emphasise how he changes: 'I wanted to show that *he* developed as well as Ruth. Any major life-event which brings you to despair is a great leveller. Previously, he wouldn't have known drug-addicts. He would always have considered them as inadequate and self-indulgent. Trying to help her gives his own life a validity, something positive.'

Ruth meanwhile joins the swelling ranks of that much-relied upon army of women—the volunteer carers. With AIDS, it's women and gay men who have provided the much-lauded and little-supported 'community care'. But then a woman's work will never be done as long as successive governments

continue to abuse it and Alma Cullen agrees that 'it does rather look like they're going to rely on volunteer goodwill again.' Typically, too, Ruth shows less concern for the possible health risks that *she* may have been subjected to than she does for her children and for Clive himself.

Conveniently, the Gregorys are a Condom Couple and she is given a clean bill of health. What this may do, unfortunately, is to back up the notion that penetration using this particular birth-control is 'safe sex'—the ideology being flogged to life at the core of the government's advertising campaign—although, as Alma Cullen points out, the use of condoms can reduce the risk of other diseases for women, such as cervical cancer. But if an official version of 'safe sex' is the only information that registers in the minds of men and women otherwise ignorant of more direct and explicit facts, then any real 'Ruth Gregory' will ultimately continue to be the loser, every which way.

For her part, Alma Cullen recognises that 'AIDS

City Limits, London,
05.-12.03.87





CLARE BLOOM PLAYS RUTH GREGORY IN ALMA CULLEN'S (INSET) 'INTIMATE CONTACT'. HUSBAND CLIVE (DANIEL MASSEY) DIES SLOWLY ...



is a social issue about how we relate to one another in terms of humanity. My worry is that humanity is getting stifled by panic. All I can hope is that people will watch the series. I don't know if the government's campaign has succeeded but people don't seem to have registered much of what it's all about. The adverts aren't straightforward. That doesn't mean that you have to put in lots of four-letter words, but it needs to be put in a human context.

City Limits Fortsetzg.

'One of the adverts rejected by the government, which was actually shown on BBC news, showed a young man and woman in bed. A disembodied voice asks questions like "Who did you sleep with last night?" and the answer to all the questions are "I don't know". Eventually the boy is in hospital dying from AIDS and the voice asks a doctor "How do you cure AIDS?"—the answer, of course, is "I don't know". ●



Schöne Aids-freie Clubwelt

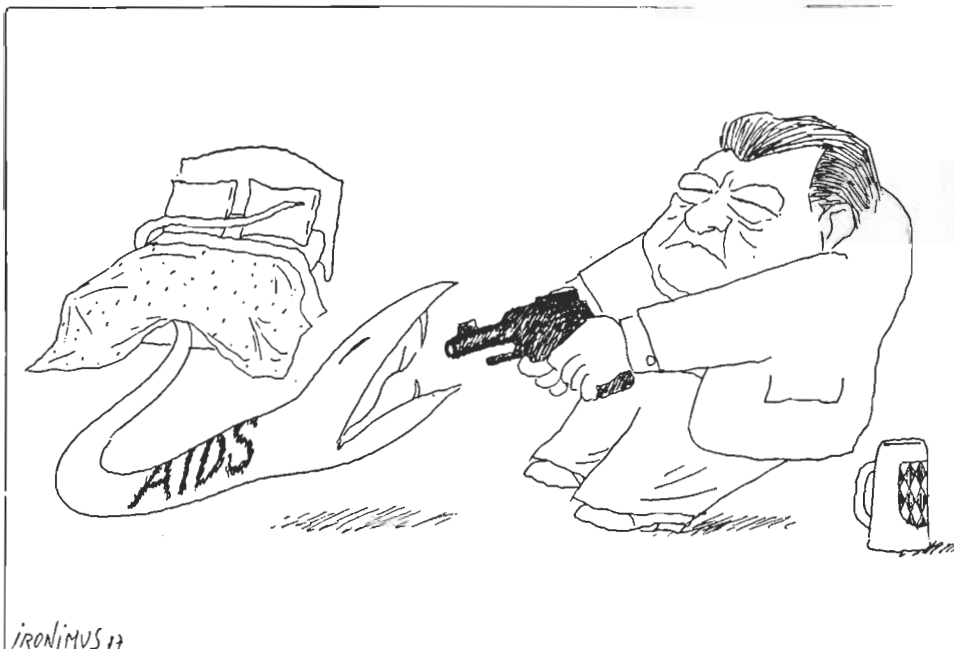
LONDON, 4. März (AFP). Ein Club für Alleinlebende, die nachweislich keinen Aids-Virus haben und nur mit „gesunden“ Partnern zusammentreffen wollen, wurde in Großbritannien gegründet. Nach Angaben der Organisatoren werden nur Mitglieder aufgenommen, deren Aids-Untersuchungen negativ waren. Die „Singles“ müssen regelmäßig einen Arzt aufsuchen. „Wir wollen von Aids nicht finanziell profitieren, sondern nur gesund bleiben“, erklärte der 21jährige Graphiker John Tyson, einer der Mitbegründer des Anti-Aids-Clubs. Clublokale wurden bisher in London und Liverpool eröffnet.

Frankfurter Rundschau,
05.03.87

Sexualtäter nützt Angst vor Aids aus

ERDING – Die Angst vor der tödlichen Immunschwäche Aids nutzt seit einiger Zeit in den Landkreisen Erding und Freising ein Sexualtäter aus. Nach Angaben der Polizei forderte der Unbekannte telephonisch als angeblicher Arzt des Gesundheitsamtes Erding Frauen zu einem sofortigen Aids-Test auf. Sie sollten sich vorwiegend im Bereich der Geschlechtsteile betasten und ihm ihre Eindrücke schildern. Nach Meinung der Polizei handelt es sich wahrscheinlich um den gleichen Mann, der schon im vergangenen Jahr in etwa 50 Fällen im Bereich Erding, Freising und Ebersberg als angeblicher Arzt des Gesundheitsamtes telephonisch Frauen zu einer Krebsvorsorgeuntersuchung aufforderte.

Süddeutsche Zeitung,
München, 09.03.87



SZ-Zeichnung: Ironimus

Ärzte Zeitung,
Neu Isenburg, 16.03.87

Frei-Kondome vom Minister „Mangelhaft“?

Berliner Morgenpost,
17.03.87

Sonderbriefmarken für AIDS-Forschung

Zwei Sonderbriefmarken mit einem Spendenaufschlag von jeweils 20 Pfennigen sollten der AIDS-Erforschung und -Aufklärung dienen. Das hat der Verein AIDS-Aufklärung in Frankfurt angeregt.

Die Überraschung kam mit der Post: „Mit den besten Empfehlungen vom hessischen Sozialminister erhielten hessische Journalisten... per Brief ein Kondom. Minister Armin Claus warb für seine „Safer-Sex“-Kampagne... Wer sich aber bei Stiftung Warentest von der Güte des Präservativs überzeugen wollte, erlebte eine Überraschung: Beim Test 1983 schnitt die vom Minister gewählte Marke „R 3 activ feucht“ mit Note „mangelhaft“ ab. Durchgefallen war das Präservativ vor allem bei der Dichtheitsprüfung...

Der Minister: „...Der Test bei Stiftung Warentest ist schon vier Jahre alt...“ Das meint auch Bernd Maurer von der hessischen Kondomfirma: „Inzwischen haben sich die Prüf- und Produktnormen verschärft...“

AN 13.3.87

Der bayerische Innenminister fand starke Worte

Erst das Thema AIDS brachte die Aschermittwochsstimmung

Lang im Stamsrieder Schloß: „Leben wir denn in einem Hurenhaus?“

Stamsried (as). Politischer Frühschoppen auch in der Oberpfalz, im Stamsrieder Schloß. Rund 200 Besucher waren gekommen, um Bayerns Innenminister Gustl Lang zu hören und dieser „Premiererfolg“ beflügelte den „Hausherrn“, Bezirksrat Wolfgang Spießl, und Chams CSU. Trotz Stamsrieder Blasmusik hielt sich die Stimmung zunächst in Grenzen, bis der Innenminister das Thema AIDS in zum Teil recht drastischen Worten anpackte. „Leben wir denn in einem Hurenhaus?“ fragte Lang.

● Wie in Passau auch hier zum „Einzug der Gladiatoren“ der Defiliermarsch, dann ein Grußwort von MdB Dr. Dionys Jobst mit Schwerpunkt Grenzlandprobleme. „Gustl Lang läßt uns nicht im Stich“, war Jobst überzeugt, daß der Oberpfälzer im Innenministerium etwas für die Region herausholt. Die nunmehr nur noch elf Oberpfälzer müßten im Landtag um Ausschüsse „bitten und betteln“ und da seien ihm „schon die Tränen in den Augen gestanden“. Und Ex-Staatsekretär Fischer sprach er Trost zu: „Max, das hat du nicht verdient.“ Doch wirtschaftliche Erfolge garantierten offenbar keine Wahlsiege mehr.

● Der Region Cham versprach Lang Unterstützung bei der Forderung nach einer besseren Straßenanbindung: „Das kann nicht sein, das ist auf Dauer nicht hinzunehmen.“ Dann Überlegungen zum politischen Stil: „Die Menschen brauchen eine Atmosphäre des Miteinanders und der Harmonie, sie dürfen nicht das Gefühl haben, daß über ihre Köpfe hinweg regiert wird. „Wer die SPD anschau, der müsse die Grünen anschauen, meinte Lang und appellierte: „Die staatstragenden Kräfte der SPD sind aufgerufen, sich nicht ängstlich zurückzuziehen.“

● Zur Innenpolitik betonte er, ein liberaler Staat dürfe kein schwächerer Staat sein, die Polizei brauche rückhaltslose Unterstützung durch den Staat. Dann legte der Innenminister ein „offenes Bekenntnis zur Bayerischen Grenzpolizei mit Präsidium in München“ ab. Weiter erinnerte er an den Smog-Alarm und verband damit ein klares Ja zur Kernenergie.

● „Ich habe das Gefühl, daß 175er, Lesben und Huren schon ein stärkeres Gewicht bei uns haben“, stellte Lang zur AIDS-Diskussion fest. Es könne doch nicht normal sein, wenn sich „Abgeordnete auf die Straße stellen und Pariser verteilen.“ Wer ganz normal lebe, dem passiere gar nichts, die Immunschwächekrankheit werde doch nur „durch härtesten Sex im Hinterzimmer bestimmter Häuser übertragen“.

● Es müsse auch in der Hygieneverordnung etwas getan werden. Auch das Bundesgesundheits-

gesetz müsse entsprechend angewandt werden. Es gehe nicht an, daß zum Beispiel AIDS bei „Schulleitern mit einer bestimmten Veranlagung vertuscht werde, damit möglichst viele Kinder angesteckt werden.“ Freiheit ende bei der Gefahr für das Leben der Bürger. Abschließend verwies Lang auf Projekte wie BMW oder Siemens in der Oberpfalz, appellierte an das Heimatgefühl und betonte: „Wir möchten eine blühende Oberpfalz schaffen“.

Mittelbayerische Zeitung,
05.03.87

Haftstrafe wegen Aids-Anzeige

EDINBURGH, 10. März (AP). Weil er nach einer Rangelei in einer Polizeiwache von Edinburgh Polizisten mit Blut bespuckt und dabei geschrien hatte: „Ich habe Aids, ich bring' euch um. Ich infiziere euch!“, ist am Montag ein heroinsüchtiger britischer Pop-Musiker zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Richter begründete das Strafmaß damit, daß die von dem 30 Jahre alten Mann ausgestoßene Drohung außerordentlich tückisch gewesen sei, da sie die Polizisten in Angst versetzt habe, auch wenn die Gefahr einer möglichen Infektion gering gewesen sei. Der Verteidiger des Musikers teilte mit, daß eine in der Haft genommene Blutprobe ergeben habe, daß der Angeklagte tatsächlich Aids habe. Als er die Polizisten bedrohte, wußte der Musiker das allerdings noch nicht.

Frankfurter Allgemeine
11.03.87

Ja, Heft Nr.13, 17.03.87

Kondome verstopfen Kläranlagen

AIDS schafft nicht nur medizinische, sondern zunehmend auch Umweltprobleme. Prof. Wolfgang Haber, der Vorsitzende des Umweltsachverständigenrates der Bundesregierung, warnte in einem JA-Interview: „Als Folge der 'Sater Sex'-Kampagne werden jetzt durch die Kanalisation massenweise Präservative in die Kläranlagen geschwemmt. Dadurch kommt es zu Verstopfungen in den Zu- und Abflüssen. Wenn die Kondome nicht aus den Klärbecken gefischt werden, muß unter Umständen eine ganze Kläranlage vorübergehend abgeschaltet werden. Die Mehrkosten werden die Verbraucher schon bald in Form von höheren Wasserpreisen zu spüren bekommen.“

Frage: „Wohin aber mit den Gummis?“

Haber: „Am besten in den Hausmüll. Dann kommen sie in

die Müll-Verbrennungsanlage und richten vergleichsweise geringen Schaden an. Ganz ungefährlich ist aber auch das nicht. Viele Kondome bestehen nicht nur aus Naturgummi, sondern auch aus Kunststoff, damit sie elastischer sind. Wird Kunststoff aber zusammen mit Chlorverbindungen, z.B. Kochsalzresten, verbrannt, kann das Seveso-Gift Dioxin entstehen!“

Frage: „Ihr Vorschlag?“
Haber: „Wenn wir es ernst meinen mit dem Umweltschutz, müssen wir konsequenter als bisher das Verursacherprinzip anwenden. Wir können zwar umweltfreundliche Mehrwegflaschen anbieten, aber keine Mehrweggummis. Deshalb bin ich für eine Umweltabgabe auch auf Präservative, zum Beispiel zehn Prozent vom Kaufpreis. Die Kosten für die Beseitigung der Kondome werden bald in die Millionen gehen.“



Prof. Wolfgang Haber



Schafft Probleme: Minister Clauss am Kondomautomat

Fernseh-Umfrage zu Aids in der Fußgängerzone

Am morgigen Samstag steht das Bayerische Fernsehen mit einem fahrbaren Fernsehstudio von 9 bis 13 Uhr in der Münchner Fußgängerzone Ecke Kaufinger/Augustinerstraße (Jagdmuseum) und wird eine Umfrage durchführen zum Thema. „Leben mit Aids - Wie stehen Sie zur Krankheit Aids, wie hat das Wissen um die Krankheit Ihr Leben verändert, wie verhalten Sie sich, wenn Sie erfahren, daß ein Freund/Kollege Aids-krank ist?“ Jeder kann seine persönliche Meinung sagen. Das Besondere am Ministudio:

Man sitzt allein vor der Kamera, niemand stört, niemand unterbricht. Die „Interviews“ werden aufgezeichnet und für die Sendung „Der direkte Draht“ bearbeitet. Sendung ist am Dienstag, dem 17. März, im 3. Programm des Bayerischen Fernsehens von 19 bis 20 Uhr.

Süddeutsche Zeitung,
München, 13.03.87

Japan/Aktien-Hausse bei Gerstensaft-Produzenten

Bier statt Sex: Auch Brauereien profitieren von der AIDS-Furcht

Von Helmut Räther

Tokio . Auf den Wirtschaftsseiten seriöser japanischer Zeitungen sind in den letzten Wochen zunehmend Sonderberichte über die Entwicklung „AIDS-verbundener Aktienkurse“ zu finden, die es den Anlegern erleichtern sollen, die Furcht vor der vor allem durch Sexualkontakte übertragenen Krankheit für erfolgreiche Spekulationen zu nutzen.

„Der Februar war ein AIDS-Monat“, sagte ein Wertpapier-Analytiker an der Tokioter Börse; die Kurse für Aktien, die mit AIDS in Verbindung gebracht wurden, stiegen nach seinen Berechnungen durchschnittlich um dreißig Prozent. Vor allem Kondom-Hersteller gehören zu dieser Gruppe, aber auch pharmazeutische Konzerne, die sich in der Forschung mit Diagnose- oder Behandlungsmöglichkeiten für AIDS beschäftigen. Regelmäßig werden auch die Kurse der großen japanischen Brauereien mit einbezogen. Auf Journalistenfragen nach dem Grund dafür sagt ein Börsenexperte: „Alle gehen von der Theorie aus, daß die Japaner mehr Bier trinken werden, wenn sie ihre sexu-

ellen Aktivitäten einschränken.“

Für die zahlreichen kleinen Badehäuser, in denen im offiziell prostitutionsfreien Japan der größte Teil der kommerziellen Sexualkontakte abgewickelt wird, hat die AIDS-Furcht bereits nachhaltige Wirkungen gehabt: „Wir hatten vor zwei Monaten noch 20 Gäste pro Tag, jetzt sind es höchstens fünf“, sagt der Inhaber eines solchen Etablissements im Tokioter Rotlicht-Bezirk Yoshiwara. Am Komagome-Krankenhaus in der Hauptstadt, das sich auf die Krankheit spezialisiert hat, berichtet Dr. Masayoshi Negishi über Nebenwirkungen der Panik: Mehr als 100 Telefonrufe erhält er täglich von Leuten, die um Auskunft über Risiken und Symptome bitten. Fast alle hätten ebensoviel Angst vor dem sozialen Stigma einer Ansteckung wie vor der Krankheit selbst. Nur in Ausnahmefällen wird die Untersuchung über die Krankenkasse abgerechnet, da die Furcht vor dem Verlust der Anonymität zu groß ist. „Ängstliche Leute“, berichtet Dr. Negishi, „haben in den letzten drei Monaten schon vier Tests vornehmen lassen“.

Ärzte Zeitung,
Neu Isenburg, 24.03.87

Arzt „sexuell diskriminiert“

London (ast). Umgerechnet 24 000 Mark Entschädigung hat sich ein „sexuell diskriminierter“ Arzt erstritten. Der 52-jährige Dr. Ralph Holman war nach siebenjähriger Tätigkeit als Schularzt einer Mädchenschule in Worcester entlassen worden. Begründung: Eine Ärztin sei „besser geeignet, Mädchen über

Verhütung, AIDS und Beziehungen zu Jungen aufzuklären“. Der Mediziner legte Berufung ein und bekam vor einem Untersuchungsausschuß Recht: „Sie sind eindeutig das Opfer sexueller Diskriminierung geworden.“ Es gebe keine Beweise, daß ein Arzt weniger für diese Aufgabe geeignet sei als eine Ärztin.

Kicker gewarnt: Nach Torschuß keinen Zungenkuß

London (dpa). Der englische Fußballverband hat den 2000 Fußballprofis und hunderttausenden von Amateur-Fußballspielern eine schriftliche Aids-Warnung zukommen lassen. Darin rät er den Sportlern, sie sollten nicht mehr gemeinsam baden, sondern duschen.

Von einer Warnung, sich nach einem Torschuß nicht mehr zu küssen oder zu umarmen, nahm der Verband Abstand, meinte jedoch, man sollte „Zungenküsse vermeiden.“ Nach dem Merkblatt sollten die Fußballer in den Umkleieräumen nicht mehr die Zahnbürsten oder Rasierapparate ihrer Mitspieler verwenden. Offene Wunden seien sofort zu desinfiziert und zu verbinden. Bei einer Mund-zu-Mund-Beatmung solle ein Mundschutz benutzt werden. Die Schrift gebe den Fußballern allgemeine Vorsichtsmaßnahmen zur Vermeidung aller übertragbaren Krankheiten, meinte Glen Kirton, der Pressechef des englischen Fußballverbandes. Er betonte, daß die Informationen nur dazu dienen, die ohnehin geringe Chance der AIDS-Übertragung zu vermindern. Das Merkblatt solle weder die Spieler verängstigen noch den Anschein erwecken, daß es im Fußball eine höhere AIDS-Gefahr gebe als in der Gesellschaft allgemein.

Guru verlangt von allen Anhängern einen Aids-Test

BOULDER, 18. März (AP). Der indische Sektenführer „Bhagwan“ Shree Rajneesh hat seinen Anhängern auferlegt, sich alle drei Monate einem Aids-Test zu unterziehen. In der Zeitung der Sekte „The Rajneesh Newspaper“ hieß es, künftig erhielten nur jene Anhänger Zutritt zum Sektentempel von Poona in Indien, die einen negativen Aids-Test vorlegen könnten. Auch die Teilnahme an anderen „mit dem Bhagwan verbundenen Aktivitäten“ werde Aids-Virus-Trägern künftig verwehrt sein. Guru „Bhagwan“ Shree Rajneesh, in den siebziger Jahren bekannt als Verfechter der „freien“ Liebe, ruft seine Anhänger seit dem Jahre 1984 zu Enthaltensamkeit oder fester Bindung auf. Der Guru hatte im Jahr 1981 den Hauptsitz seiner Sekte in die Vereinigten Staaten verlegt. Er wurde später der Verletzung der Einwanderungsbestimmungen angeklagt und kehrte im Jahr 1985 in seinen früheren Haupttempel nach Poona zurück.

Ärzte Zeitung,
Neu Isenburg, 10.02.87

Frankfurter Allgemeine
19.03.87



An die
DEUTSCHE AIDS-HILFE E.V.
- Abonnements -
Berliner Str. 37

1000 Berlin 31

Ich möchte den AIDS-Informationsdienst regelmäßig zugeschickt bekommen, und zwar für den angekreuzten Zeitraum. Danach läuft das Abonnement automatisch aus, wenn es nicht ausdrücklich verlängert wird.

Rechtshinweis: Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche (Datum des Poststempels) bei der Deutschen AIDS-Hilfe e.V., Abonnements, Berliner Str. 37, 1000 Berlin 31, widerrufen werden.

.....
(vom Rechtshinweis habe ich Kenntnis genommen)

Name, Vorname _____

Organisation: _____

Straße/Postfach: _____

PLZ, Ort: _____

Telefon: _____

Auf alle Fälle:

Abonnementsdauer und -zahlweise angeben:

- 6 Ausgaben (1/2 Jahr) für DM 19,50 (Institutionen DM 39,--)
- 12 Ausgaben (1 Jahr) für DM 37,50 (Institutionen DM 75,--)
- bis auf Widerruf kostenlos (nur für Schulen, Krankenhäuser, Redaktionen, Gesundheitsämter und vergleichbare Institutionen)

Den o.g. Gesamtbetrag habe ich heute wie angekreuzt bezahlt:

- Per Verrechnungsscheck (anbei)
- Per Überweisung auf das Konto der Deutschen AIDS-Hilfe e.V.
Kontonummer 020 3 500 500 bei der
Deutschen Apotheker- und Ärztebank eG, Berlin
Bankleitzahl: 100 906 03

Datum: _____

Unterschrift: _____



An die
Deutsche AIDS-Hilfe e.V.
- Versand -
Berliner Str. 37

1000 Berlin 31

Lieferadresse (bitte keine Postfächer):

.....
.....
.....
.....

Informationsbestellung

Ich bitte um kostenlose Zusendung der nachfolgend genannten Materialien in der angegebenen Stückzahl:

- | | |
|---|---|
|Expl.AIDS Heutiger Wissensstand |Expl.AIDS Heutiger Wissensstand
(Kurzfassung) |
|:Expl.Vorbeugen - Safer Sex (für
Heterosexuelle) | Übersetzungen AIDS-INFO: |
|Expl.Wenn ein Freund AIDS hat... |Expl.englisch Expl.polnisch |
|Expl.Für Angehörige von an
AIDS-Erkrankten |Expl.französisch Expl.griechisch |
|Expl.AIDS-Hilfe auf einen Blick
(für den Klinikbereich) |Expl.italienisch Expl.spanisch |
|Expl.Info-Zettel zur D.A.H.-
Unterrichtseinheit |Expl.türkisch Expl.portugies. |
| |Expl.serbo-kroat. Expl.arabisch |
| |Expl.BROSCHÜREN-BOX (Aufsteller) |
|Expl.Safer Sex Plakat "Sicher
besser" DIN A1 / A2 * | vergr:Expl.AIDS-Info für Fixer |
|Expl.Safer Sex Plakat 1 Person
"Man kann..." A1 / A2 * |Expl.. |
|Expl.Safer Sex Plakat 2 Pers.
"Die Übertragungswege..."
A1 / A2 * |Expl.Info-Plakat für Fixer |
|Expl.Safer Sex Plakat 3 Pers.
"Klartext" A1 / A2 * |Expl.Info für Menschen in Haft |
| |Expl.Safer Sex Leporello (für
homosexuelle Männer)* |
| |Expl.Ich mach's mit - Kondome
und wie man sie gebraucht* |
| |Expl.Comic 1* Expl.Comic 2* |
| |Expl.Comic 3* Expl.Comic 4* |
| |Expl.Safer Sex Aufkleber
(verschiedene)* |

(bei Plakatbestellung bitte die
nichtgewünschte Größe streichen)

(* die mit diesem Zeichen versehenen
Materialien sind für homo- und bisexuelle
Männer konzipiert)



SIE TUN,
WAS SIE
IMMER TUN.



MIT KONDOM.